

# Bericht

des

## Rheinischen Provinzial-Verwaltungsraths über die Ergebnisse der provinzialständischen Verwaltung.

Nach Vorschrift des §. 3 des Allerhöchst genehmigten Regulativs für die Organisation der Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten in der Rheinprovinz vom 27. September 1871 (Ges.-S. S. 469) beehren wir uns dem Provinzial-Landtage nachstehenden Verwaltungsbericht zu erstatten, in welchem mit Bezug auf die bisherige Praxis der Erstattung der Einzelberichte Seitens der Anstaltseommissionen über eine 3 jährige Periode, sowie mit Rücksicht darauf, daß zwischen den letzten Berichterstattungen und heute der Uebergang der Institute in die obere Leitung und Verwaltung des Provinzial-Verwaltungsraths liegt zur Erreichung der Continuität auch auf die Ergebnisse der Verwaltung vor dem erwähnten Uebergange zurückgegangen werden mußte.

### I. Centralverwaltung.

Während im Jahre 1872 die Verwaltung sich nur auf die Landarmen- und Corrigenden-Angelegenheiten der Provinz erstreckte und die Vorbereitung zur Uebernahme der Provinzialinstitute in die provinzialständische Verwaltung stattfand, hat die Verwaltung in 1873 eine bedeutende Ausdehnung in Folge der Beschlüsse des letzten Landtages durch die wirkliche theils obere Leitung theils directe Verwaltung dieser Institute, Anstalten und Bauten erfahren. Zufolge der mit den betreffenden Ressortministern vereinbarten Reglements sind in die provinzialständische Verwaltung übergegangen:

Am 1. Januar 1873 die Hebammen-Lehranstalt in Cöln, die Arbeitsanstalt in Brauweiler, die Irren-Heilanstalt in Siegburg und die bis dahin von der frühern Finanz- und Baukommission geleiteten Bauten der zu errichtenden fünf neuen Irren-Heil- und Pflegeanstalten;

am 1. Februar die Rheinische Provinzial-Feuer-Societät;

am 1. März die Rhein. Provinzial-Hülfskasse und der Meliorationsfonds;

am 1. November die Provinzial-Blinden-Anstalt zu Dören.

Ueber die Ergebnisse in diesen Verwaltungszweigen gibt der Bericht über die einzelnen Institute und Zweige weiter unten nähern Aufschluß.

Die Organisation der Centralverwaltung hat durch den Inhalt des Reglements für die einzelnen Institute und Anstalten, sowie durch die von dem letzten Provinzial-Landtage beschlossene Geschäftsordnung eine feste Gestaltung erhalten. Die Geschäftsordnung hat sich nach den bisherigen Erfahrungen bewährt.

Der Provinzial-Verwaltungsrath hat seine Geschäfte in collegialischen Berathungen und Beschlussfassungen in 1872 und ebenso in 1873 in je 6 theils eintägigen, theils mehrtägigen Sitzungen erledigt.

Um durch Personen aus seiner Mitte über den Zustand und die Verwaltung der Anstalten von Zeit zu Zeit in regelmäßiger Wiederkehr informirt zu werden, hat der Provinzial-Verwaltungsrath auf Grund des §. 6 des Organisations-Regulativs vom 27. September 1871 für jede Anstalt je 2 Commissare mit der Befugniß bestellt, die Anstalten jährlich zwei Mal zu revidiren und darüber unmittelbaren Bericht in der Sitzung zu erstatten.

Oberbeamte.

Für die durch den Finanz-Etat der Centralverwaltung durch den Provinzial-Landtag bestimmte Stelle des ersten Oberbeamten der provinzialständischen Verwaltung (§. 11 der Geschäftsordnung für den Provinzial-Verwaltungsrath) hat letzterer den Regierungs-Assessor Forster, welcher diese Funktionen bereits geführt hatte, am 5. Dezember 1872 vorläufig auf die Dauer von 3 Jahren gewählt. Die Herren Ressortminister haben den beantragten Urlaub des Reg.-Assessors Forster für diese Wahlperiode zu genehmigen Anstand genommen, die Beurlaubung zunächst nur bis zum 1. Februar dieses Jahres bewilligt und auf den dann erneuerten Antrag, welcher von dem Königlichen Landtags-Marschalle dringend befürwortet worden ist, verfügt, daß der r. Forster in den Staatsdienst zurückkehren müsse, falls seine definitive Verwendung in der provinzialständischen Verwaltung nicht beschloffen werden sollte. Um der Verwaltung die weiteren Dienste desselben zu erhalten, hat sodann der Provinzial-Verwaltungsrath in der Sitzung vom 24. April ex. die lebenslängliche Anstellung desselben in die im Finanzetat der Centralverwaltung vorgesehene zur Zeit von ihm bekleidete Stelle unter Bemessung des Gehaltes incl. Miethsentschädigung auf den Jahresbetrag von 2500 Thln., der in den neuen Etat aufgenommen werden soll, beschloffen und Reg.-Assessor Forster diese Anstellung angenommen. Andere Oberbeamte sind bis jetzt nicht angestellt.

Bureaubeamte und  
Kasse.

Die Jahresgehälter der Bureaubeamten wurden entsprechend dem Tit. III. B. des Etats für die 1. und 2. Secretairstelle auf 1200 resp. 1100 Thlr. festgesetzt und die bereits angenommenen Secretaire Mäurer und Brecker in diese Stellen eingewiesen. Die 3. Stelle wurde erst am 14. November 1873 mit dem Regierungs-Civil-Supernumerar Efferz aus Cöln besetzt mit einem Gehalte von 700 Thln., die 4. Stelle ist noch unbesetzt.

Die Rendantenstelle ist zur Zeit noch dem Rendanten der Braunweiler-Anstalt Bierkötter versuchsweise unter Bewilligung von Diäten aus dem Stellengehalte übertragen. Die definitive Besetzung wird nach Wiederabzweigen der Geschäfte des Feuer-Societäts-Kassen-Rendanten, worüber dem Landtage in einem Nachtragsentwurfe zum Societäts-Reglement Vorlage zugehen wird, in Aussicht genommen.

Die beiden Kanzlistenstellen sind mit den Militair-Anwärtern Müller und Raesberg besetzt worden.

Zur Bewältigung der Geschäfte in der Kanzlei und Registratur mußten im Laufe des Jahres 1873 zwei Diätare angenommen und aus dem hierfür sub. Tit. III. pos. 5 des Etats vorgesehenen Credite remunerirt werden. Beide Diätare sind Militair-Anwärter und ebenso der auf dreimonatliche Kündigung angenommene Bote.

Ueber die Diäten und Reisekosten der sämmtlichen Beamten, wird dem Provinzial-Landtage eine besondere Vorlage zugehen, ebenso ein Entwurf zu einem gemeinsamen Pensions-Reglement.

Verlegung des Sitzes  
von Coblenz nach  
Düsseldorf.

Da die Wohnung des Feuer-Societäts-Directors bei der Vacanz der Stelle disponibel war, wurde dieselbe zu Zwecken der Provinzial-Verwaltung bis zum 1. Juli v. J. benutzt und die Entschädigung hierfür bei Festsetzung des Beitrages der Feuer-Societät zu den Kosten der Centralverwaltung pro 1873 compensirt. Mit dem 1. Juli fand die Verlegung des Sitzes der provinzialständischen Verwaltung von Coblenz nach Düsseldorf gemäß Beschluß des Provinzial-Verwaltungsraths vom 6. März 1873 vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Provinzial-Landtages statt, nachdem der verschiedene Wohnsitz des Landtags-Marschalls von dem Siege der Verwaltung

Mißstände ergeben hatte. Unter dem gleichen Vorbehalte, die der Beschluß des Provinzial-Verwaltungsraths hierbei aufstellte, hat des Königs Majestät unterm 12. April 1873 die Verlegung des Verwaltungssitzes und gleichzeitig in Abänderung des §. 1 der Verordnung über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmenwesens vom 2. Oktober 1871 bestimmt, daß der Landarmenverband vom 1. Juli 1873 ab bis auf Weiteres in der Stadt Düsseldorf seinen Sitz und Gerichtsstand haben soll. Dem Oberbeamten und den sämtlichen Subalternbeamten der Centralbehörde wurde in Folge dieser Verlegung für die dadurch herbeigeführten Mehrausgaben an Communalsteuern, Wohnungsmiethen u. ein Lokalzuschuß von 10%, ihres Gehaltes vom 1. Juli pr. ab aus dem Dispositionsfonds bewilligt, was um so mehr geboten erschien, als inzwischen der Staat mit einer umfassenden Verbesserung der Beamten-Gehälter und Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß vorgegangen war. Ausgeschlossen hiervon war der Bote, dem zur Bewachung des sonst unbewohnten hier gemietheten Dienstgebäudes freie Wohnung darin eingeräumt werden mußte.

Nachdem der Provinzial-Landtag in seiner Sitzung vom 25. September 1872 bezüglich des abgebrannten Ständehauses unter Verwerfung des Antrages auf Errichtung eines neuen auf die Ausdehnung der Verwaltung bemessenen Gebäudes an anderer Stelle beschloffen hatte, die Königliche Staatsregierung zu bitten, das alte Ständehaus wieder in baulichen Stand zu setzen und dem Provinzial-Landtage zur Disposition zu stellen, wurde zunächst von Commissaren des Provinzial-Verwaltungsraths (v. Gynern, Horst und Frhr. v. Leykam) gemeinschaftlich mit dem mit Aufstellung der Projekte zum Wiederaufbau des Ständehauses Seitens der Herren Minister beauftragten Baurath Schroers die wünschenswerthen Aenderungen in der inneren Einrichtung dargelegt, und die Einrichtungen festgestellt, welche zur Aufnahme der Provinzial-Verwaltung erforderlich sind. Allein schon bei der ersten Prüfung der Grundrisse dieser Aenderungen und Erörterung der Frage, welche Diensträume überhaupt in dem Gebäude Aufnahme finden müßten und wie über die nach der Verhandlung der Commissare zu schaffenden Räume disponirt werden solle, stellte es sich sofort heraus, daß diese Aenderungen in der inneren Einrichtung, und die Ueberweisung des ganzen Gebäudes, zumal drei Zimmer zur Anlage eines neuen Treppenaufganges cassirt werden mußten, nicht entfernt genügende Räume zur Aufnahme der gesammten provinzialständischen Verwaltung ergeben würden. Da gleichzeitig verlautete, daß die Verlegung der Kunstakademie nach einer andern Stelle erstrebt würde und gesicherte Aussicht habe, wodurch die Möglichkeit gegeben war, mit dem Wiederaufbau des Ständehauses einen Erweiterungsbau zu verbinden, hielt der Provinzial-Verwaltungsrath es nicht für angemessen, vor Entscheidung der Frage über die Stelle der Kunstakademie, den Wiederaufbau des Ständehauses der in dem gegenwärtigen Umfange den Zwecken der Verwaltung nicht dienen kann, weiter zu betreiben. Die Disposition über die inneren Räume, über die Anlage des Ganges hängt zu sehr davon ab, ob sich beim Wiederaufbau der Kunstakademie an der alten oder an anderer Stelle Gelegenheit bietet, die Erweiterung des Ständehauses auf der südlichen oder nördlichen Seite vorzunehmen. Zudem ist es mehr wie zweifelhaft erschienen, ob selbst die Größe des bisherigen Sitzungsaaales für die künftigen Provinzial-Landtage ausreichend sei. §. 18 des dem Preussischen Abgeordnetenhaus zugegangenen Entwurfs einer neuen Provinzial-Ordnung für Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen sieht Grundsätze und Zahlen für die Provinzial-Vertretung vor, deren analoge Anwendung auf die Rheinprovinz die Zahl der Vertreter ganz erheblich steigern würde. Nach den für die Provinz Preußen vorgeschlagenen Gesichtspunkten würde die Rheinprovinz schon 160, nach denjenigen für die Provinzen Brandenburg und Sachsen 169 und nach den für Pommern bemessenen Normen sogar 190 Abgeordnete bekommen und selbst nach den Normen für Schlesien immer noch 122. §. 33 sieht sodann die Theilnahme des Königlichen Kommissarius sowie der zu seiner Vertretung oder Unterstützung abgeordneten Staatsbeamten an



den Sitzungen vor, wie sie z. B. heute schon in dem Communal-Landtage für Nassau besteht. §. 36 nimmt die Oeffentlichkeit der Sitzungen in Aussicht, sodaß auch Raum für das Publikum (Galerien) vorgesehen werden müssen. Endlich ist nach diesen Aenderungspropositionen die Zuziehung der eigenen obern Beamten der Provinz zu den Sitzungen ganz unerlässlich. Bei dieser Sachlage glaubte der Provinzial-Verwaltungsrath wohl der Zustimmung des Provinzial-Landtages gewiß sein zu können, indem er die hiesige Königliche Regierung, mit welcher die Verhandlungen gepflogen wurden, noch unterm 27. Januar ex. ersuchte, die weitere Projektirung und Ausführung des Wiederaufbaues des Ständehauses aufstehen zu lassen, bis die Frage über den Platz der neuen Kunstakademie entschieden und die Absichten der Königlichen Staatsregierung in Bezug auf die Provinzialordnung für die Rheinprovinz beziehungsweise die künftige Zahl der Vertreter der Provinz im Provinzial-Landtage zu erkennen gegeben seien. Eine weitere Mittheilung in der Angelegenheit ist dem Provinzial-Verwaltungsrathe bis jetzt nicht zugegangen.

Grabdenkmal  
für den verstorbenen  
Ober-Präsidenten.

Zur Ausführung des Beschlusses des Provinzial-Landtages vom 25. September 1872, dem verstorbenen Ober-Präsidenten der Rheinprovinz von Pommer-Esche in ehrender Anerkennung seiner Verdienste um die Provinz ein Grabdenkmal zu setzen, hat der Provinzial-Verwaltungsrath sich mit dem Hofbildhauer Gilli in Berlin in Verbindung gesetzt, ein Denkmal in würdiger Weise auf dem Kirchhofe zu Coblenz errichten lassen und dasselbe am 31. October pr. unter Veranstaltung einer Enthüllungsfeier der Familie und der Stadt Coblenz übergeben, welche Letztere durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 26. März pr. der Erwartung des Provinzial-Landtages entsprechend, sich bereit erklärt hatte, für die künftige Unterhaltung des Denkmals Sorge zu tragen. Der bewilligte Credit des hohen Landtages von 4000 Thaler hat zur Herstellung des Denkmals nebst Vergitterung des Grabes und zur Veranstaltung der Enthüllungsfeier nicht ganz ausgereicht. Die Kosten betragen im Ganzen 4043 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf.; die Mehrkosten sind durch die Enthüllungsfeier und eine unvorhergesehene Preiserhöhung für das Gitter entstanden und unvermeidlich gewesen, daher für „den Mehrbetrag von 43 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf. die nachträgliche Genehmigung „des Provinzial-Landtages beantragt wird.

Ausstattung der  
Provinz mit Fonds  
zur Selbstverwaltung.

Der Provinzial-Landtag hat in seiner letzten Session vom Jahre 1872 (24. September) mittelst besonderer Adresse an Seine Majestät die Bitte gerichtet, Allergnädigst zu geruhen, der Rheinprovinz nach den für die neuen Provinzen Hessen, Hannover, Nassau u. bereits verwirklichten Gesichtspunkten einen angemessenen Provinzial-Fonds überweisen, eventuell aber zur Bestreitung der laufenden Ausgabe und Kosten der Selbstverwaltung der Provinz eine vorläufige angemessene Jahresrente gewähren zu lassen. Seitdem ist durch das Gesetz vom 30. April 1873 (Gef. S. S. 187) zur Ausstattung der Provinzial-Verbände excl. der bereits erwähnten Provinzen die Summe von 2 Million Thaler vom 1. Januar 1873 aus der Einnahme des Staatshaushalts gewährt worden mit der Bestimmung, daß die Vertheilung dieser Summe unter die Provinzial-Verbände zur einen Hälfte nach dem Flächeninhalte, zur andern Hälfte nach der durch die Zählung vom Dezember 1871 festgestellten Zahl der Civilbevölkerung erfolgen soll, daß die Verwendung und Ueberweisung durch besondere Gesetze geregelt werde und daß bis zum Erlasse derselben die Jahresbeträge der zur Verfügung gestellten Summe zu einem für Rechnung der theilhaftigen Verbände zu verwaltenden und zinsbar zu belegenden Fonds zu vereinnahmen seien.

Nach der von den Ministern des Innern und der Finanzen unterm 10. Juni 1873 (Min.-Bl. S. 137) aufgestellten Vertheilung entfallen, auf die Rheinprovinz nach dem

Flächen-Inhalte	90,812 Thlr.
nach der Civilbevölkerung	167,703 „
also zusammen an Jahresrente	258,515 Thlr.



Durch das mit Ober-Präsidential-Erlaß vom 31. Januar cr. mitgetheilte Rescript des Ministers des Innern vom 27. Januar cr. ist der Provinzial-Verwaltungsrath zur Aeußerung nicht bloß über die Verwendungszwecke für die vorbezeichnete Rente, sondern auch für den eventuellen Antheil der Provinz an einem nach den Motiven des Gesetzes vom 30. April 1873 zur weiteren Ausattung in Aussicht gestellten Jahresbetrage von 2 $\frac{1}{2}$  Million Thaler aufgefordert worden, und hat dieser Aufforderung nach näherer Darlegung des im Auszuge angegeschlossenen Berichts vom 9. Februar cr. dahin entsprochen, daß die Rente zu bestimmen sei:

1. Zur Bestreitung der Kosten des Provinzial-Landtages und der Vertretung und Verwaltung des Provinzial-Verbandes (des Provinzial-Verwaltungsraths und der Centralverwaltung),
2. Zur Unterhaltung beziehungsweise Unterstützung der in ihrer Existenz auf die Steuerkraft der Provinz angewiesenen Provinzial-Institute und Anstalten, der Hebammen-Lehranstalt zu Eßln, der Blindenanstalt zu Düren, der Irren-Heilanstalt zu Siegburg und der in jedem Regierungsbezirk im Bau begriffenen 5 neuen Irren-, Heil- und Pflege-Anstalten zu Gerresheim, Bonn, Andernach, Merzig und Düren, endlich der Provinzial-Taubstummenschulen zu Brühl, Neuwied, Kempen und Moers,
3. zur Bestreitung der Landarmen- und Corrigendekosten,
4. zur Bestreitung der Kosten der Unterhaltung der Bezirksstraßen.

Zu der Ueberweisungsbestimmung auszudrücken, wie viel von der Rente zu dem einen oder andern der angegebenen Zwecke speciell zu verwenden sei, erschien nicht zweckmäßig, vielmehr angemessen, die Rente in einen aufzustellenden Generaletat der gesammten provinzialständischen Verwaltung im Ganzen, ähnlich wie in der Provinz Hannover und andern Provinzen, in Einnahme und die Ausgaben für die angegebenen Zwecke ihr speciell gegenüber zu stellen und die sich ergebenden Mehrausgaben nach einem einzigen Repartitionsmodus aufzubringen, dessen Feststellung der Beschlußfassung des Provinzial-Landtages vorzubehalten sei.

In einer nachträglichen Darlegung vom 10. März cr. ist noch betont worden, daß bei alleiniger Aufstellung der Verwendungszwecke für den Antheil der Rheinprovinz von 258,515 Thlr. die Unterhaltung der an die Provinz zu übertragenden Staatsstraßen, welche beabsichtigt ist, gänzlich außer Betracht gelassen werden müsse, weil diese Unterhaltung für die Provinz eine neue Belastung darstellt, die der §. 6 des Gesetzes vom 30. April 1873 nur unter der gleichzeitigen Ueberweisung der hierzu nöthigen weiteren Staatsfonds in Aussicht gestellt hat.

Die Ueberweisung der Rente von 258,515 Thlr. oder eines Theiles derselben hat noch nicht stattgefunden, so daß dem Beschlusse des Provinzial-Landtages vom 24. Sept. 1873 entsprechend die Kosten der provinzialständischen Centralverwaltung des Jahres 1872 außer denjenigen des Provinzial-Landtages, die nochmals von den Staatsorganen im Vorschusse gezahlt und von den Gemeinden besonders erhoben worden sind, aus dem zur Verfügung der Provinzialstände stehenden Zinsgewinn der Provinzial-Hülfskasse mit 7440 Thlr. 1 Sgr. 5 Pfg. entnommen worden und demnach hinter dem bewilligten Credite von 8000 Thlr. zurückgeblieben sind. Pro 1873 wurde demselben Beschlusse entsprechend der Etatsbetrag von 25000 Thlr. auf die Provinz umgelegt.

Die Gesamtausgabe pro 1873 beträgt nur 13753 Thlr. 28 Sgr. 9 Pfg. Die Rechnungen beider Jahrgänge werden mit besonderem Antrage auf Decharge vorgelegt werden.

Die Kasse wurde regelmäßig allmonatlich und außerdem jährlich ein mal außerordentlich revidirt.

Dem Kassenbeamten ist unterm 29. Februar 1872 eine vorläufige Dienstamweisung gegeben worden. Zur Erledigung des Schlußalinea des §. 5 des Organisations-Regulativs wird dem

Provinzial-Landtage der Entwurf eines Klassen-Reglements mit dem Antrage auf Genehmigung desselben zugehen, nach welchem gegenwärtig die Klassen-Verwaltung bereits eingerichtet ist.

Die bisher Seitens der königlichen Regierungshauptkasse zu Düsseldorf für Rechnung des Rheinischen Provinzial-Landtages geleisteten Zahlungen werden im Einverständnisse mit dem Herrn Oberpräsidenten seit dem Beginn dieses Jahres auf die provinzialständische Kasse übernommen.

Für die weitere Verwaltung wird dem Provinzial-Landtage ein neuer Etat der Centralverwaltung mit Motiven zugehen, dessen Feststellung für die Periode 1874/76 beantragt wird.

Nach der aufgestellten Nachweise über den Stand des zur Disposition der Provinzialstände stehenden Fonds aus Ueberschüssen der Provinzial-Hülfskasse hat der Fonds am 15. Mai cur. eine Einnahme von . . . . . 97823 Thlr. 7 Sgr. 4 Pf. und eine Ausgabe von . . . . . 5613 " 10 " "

Also Bestand . . . . . 92209 Thlr. 27 Sgr. 4 Pf.

Daraus sind in 1874 noch zu zahlen:

a. an einmaligen Bewilligungen	22262 Thlr. 23 Sgr. 6 Pf.	} 22829 Thl. 13 Sg. 6 Pf.
b. an ständigen Bewilligungen	566 " 20 " — "	

Es bleiben demnach zur Verfügung . . . . . 67380 Thl. 13 Sg. 10 Pf.

Davon sind in Staats- und Eisenbahn-Obligationen zins-  
tragend angelegt . . . . . 53600 Thl. — Sg. — Pf.

Ausgleichung  
der Kriegskosten.

Der Provinzial-Landtag hatte in seiner Sitzung vom 8. Juli 1871 auf Grund des §. 18 des Gesetzes vom 11. Mai 1851 den Beschluß gefaßt, daß eine Ausgleichung der Kriegskosten der Jahre 1870 und 1871 innerhalb der Provinz vorgenommen werde, hierzu eine Kommission von 10 Mitgliedern gewählt, welche unter geneigter Mitwirkung des Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz diese Ausgleichung vornehmen solle und dieser Kommission den fernern Auftrag ertheilt, im Namen des Landtages eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser und König zu richten und um Vergütung der durch den Oberpräsidenten zu ermittelnden, noch unvergüteten Kriegskosten der Provinz aus der Kriegskosten-Entschädigung Frankreichs zu bitten.

Nachdem diese letztere Angelegenheit und ihr weiterer Verlauf in einer Versammlung des Provinzial-Verwaltungsraths Gegenstand der Erörterung geworden war und es sich auf eine Anfrage bei dem königlichen Oberpräsidium durch dessen Mittheilung vom 17. März pr. herausgestellt hatte, daß in Betreff der Abfassung der erwähnten Adresse Seitens der Kommission weder Beratungen gepflogen noch Beschlüsse gefaßt waren, hat der unterzeichnete Landtags-Marschall Anlaß zur Zusammenberufung der Kommission genommen, welche unterm 4. April pr. die angeschlossene Adresse an Se. Majestät gerichtet hat.

Inzwischen ist unterm 23. Februar c. ein Reichsgesetz erlassen worden, welches für die auf Grund des §. 3 des Gesetzes vom 11. Mai 1851 ohne gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung erfolgten Kriegskosten der Gemeinden nach näherem Inhalte dieses Gesetzes nachträgliche Vergütungen zusichert, die für den Bereich des Gebietes des vormaligen norddeutschen Bundes in den Motiven des Gesetzes zu 1,969,100 Thlr. zusammen arbitrirt sind. Die nach den Ermittlungen des Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz unvergüteten Kriegskosten der Provinz, für welche in der Seitens der Kommission erlassenen Adresse vollständige Vergütung aus Staatsfonds resp. der Kriegskostenentschädigung Frankreichs erbeten wurde, betragen nach dem berechneten Geldwerthe 2,279,129 Thlr.

## II. Landarmen- und Corrigendenwesen.

Durch die Allerhöchste Verordnung vom 2. October 1871 (G. S. S. 477) wurden die in der Rheinprovinz bestandenen fünf Bezirks-Land-Armenverbände mit dem 1. Januar 1872 zu Einem „Landarmen-Verbande der Rheinprovinz“ vereinigt, mit Sitz und Gerichtsstand in der Stadt Coblenz. Die Verwaltung desselben wurde dem Provinzial-Verwaltungsrathe übertragen. Bei Verlegung des Sitzes der provincialständischen Verwaltung von Coblenz nach Düsseldorf wurde durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 12. April 1873 wie oben erwähnt, auch die Verlegung des Sitzes und Gerichtsstandes des Landarmenverbandes genehmigt.

Die bei den 5 Königlich-Regierungen der Provinz beruhenden laufenden Acten, der Verwaltung des Landarmenwesens in den einzelnen Regierungsbezirken wurden seiner Zeit an die Provinzial-Verwaltung abgegeben. Das Rechnungswesen für die vor dem 1. Januar 1872 liegende Zeit wurde von den Regierungen abgewickelt und die Rechnungen, insoweit solche nicht schon von den früheren ständischen Kommissionen in Gemäßheit des §. 8 der Allerhöchsten Verordnung vom 14. Juni 1859 über die Einrichtung und Verwaltung des Landarmenwesens in der Rheinprovinz (G. S. S. 341) abgenommen waren, nach vorheriger Prüfung von dem Provinzial-Verwaltungsrathe dechargirt.

Die aus der früheren Verwaltung hervührenden Kapitalien und Rechnungsbestände wurden von der neuen Verwaltung nach Maßgabe des §. 1 der Allerhöchsten Verordnung vom 2. October 1871 übernommen und ergeben sich aus der weiter unten folgenden Rechnungs-Uebersicht.

Bei Feststellung der von den Ortsarmen-Verbänden eingereichten ersten Semester-Kostenliquidationen fand eine genaue Prüfung der Verhältnisse einer jeden landarmen Person bezüglich der Fragen statt, ob die fernere Unterstützung Seitens des Rheinischen Landarmen-Verbandes, sei es durch wieder erlangte Erwerbsfähigkeit, durch Heranziehung der nach den Gesetzen zur Unterstützung zunächst verpflichteten Angehörigen, oder durch sonstige Umstände nicht mehr nothwendig oder wenigstens eine Ermäßigung derselben auf das gesetzlich zulässige Maaß geboten sei. Bemerkte Verschiedenartigkeiten in der Beurtheilung des Grades der Hilfsbedürftigkeit und die danach bemessenen Festsetzungen der Unterstützungsportionen wurde dabei möglichst nach einheitlichen Gesichtspunkten ausgeglichen, wobei allerdings nach genauer und gewissenhafter Sichtung sämmtlicher in Betracht kommender Verhältnisse vielen Personen die bisherige Unterstützung des Landarmenfonds gekürzt oder entzogen werden mußte.

Am größten war die Verschiedenheit der Praxis der Verwaltungen der früheren Landarmenverbände in der Beurtheilung der Beihilfebedürftigkeit der Ortsarmenverbände. In 1872 und 1873 sind nur 2782 resp. 2640  $\frac{1}{2}$  Thlr. bewilligt worden. Die Beihilfebedürftigkeit wurde hierbei nur anerkannt, wenn weder ausreichendes Armen- oder Gemeindevermögen vorhanden, wenn durch die Staatsbehörden die Ungunst der Verhältnisse schon durch Gewährung von Staatszuschuß zum Lehrergehalte anerkannt war, wenn ferner die eingegangenen Gemeindecats eine unverhältnißmäßig hohe Belastung der Gemeinde-Inassen durch Steuer-Umlagen mit Rücksicht auf die nach der Veranlagung derselben zu den einzelnen Stufen der Klassen- und Einkommensteuer beurtheilte Leistungsfähigkeit ergaben, sodaß auf eine Erhöhung der Steuerzuschläge nicht hingewiesen werden konnte, und wenn endlich die Stats auch keine außergewöhnlichen oder besonders hohen Ausgaben zu andern Zwecken erkennen ließen, deren Kürzung oder Vertheilung auf mehrere Jahre durch Contrahirung einer Anleihe möglich erschien. Das ganze Bedürfniß an Armenpflegerkosten konnte und ist nach den Intentionen des Gesetzes niemals gewährt worden, damit die Gewährung nicht den gesetzlichen Character der Beihilfe verlor. Nur in einem Falle hat die Rheinische Deputation



für das Heimathwesen abweichend von der Ansicht des Provinzial-Verwaltungsraths eine Beihilfe zugesprochen.

Eine besondere Belastung hat der Landarmen-Verband durch die Entscheidung des Ministers des Innern vom 19. November 1872 erfahren, daß aus dem Polizeistrafgeldersfonds nicht mehr, wie bisher, Zuschüsse zur Unterhaltung von Waisenkindern und von verlassenen Kindern, die dem Landarmenverbände zur Last fallen, gewährt werden sollten.

Das finanzielle Resultat der Verwaltung in den beiden abgeschlossenen Jahren 1872 und 1873 ist folgendes:

### I. Jahrgang 1872.

Bei Vereinigung der fünf Bezirks-Landarmenverbände in Einen Landarmenverband der Rheinprovinz hatten an Kapitalien, deren Zinsen bei der Vertheilung der Kosten des Landarmenwesens den Kreisen des betreffenden Bezirks in Anrechnung zu bringen sind (§. 1 der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 2. Oktober 1871)

1. Der Regierungsbezirk Cöln, an Depositen bei der Provinzial-Hülfskasse . . . 36,700 Thlr.
2. Der Regierungsbezirk Trier, bei einer Bezirksgemeinde ausgeliehen . . . 2,400 „

Die Zinsen des ad 1 genannten Capitals, welches erst Ende 1872 in den Besitz des Landarmenverbandes der Rheinprovinz überführt worden ist, sind pro 1872 noch bei dem Fonds selbst, also allein zu Gunsten der Kreise des Bezirks Cöln Seitens der dortigen königlichen Regierung verrechnet. Die vom 1. Januar 1873 ab aufkommenden Zinsen werden denselben in jedem folgenden Jahre in gleicher Weise allein in Anrechnung gebracht, zuerst also 1874.

Die Zinsen des Capitals des Regierungsbezirks Trier erscheinen in nachstehender Uebersicht.

#### Einnahme.

1. Zinsen und Bestände der Regierungsbezirke, welche wegen verspäteter Ablieferung bei der Vertheilung der Beiträge pro 1873 noch nicht aufgerechnet werden konnten und zwar:

	Thlr.	S.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.
Zinsen des Capitals des Bezirks Trier von 2400 Thlr.	120	—	—			
Abtragung einer Rate dieses Capitals von . . .	300					
Bestand der Rechnung pro 1871 . . . . .	74	1	5			
				494	1	5

2. Bestände der frühern Regierungsbezirks-Landarmenverbände aus 1871, welche den Kreisen der betreffenden Bezirke bei der Vertheilung der Kosten pro 1873 in Anrechnung gebracht sind:

a) des vormaligen Landarmenverbandes Aachen . . .	366	10	7			
b) " " " " Cöln . . .	6698	8	2			
c) " " " " Düsseldorf . . .	8555	24	9			
				15,620	13	6

3. An Jahresbeiträgen der Verbandsgemeinden, welche nach dem Durchschnitt der Landarmen- und Corigenden-Kosten der Jahre 1868, 1869 und 1870 innerhalb der fünf Regierungsbezirke mit 112,000 Thln. ausgeschrieben waren . . . . .

111,995 5 10

4. Erstattung an Pflegekosten, Prozeßkosten etc. . . . .

818 25 3

Summe der Einnahme 128,928 16 —

## Ausgabe.

## A. Landarmenpflege.

Thlr. Sg. Pf.

1. Deckung des Vorschusses der Landarmen-Rechnung des Regierungsbezirks Coblenz, welcher pro 1873 den Kreisen dieses Bezirkes allein zur Last gelegt ist	1,662	21	4
2. Diäten und Reisekosten der gewählten ständischen Mitglieder der Deputation für das Heimathwesen in Cöln (§. 44 des Gesetzes vom 8. März 1871)	541	5	—
3. Beihilfe an Ortsarmenverbände der Provinz und zwar:			
an Verbände des Regierungsbezirks Aachen	25	—	—
„ „ „ „ Coblenz	481	—	—
„ „ „ „ Cöln	—	—	—
„ „ „ „ Düsseldorf	1040	—	—
„ „ „ „ Trier	1236	—	—
	2,782	—	—
4. Zahlungen für landarme Personen an Ortsarmenverbände und Pflegeanstalten:			
a) im Regierungsbezirk Aachen	6,301	7	2
b) „ „ Coblenz	5,379	15	10
c) „ „ Cöln	6,063	25	1
d) „ „ Düsseldorf	19,152	17	7
e) „ „ Trier	8,743	21	—
	45,640	26	8

B. Kosten für Landarme und Corrigenden in den  
Arbeitshäusern und Landarmen-Anstalten zu  
Trier und Braunweiler nach den unten detaillirten  
Berechnungen und zwar:

5. Zahlungen an das Landarmenhaus in Trier	14,532	21	4
6. Zuschüsse an die Arbeitsanstalt in Braunweiler	32,029	12	7
Summa der Ausgaben	97,188	26	11
Mithin Rechnungsbestand	31,739	19	1

Thlr. Sg. Pf.

Da hiervon die oben erwähnten aus 1871 übernommenen

Bestände von	15,620	13	6
und der Vorschuß von	1,662	21	4
weniger resp. mehr, also im Ganzen pro 1873 gegen die be-			
schlossene Umlage von 112,000 Thlr.			

auf die Verbandsgenossen, weniger umgelegt sind

13,957	22	2
--------	----	---

so ergibt sich ein effectiver Ueberschuß der Jahres-Verwaltung in 1872 von

17,781	26	11
--------	----	----

In den Ausgaben sind Verwaltungskosten des Landarmen-Verbandes nicht enthalten, indem die Gesamtkosten der provincialständischen Verwaltung pro 1872 gemäß Beschluß des Provinzial-Landtages vom 24. September 1872 aus dem zur Disposition der Stände stehenden Zinsgewinne der Provinzial-Hilfskasse unter Aufstellung einer besonderen Rechnung entnommen sind.





	Thl. S. Pf.	Thl. S. Pf.
Transport		31,742 13 3
3. Zinsen und Kapital-Abtragungen: Zinsen eines Deposits bei der Provinzial-Hilfskasse zu Köln von 36,700 Thlr. (und zwar 31,500 Thlr. à 4 % und 5200 Thlr. à 3½ %) . . . . .	1442 — —	
Zinsen des Capitals des Bezirks Trier von 2100 Thlr. à 5 % . . . . .	105 — —	
Abtragung einer Rate dieses Capitals . . . . .	300 — —	
		1847 — —
(Der Betrag von 1442 Thlr. kommt den Gemeinden des Regierungsbezirks Köln pro 1874 in Abrechnung an den Jahresbeiträgen, die beiden Beträge von 105 und 300 Thlr. den Gemeinden des Regierungsbezirks Trier.		
4. An Jahresbeiträgen der Verbandsgemeinden nach Abzug von 467 Thlr. 10 Sgr. 2 Pfg., welche dem Kreise Coblenz durch unrichtige Angabe der in demselben aufkommenden Staatssteuern zu viel zur Last gelegt waren . . . . .	97,574 27 8	
5. Zinsen der im Laufe des Rechnungsjahres bei der Provinzial-Hilfskasse rentbar angelegten disponibeln Bestände . . . . .	439 18 —	
6. Erstattungen an Pflegekosten, Prozeßkosten u. . . . .	411 24 5	
Summa der Einnahme	132,017 23 4	

## Ausgabe.

## A. Landarmenpflege.

	Thl. S. Pf.	Thl. S. Pf.
1. Diäten und Reisekosten der gewählten ständischen Mitglieder der Deputation für das Heimathwesen in Köln (§. 44 des Gesetzes vom 8. März 1871) . . . . .		554 — —
2. Beihilfe an Ortsarmenverbände der Provinz und zwar:		
an Verbände des Regierungsbezirk Coblenz . . . . .	467 — —	
„ „ „ „ Düsseldorf . . . . .	300 — —	
„ „ „ „ Trier . . . . .	1873 15 —	
		2640 15 —
3. Zahlungen für landarme Personen an Ortsarmen-Verbände und Pflegeanstalten:		
a. im Regierungsbezirk Aachen . . . . .	7157 13 1	
b. „ „ Coblenz . . . . .	6161 2 6	
c. „ „ Köln . . . . .	6322 17 6	
d. „ „ Düsseldorf . . . . .	20721 29 5	
e. „ „ Trier . . . . .	11708 11 8	
		52071 14 2
Latus . . . . .		55,265 29 2

B. Kosten für Landarme und Corrigenden in den  
Arbeitshäusern und Landarmenanstalten  
zu Trier und Braunweiler nach den unten detail-  
lirten Berechnungen und zwar:

	Thl. S. Pf.
Transport . . . . .	55,265 29 2
4. Zahlungen an das Landarmenhaus zu Trier . . . . .	13000 — —
5. Zuschüsse an die Arbeitsanstalt zu Braunweiler . . . . .	38000 — —
Summe der Ausgaben	106,265 29 2
Die Einnahme beträgt	132,017 23 4
Mithin Bestand	25,751 24 2

In den Ausgaben sind Verwaltungskosten des Landarmen-Verbandes hier auch nicht enthalten, indem die Gesamtkosten der provincialständischen Verwaltung pro 1873 gemäß Beschluß des Provinzial-Verwaltungs-Rathes vom 17. Januar ex. auf die Kreise der Provinz nach dem Maßstabe der aufkommenden directen Staatssteuern repartirt worden sind.

Die bis jetzt gemachten Erfahrungen haben gelehrt, daß die Anzahl der heimatlosen Personen, deren Unterstützung dem Landarmen-Verbande obliegt, von Jahr zu Jahr zunimmt, was wohl darin seine Ursache hat, daß die frühere dreijährige Frist zum Verluste des Unterstützungs-Wohnsitzes durch die neuere Armengesetzgebung auf zwei Jahre normirt wurde. Hierdurch werden mit der Zeit an den Rheinischen Landarmenverband größere Anforderungen gestellt werden, wie dies sich auch aus einem Vergleiche der Ausgaben zwischen den beiden Jahren 1872 und 1873 ergibt.

Daß die Erhöhung der Ausgaben des Landarmen-Verbandes pro 1873 gegen diejenige pro 1872 nicht größer ist und daß die Ausgaben der beiden Jahrgänge gegen die Ausgaben der frühern Jahre, nach welchen die Umlage für 1872 und 1873 bemessen worden ist, wesentlich geringer sind, ist im Wesentlichen den beiden Umständen beizumessen, daß der im October 1871 in Kraft getretene Ministerial-Tarif der von den preussischen Armenverbänden zu erstattenden Armenpflegekosten vom 21. August 1871 vor Ueberforderungen Seitens der Ortsarmenverbände und Privaten den Landarmen-Verband schützte und daß die Gewährung von Beihilfen an unvermögende Ortsarmenverbände, auf das richtige Maß durch genaue Prüfung aller einschläglichen Verhältnisse zurückgeführt wurde.

Zur Erfüllung der durch §. 38 des Preussischen Ausführungsgesetzes vom 8. März 1871 (Ges. S. S. 130) den Landarmen-Verbänden auferlegten Verpflichtung, die in ihrem Bezirke festgenommenen, auf Grund der Bestimmungen des §. 361 Nr. 3 — 8 des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870 verurtheilten und nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde überwiesenen Personen, auf dahin gehenden Beschluß dieser Behörden in ein Arbeitshaus unterzubringen, die Kosten der Verpflegung in der Anstalt, sowie der bei der Entlassung aus der Anstalt, wenn nöthig, zu gewährenden Bekleidung und entstehenden Falls die Kosten der Beerdigung so weit zu tragen, als diese Kosten durch den aufkommenden Arbeitsverdienst nicht gedeckt werden, dienen in der Rheinprovinz die beiden Arbeits-Anstalten, das Landarmenhaus zu Trier und die Provinzial-Arbeitsanstalt und das damit verbundene Landarmenhaus zu Braunweiler.

In Ausführung des §. 3 der Allerhöchsten Verordnung über das Landarmen- und Corrigendenwesen in der Rheinprovinz vom 2. October 1871 ist die letztere Anstalt auf Grund Beschlusses des Provinzial-Landtags vom 21. September 1872 mittelst des durch Allerhöchste Ordre vom 22. October 1872 genehmigten Regulativs am 1. Januar 1873, in die provincialständische Verwaltung übernommen und wird für Rechnung des Rheinischen Landarmenverbandes geführt.

### I. Landarmenhaus zu Trier.

Ueber den Umfang und die Benutzung des für den Regierungsbezirk Trier bestehenden Landarmenhauses ist vorläufig nur eine Vereinbarung unterm 19. Dezember 1871 dahin getroffen worden, daß alle Landarme des Bezirks, welche von Seiten der provincialständischen Landarmen-Verwaltung und alle Corrigenden, welche durch Beschluß der königlichen Regierung in Trier in die Anstalt eingewiesen werden möchten, wie bisher darin zu verpflegen und die nach dem Rechnungsabschlusse eines jeden Jahres sich ergebenden Verpflegungskosten pro Tag und Kopf dieser Personen, und zwar die Kosten der Corrigenden, soweit sie nicht durch deren Arbeitsverdienst gedeckt worden, von dem Landarmenverbande zu vergüten sind. Die vorläufigen Abrechnungen mit der Verwaltung des Landarmenhauses ergeben folgende Resultate:

In 1872 wurden auf Kosten des Landarmenverbandes verpflegt:

1. in der Pflege-Abtheilung 43 Landarme			
42 an 10,135 Tagen à 8 Sgr. 4 Pf.		2821 Thlr. 26 Sgr. 3 Pfg.	
1 " 95 " à 2 " 1 "			
2. in der Heilanstalt 13 Landarme an 3314 Tagen à 8 Sgr. 7 Pf.	948	" 5 " 2 "	
3. in der Irren-Abtheilung 14 Landarme an 3804 Tagen			
à 8 Sgr. 5 Pfg.	1067	" 7 " — "	
Mithin 70 Landarme an 17,348 Tagen zu	4837	Thlr. 8 Sgr. 5 Pfg.	
4. in der Arbeitsanstalt 233 Corrigenden an 41,063 Tagen			
nach Abzug eines Arbeitsverdienstes von 4379 Thlr. 7 Sgr.			
9 Pfg. zu	9695	Thlr. 12 Sgr. 11 Pfg.	
Summa gleich den oben angegebenen Zahlungen an die			
Anstalt	14,532	Thlr. 21 Sgr. 4 Pfg.	
Die Durchschnitts-Pflegekosten eines Corrigenden betragen hiernach pro			
Kopf und Tag	10	Sgr. 3 Pfg.	
Der durchschnittliche Arbeitsverdienst	3	" 2 "	
Der dem Landarmenverbande zur Last verbliebene durchschnittliche			
Pflegefuß pro Kopf und Tag sonach	7	Sgr. 1 Pfg.	

In 1873 wurden auf Kosten des Landarmenverbandes verpflegt:

1. In der Pflegeanstalt 47 Landarme			
45 an 10,865 Tagen à 8 Sgr. 6 Pfg.			
1 " 365 " à 2 " 10 "	3160	Thlr. 3 Sgr. 4 Pfg.	
1 " 250 " à 5 " 8 "			
2. in der Heilanstalt 13 Landarme			
an 2981 Tagen à 9 Sgr.	894	" 9 " — "	
3. in der Irrenabtheilung 15 Landarme			
an 3378 Tagen à 9 Sgr. 4 Pfg.	1050	" 28 " — "	
Summa 17839 Tagen 75 Landarme zu	5105	Thlr. 10 Sgr. 4 Pfg.	
4. in der Arbeitsanstalt 207 Corrigenden an 35,001 Tagen			
nach Abzug eines Arbeitsverdienstes von 3658 Thlrn.			
7 Sgr. 1 Pfg.	8361	" 10 " 6 "	
Summa der Unterhaltungskosten	13466	Thlr. 20 Sgr. 10 Pfg.	

An das Landarmenhaus sind aber nur 13000 " — " — " vorläufig an Zuschüssen gewährt werden, so daß noch 466 Thlr. 20 Sgr. 10 Pfg. vorbehaltenlich der definitiven Abrechnung zu zahlen sein würden.



Die Durchschnitts-Pflegekosten eines Corrigenden betragen hiernach	
pro Kopf und Tag . . . . .	10 Sgr. 3 Pfg.
Der durchschnittliche Arbeitsverdienst . . . . .	3 " 1 "
Der dem Landarmen-Verbande zur Last verbliebene durchschnittliche	
Pflegezack pro Kopf und Tag sonach . . . . .	7 Sgr. 2 Pfg.

## II. Arbeitsanstalt und Landarmenhaus zu Branweiler.

Anschließend an die früheren Verwaltungsberichte muß hier auch auf die Jahre 1870, 1871 und 1872 zurückgegangen werden, in welchen die obere Verwaltung noch nicht durch den Provinzial-Verwaltungsrath erfolgte. Andererseits konnten hin und wieder die Vergleiche mit 1873 noch nicht angesetzt werden, weil die Materialien hierzu noch nicht aufgestellt sind.

### I. Bevölkerung der Anstalt.

Die Bevölkerung der Arbeits-Anstalt und des damit verbundenen Landarmenhauses betrug im Durchschnitt:

	in 1870 . . . . .	581 Köpfe
	" 1871 . . . . .	465 "
	" 1872 . . . . .	477 " und
	" 1873 . . . . .	464 "
während		
	in 1867 . . . . .	692 Köpfe
	" 1868 . . . . .	687 " und
	" 1869 . . . . .	657 "

durchschnittlich vorhanden waren.

Hiernach hat eine sehr erhebliche Reduction der Bevölkerung stattgefunden und trifft diese nur das Detinirten-Personal, während die Zahl der Land- und Ortsarmen ziemlich constant geblieben ist. Die Zahl der Detinirten betrug durchschnittlich

	in 1870 . . . . .	461 Köpfe
	" 1871 . . . . .	350 "
	" 1872 . . . . .	358 " und
	" 1873 . . . . .	342 "

dagegen jene der Land- und Ortsarmen

	in 1870 . . . . .	120 Köpfe
	" 1871 . . . . .	115 "
	" 1872 . . . . .	119 " und
	" 1873 . . . . .	122 "

Auffallend erscheint die Zahl der Corrigenden im Jahre 1871, welche gegen das Jahr 1870 um mehr als 100 Köpfe differirt. Die Ursache liegt in dem mit dem 1. Januar 1871 in Kraft getretenen Strafgesetzbuche für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870. Zunächst ist hervorzuheben, daß das frühere Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 die Landstreicherei, Bettelerei, den gewerbmäßigen Betrieb der Unzucht zc. als Vergehen behandelte, während das neue Strafgesetz diese Handlungen unter die Kategorie der Uebertretungen subsummirt. Während sodann früher die Landstreicherei, Bettelerei zc. mit Gefängniß bis zu 3 Monaten und die gewerbmäßige Unzucht mit Gefängniß bis zu 8 Wochen bestraft wurde, werden diese Uebertretungen seit dem Jahre 1871

mit Haft bis zu 6 Wochen geahndet und auch nicht mehr, wie früher, vor dem Zuchtpolizeigerichte, sondern vor dem Polizeirichter verhandelt. Früher hatte in den vorerwähnten Fällen das Gericht zugleich zu erkennen, daß nach ausgestandener Strafe der Inländer in ein Arbeitshaus zu bringen sei und nur die Dauer der Einsperrung in dem Arbeitshause wurde von der Landespolizeibehörde festgesetzt. Bei den wegen Unzucht verurtheilten Individuen durfte sie den Zeitraum von 1 Jahre in den übrigen Fällen einen solchen von 3 Jahren nicht übersteigen. Das neue Strafgesetzbuch bestimmt im §. 362 alinea 1, daß bei der Verurtheilung zur Haft in sämtlichen oben gedachten Fällen zugleich erkannt werden könne, daß die verurtheilte Person nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde zu überweisen sei, daß die Landespolizeibehörde dadurch die Befugniß erhalte, die verurtheilte Person bis zu 2 Jahren in ein Arbeitshaus unterzubringen.

Ein wesentlicher Moment, welcher auf die Bevölkerung der Anstalt influenzirt, liegt also darin, daß der zu einer Nachhaft Verurtheilte höchstens 2 Jahre in einer Arbeits-Anstalt untergebracht werden darf, während unter der früheren Gesetzgebung das Maximum der Nachhaft bis auf 3 Jahre ausgedehnt war. Ferner mußte nach dem Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 das Gericht die Unterbringung in einem Arbeitshause erkennen, während die fakultative Fassung des jetzigen Strafgesetzbuches: „bei der Verurtheilung zur Haft kann zugleich erkannt werden“ es lediglich dem Ermessen des Richters anheimgestellt hat, eine Nachhaft in einem Arbeitshause durch die Ueberweisung des Inculpaten an die Landespolizeibehörde zu praecipuiren. Es kommt nun nicht selten vor, daß einestheils die Richter auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde nicht erkennen und andertheils die Landespolizeibehörden von der ihr durch die erfolgte Ueberweisung ertheilten Befugniß ganz Abstand nehmen.

Ein weiterer Moment, welcher auf die Bevölkerung der Anstalt influenzirt, ist die Aufhebung der Novelle zu dem Armengeetze vom 21. Mai 1855. Nach §. 11 und ffq. konnten solche Personen, welche arbeitsfähig sind, gleichwohl aber nach Verlust ihrer bisherigen Wohnung binnen einer von der Ortspolizeibehörde ihnen gestellten Frist sich eine andere Wohnung nicht verschafft hatten, einer Arbeits-Anstalt überwiesen werden, ebenso diejenigen Personen, welche die Armenpflege in Anspruch nahmen, sich aber weigerten, für die ihnen gewährte Unterstützung die ihnen von der Obrigkeit angewiesene Arbeit zu verrichten und endlich solche Familienväter, welche ihre Familie, der gesetzlichen Verpflichtung zuwider, dergestalt hilflos ließen, daß die Angehörigen der Armenpflege anheimfielen. In den vorgedachten Fällen bedurfte es zur Unterbringung der betreffenden Individuen in eine Arbeitsanstalt nur eines Resoluts des zuständigen Landraths. Diese Kriterien der Straffälligkeit sind in das neue Strafgesetzbuch sub §. 361 Nr. 5, 7 und 8 aufgenommen worden und ist darnach die Befugniß der Verwaltungsbehörde zur zwangsweisen Unterbringung in einer Arbeits-Anstalt von einem hierauf gerichteten ausdrücklichen Ausspruch des Gerichts abhängig gemacht.

Endlich kann die Abnahme des Bestandes der Detinirten zum Theil auch auf die bestehenden höchst günstigen Gelegenheiten zu gutem Arbeitsverdienste bei einigermaßen guten Willen zurückgeführt werden.

Eine genaue Anschauung der Bestandes-Verhältnisse, sowohl hinsichtlich der Geschlechter, als der Detinirten und Armen, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung.

Im Speciellen waren vorhanden:

	1870.						1871.						1872.						1873.					
	In der Arbeitsanstalt.			Im Landarmenhanse.			Uebersaupt.	In der Arbeitsanstalt.			Im Landarmenhanse.			Uebersaupt.	In der Arbeitsanstalt.			Im Landarmenhanse.			Uebersaupt.			
	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.		Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.		Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.				
																						In der Arbeitsanstalt.		
Am 1. Januar . . .	431	160	591	83	34	117	708	277	78	355	88	35	123	478	240	106	346	85	36	121	467	389	121	510
Im Laufe des Jahres kamen zu . . .	544	113	657	22	12	34	691	308	122	430	15	8	23	453	354	114	468	23	9	32	500	—	—	533
Daher waren überhaupt vorhanden . . .	975	273	1248	105	46	151	1399	585	200	785	103	43	146	931	594	220	814	108	45	153	967	—	—	1043
Abgang im Laufe des Jahres . . .	698	195	893	17	11	28	921	345	94	439	18	7	25	464	309	116	425	21	11	32	457	—	—	601
Daher Bestand am 31. Dezember . . .	277	78	355	88	35	123	478	240	106	346	85	36	121	467	285	104	389	87	34	121	510	316	126	442

Die Resultate aus dem Jahre 1873 können hier zur Zeit nicht vollständiger gegeben werden. Auch konnte in Nachstehendem zum Theil noch gar nicht darauf berücksichtigt werden.

Aus der vorstehenden Zusammenstellung ist ersichtlich, daß im Laufe des Jahres 1870 der Bestand der Häslinge wesentlich abgenommen hat; während am 1. Januar noch 591 Häslinge vorhanden waren, betrug der Bestand am 31. Dezember nur noch 355 Köpfe, also 236 Köpfe weniger. Die Ursache dieser Erscheinung ist dem im Jahre 1870 ausgebrochenen Kriege gegen Frankreich zuzuschreiben, welcher gewaltige Truppenmassen erforderte und jeden militairpflichtigen Bürger zu den Fahnen rief, andererseits aber auch die Kräfte der Polizei so sehr in Anspruch nahm, daß der öffentlichen Sicherheit die gewohnte Aufmerksamkeit nicht gewidmet werden konnte. Dieselbe Erfahrung hat der im Jahre 1866 stattgehabte Feldzug gegen Oesterreich gebracht.

Im Jahre 1871 ist der Bestand an Corrigenden ziemlich constant geblieben. Am 1. Januar waren 355 und am 31. Dezember 346 Köpfe vorhanden, 430 Individuen sind im Laufe des Jahres eingeliefert und 439 entlassen worden; der Bestand hatte sich also um nur 9 Köpfe verringert. Charakteristisch für die Abnahme der Bevölkerung ist eine Vergleichung des Zuganges in den beiden Jahren 1870 und 1871, in 1870 sind 657 Corrigenden, dagegen in 1871 nur 430, also 227 weniger eingeliefert worden. Das mit dem 1. Januar 1871 in Kraft getretene Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund ist, wie oben näher nachgewiesen, die Veranlassung der erheblichen Abnahme.

Das Jahr 1872 unterscheidet sich nicht wesentlich von dem Jahre 1871. In dem erstern Jahre sind nur 38 Individuen mehr eingeliefert worden und der Bestand war ultimo 1872 nur um 43 Köpfe größer als in 1871.

Im Jahre 1873 hat eine Abnahme der Detinirten stattgefunden, indem am Schlusse des Jahres 73 Köpfe weniger als im Anfange des Jahres vorhanden waren.

Die Zahl der Land- und Ortsarmen ist in den Jahren 1870, 1871, 1872 und 1873 ziemlich constant geblieben, sie betrug ultimo 1870 123, ultimo 1871 und 1872 121 und ultimo



1873 126 Köpfe. Da jedoch anzunehmen ist, daß in Folge der neuen Armengesetzgebung das Landarmenhaus stärker benutzt werden wird, wie dies auch in 1872 und 1873 bereits der Fall gewesen, so wurde in dem neuen Etat die Zahl der Land- und Ortsarmen auf 150 Köpfe, die auch in dem Landarmenhause untergebracht werden können, normirt.

## II. Heimaths-, Confessions- und Alters-Verhältnisse.

Von der Gesamtzahl der Häuslinge und Armen gehörten auf den Regierungsbezirk:

	1 8 7 0.						1 8 7 1.						1 8 7 2.									
	Detinirte			Arme			Uebershaupt.	Detinirte			Arme			Uebershaupt.	Detinirte			Arme			Uebershaupt.	
	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.		Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.		Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.		
Aachen . . . . .	116	22	138	8	5	13	151	71	5	76	7	5	12	88	81	11	92	—	1	1	93	
Coblenz . . . . .	130	74	204	20	12	32	236	96	55	151	21	10	31	182	96	47	143	6	4	10	153	
Cöln . . . . .	196	81	277	37	14	51	328	146	79	225	38	14	52	277	146	96	242	20	5	25	267	
Düsseldorf . . . . .	533	96	629	40	15	55	684	272	61	333	37	14	51	384	271	66	337	7	2	9	346	
															Landarme	75	33	108				108
Summa wie ad I. . . . .	975	273	1248	105	46	151	1399	585	200	785	103	43	146	931	594	220	814	108	45	153	967	
Davon bekantten sich:																						
zur kath. Confession . . . . .	615	212	827	83	39	122	949	397	138	535	75	32	107	642	385	159	544	90	38	128	672	
zur evangel. Confession . . . . .	348	57	405	22	5	27	432	182	60	242	28	9	37	279	207	57	264	18	5	23	287	
zum jüdischen Glauben . . . . .	12	4	16	—	2	2	18	6	2	8	—	2	2	10	2	4	6	—	2	2	8	
Summa wie ad I. . . . .	975	273	1248	105	46	151	1399	585	200	785	103	43	146	931	594	220	814	108	45	153	967	
Darunter waren im Alter																						
von 1 Tag bis 6 Jahren . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
von 6 bis 16 Jahren . . . . .	7	1	8	—	—	—	8	1	—	1	—	—	—	1	8	—	8	—	—	—	—	8
Uebershaupt																						
unter 16 Jahren . . . . .	7	1	8	—	—	—	8	1	—	1	—	—	—	1	8	—	8	—	—	1	1	9
über 16 Jahren . . . . .	968	272	1240	105	46	151	1391	584	200	784	103	43	146	930	586	220	806	108	44	152	958	
Summa wie ad I. . . . .	975	273	1248	105	46	151	1399	585	200	785	103	43	146	931	594	220	814	108	45	153	967	

Die Angabe der Heimathsverhältnisse der Häuslinge ist nicht so zu verstehen, als wenn die Häuslinge den betreffenden Regierungs-Bezirken angehören oder dort heimathsberechtigt seien; die Zahlen-Angaben basiren auf der Bestimmung, wonach in allen Fällen, in denen der Aufgreifungsort und der Strafart von Bettlern, Landstreichern u. den Verbänden verschiedener

Correktions-Anstalten angehören, die Einsperrung in diejenige Anstalt stattfindet, in deren Bezirk die Aufgreifung erfolgt ist.

Aus den nicht zum Anstalts-Verbande gehörenden Provinzen waren in den Jahren 1870, 1871 und 1872 in der Anstalt zu Braunweiler detinirt:

1. aus der Provinz Westfalen	.	.	68
2. " " " Preußen	.	.	18
3. " " " Pommern	.	.	14
4. " " " Posen	.	.	5
5. " " " Schlefien	.	.	27
6. " " " Brandenburg	.	.	22
7. " " " Sachsen	.	.	42
8. " " " Hessen-Nassau	.	.	90
9. " " " Hannover	.	.	9
10. " " " Schleswig-Holstein	.	.	3
11. " " " Hohenzollern	.	.	1
12. aus dem Regierungsbezirke Trier	.	.	37
13. aus andern Staaten	.	.	74

zusammen 410

also durchschnittlich pro Jahr 137 Individuen. Es waren in den genannten Jahren überhaupt durchschnittlich resp. 461, 350 und 358 Individuen detinirt; die Zahl der fremden Provinzen u. Angehörigen betrug mithin in den beiden letzten Jahren mehr wie  $\frac{1}{3}$  der Gesamt-Bevölkerung. Die Provinzen Westfalen und Hessen-Nassau liefern das größte Contingent, was leicht erklärlich ist, da dieselben an den Grenzen der Rheinprovinz gelegen sind.

Bezüglich der Confession stellt sich das Verhältniß der evangelischen zu den katholischen Detinirten wie folgt heraus:

in 1870	.	.	.	1:2,04
„ 1871	.	.	.	1:2,21
„ 1872	.	.	.	1:2,07
oder durchschnittlich	.	.	.	1:2,11.

Die Zahl der jugendlichen Detinirten hat seit dem Jahre 1871 wesentlich abgenommen; auch hier liegt die Ursache in den Milderungsgründen des neuen Strafgesetzbuches. Das Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 enthielt die Bestimmung, daß, wenn ein Angeeschuldigter noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet habe und festgestellt werde, daß er ohne Unterscheidungsvermögen gehandelt habe, er freigesprochen, in dem Urtheile aber bestimmt werden sollte, ob er seiner Familie zu überweisen oder in eine Besserungs-Anstalt zu bringen sei. Das neue Strafgesetzbuch bestimmt zunächst im §. 55, daß derjenige, welcher bei Begehung einer Handlung das 12. Lebensjahr nicht vollendet hat, wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden könne, sodann im §. 56, daß ein Angeeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das 12., aber nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, freizusprechen ist, wenn er bei Begehung derselben die zur Erkenntniß ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besaß, wobei jedoch zu erkennen ist, ob der Angeeschuldigte seiner Familie überwiesen oder in eine Erziehungs- oder Besserungs-Anstalt gebracht werden soll.

Der wesentliche Unterschied liegt hiernach darin, daß nach dem neuen Strafgesetzbuche Kinder in einem Alter bis zu 12 Jahren wegen einer gesetzwidrigen Handlung gar nicht verfolgt werden können, während dies früher zulässig war. Dagegen ist das früher auf 16 Jahre normirte





Die Bewohner des Landarmenhanfes gehören der Mehrzahl nach der Altersklasse über 60 Jahre an; es ist dies das Alter, in welchem in der Regel die Arbeitsunfähigkeit und somit die Hilfsbedürftigkeit eintritt.

Das im Jahre 1872 in der Rubrik: „von 1 Tag bis 6 Jahren“ aufgeführte Kind stammt von einer Landarmen ab, welche während eines Urlaubs beschwängert und in dem Landarmenhanse entbunden worden ist. Dasselbe ist im Laufe des verflossenen Jahres für Rechnung des Rheinischen Landarmen-Verbandes in Privat-Pflege untergebracht worden.

### III. Ursachen der Detention.

	1 8 7 0.			1 8 7 1.			1 8 7 2.		
	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.
Es waren detinirt:									
a) Wegen Hilflosigkeit.									
Mit den Müttern aufgenommene oder in der Anstalt geborene Kinder . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa a. Wegen Hilflosigkeit per se . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) Wegen Vergehen auf Kosten des Staates.									
Wegen gewerbmäßigen Nachsehens der Unzucht nach §. 146 des Strafgesetzbuches vom 14. April 1851 . . . . .	—	65	65	—	20	20	—	—	—
Summa b. Wegen Vergehen auf Kosten des Staates per se . . . . .	—	65	65	—	20	20	—	—	—
c. Wegen Vergehen auf Kosten der Gemeinden resp. des Landarmenfonds.									
1. Wegen Landfreicherei und Bettelerei . . . . .	840	187	1027	476	122	598	495	115	610
2. Wegen Arbeitsscheu, Müßiggang und Trunksucht . . . . .	119	21	140	102	15	117	99	17	116
3. Wegen gewerbmäßigen Betriebs der Unzucht . . . . .	—	—	—	41	41	—	—	88	88
4. Nach der Novelle zum Armengesetze vom 21. Mai 1855 . . . . .	14	—	14	7	2	9	—	—	—
Summa c. Wegen Vergehen auf Kosten der Gemeinden resp. des Landarmenfonds . . . . .	973	208	1181	585	180	765	594	220	814
d. Auf Kosten von Privaten.									
Auf Grund der Art. 376 und 378 des bürgerlichen Gesetzbuches . . . . .	2	—	2	—	—	—	—	—	—
Summa d. Auf Kosten von Privaten . . . . .	2	—	2	—	—	—	—	—	—
Hierzu:									
Summa c. Wegen Vergehen auf Kosten der Gemeinden resp. des Landarmenfonds . . . . .	973	208	1181	585	180	765	594	220	814
Summa b. Wegen Vergehen auf Kosten des Staates . . . . .	—	65	65	—	20	20	—	—	—
Summa a. Wegen Hilflosigkeit . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa aller Detinirten der Arbeits-Anstalt . . . . .	975	273	1248	585	200	785	594	220	814
Hierzu die Pflęlinge des Landarmenhanfes . . . . .	105	46	151	103	43	146	108	45	153
Summa aller Verpflęgten wie ad I. . . . .	1080	319	1399	688	243	931	702	265	967

Nach §. 38 des Preussischen Gesetzes, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungs-Wohnsitz vom 8. März 1871 sind die Landarmenverbände verpflichtet, die in ihrem Bezirke festgenommenen, auf Grund der Bestimmungen des §. 361 Nr. 3 bis 8 des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870 verurtheilten und nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde überwiesenen Personen auf dahin gehenden Beschluß dieser Behörde

in ein Arbeitshaus unterzubringen, sowie die Kosten der Verpflegung in der Anstalt zu bestreiten. Dieses Gesetz ist mit dem 1. Juli 1871 in Kraft getreten, daher von da ab die vorerwähnten Kosten bei dem Landarmenfonds liquidirt worden sind.

Die Zahl der wegen gewerbsmäßigen Betriebs der Unzucht der Anstalt überwiesenen lieberlichen Dirnen hat zugenommen; sie betrug

im Jahre 1867 . . . . .	44
im Jahre 1868 . . . . .	49
im Jahre 1869 . . . . .	59
im Jahre 1870 . . . . .	65
im Jahre 1871 . . . . .	61 und
im Jahre 1872 sogar . . . . .	88 Köpfe.

Die Zahlen stehen nichts destoweniger in keinem Verhältniß zu den effectiv prostituirten Personen.

Die unter der Rubrik „auf Kosten von Privaten“ aufgeführten 2 Individuen sind durch Ordonnanz des Landgerichts-Präsidenten zu Eßln in Gemäßheit der Art. 376 und 378 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Anstalt überwiesen worden. Beide gehören achtbaren Familien an; sie waren durch schlechte Gesellschaft auf eine Lasterbahn gerathen, die die Veranlassung zu jener seltenen Maßregel gab. Der eine war 15, der andere beinahe 17 Jahre alt, der erstere hat 4 Wochen und der andere 15 Tage in der Anstalt zugebracht; sie sind, um allen Verkehr mit den übrigen Detinirten zu vermeiden, isolirt und mit schriftlichen Arbeiten beschäftigt worden. Die kurze Strafe ist von gutem Erfolge gewesen.

Unter den in 1870 aufgenommenen 657 Detinirten befanden sich 287, unter 430 in 1871 209 und unter 468 in 1872 236 Rückfällige, von denen in die Anstalt eingeliefert wurden:

	1 8 7 0.			1 8 7 1.			1 8 7 2.		
	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.
Zum zweiten Male . . . . .	112	19	131	73	13	86	79	28	107
„ dritten „ . . . . .	50	21	71	31	16	47	32	7	39
„ vierten „ . . . . .	32	7	39	29	11	40	26	6	32
„ fünften „ . . . . .	13	2	15	8	5	13	18	7	25
„ sechsten „ . . . . .	10	2	12	7	2	9	10	2	12
„ siebenten „ . . . . .	6	—	6	6	2	8	7	2	9
„ achten und öftern Male .	11	2	13	6	—	6	9	3	12
Summa	234	53	287	160	49	209	181	55	236

Die Rückfälligkeit der Häslinge ergibt hiernach folgenden Procentsatz:

1870 . . . . .	43,6%
1871 . . . . .	48,6%
1872 . . . . .	50,4%

während dieselbe in den drei vorhergegangenen Jahren resp. 41,8, 44,4 und 39,3% betrug.

Nach dem Geschlechte stellt sich folgendes Verhältniß heraus:

1870 bei den Männern . . . . .	43,0%
bei den Frauen . . . . .	46,9%
1871 bei den Männern . . . . .	51,9%
bei den Frauen . . . . .	40,1%
1872 bei den Männern . . . . .	51,1%
bei den Frauen . . . . .	48,2%

und im Durchschnitt während dieser 3 Jahre:

bei den Männern . . . . .	47,6% und
bei den Frauen . . . . .	45,0%.

Der Procentsatz der Rückfälligkeit ist demnach bei den Frauen und Männern nicht wesentlich verschieden.

#### IV. Abgang der Händlinge und Armen durch Entlassung, Entweichung oder Tod

Die Zahl der Entlassenen betrug:	1870.						1871.						1872.									
	In der Ar- beits-Anstalt			Im Land- armenhaufe			In der Ar- beits-Anstalt			Im Land- armenhaufe			In der Ar- beits-Anstalt			Im Land- armenhaufe						
	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.				
Uebershaupt . . . . .	675	190	865	6	6	12	877	337	90	427	7	5	12	439	296	111	407	12	8	20	427	
Davon wurden:																						
1. Seitens der Anstalt als Lehrlinge untergebracht	6	—	6	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Gemäß unmittelbarer Weisungen der betreffenden königlichen Regierungen entlassen . . . . .	661	177	838	5	2	7	845	331	87	418	6	4	10	428	293	107	400	9	5	14	414	
3. In eine andere An- stalt: Kloster zum guten Hirten zu Melaten und Nachen, Christi Hilf bei Düsselbors, Diakonissen- Anstalt zu Kaiserswerth übergesiedelt und als Dienst- boten zc. untergebracht.	1	13	14	1	—	1	15	2	3	5	—	—	—	5	—	4	4	—	—	—	—	4
4. Zum Militärdienst einberufen . . . . .	7	—	7	—	—	—	7	4	—	4	—	—	—	4	3	—	3	—	—	—	—	3
5. von den Land- und Ortsarmenverbänden zu- rückgenommen resp. ander- weitig untergebracht. . .	—	—	—	—	4	4	4	—	—	—	1	1	2	2	—	—	—	3	3	6	6	6
Summa wie oben . . . . .	675	190	865	6	6	12	877	337	90	427	7	5	12	439	296	111	407	12	8	20	427	

Von den im Jahre 1870 detinirt gewesenen 7 Knaben sind 6 als Lehrlinge untergebracht worden; die in den Jahren 1871 und 1872 verwahrt gewesenen wurden zu ihren Eltern oder Verwandten entlassen.



Die Ueberweisung von weiblichen Corrigenden in die von geistlichen Genossenschaften geleiteten Institute hat sich als eine segensreiche erwiesen. In den drei Jahren 1870, 1871 und 1872 sind 20 Personen solchen Instituten überwiesen worden; daneben haben andere aus freiem Antriebe nach ihrer Entlassung aus der hiesigen Anstalt sich dort um Aufnahme beworben und diese gefunden.

Zum Militairdienste sind in den Jahren 1870, 1871 und 1872 im Ganzen 14 Corrigenden ausgehoben worden. Nach der Zusammenstellung nach Altersklassen waren in den Jahren 1870, 1871 und 1872 im Ganzen 545 männliche Individuen in dem Alter von 20—30 Jahren detinirt; nimmt man nur die Hälfte als conscriptionspflichtig an, so ergibt sich für die zum Militairdienst tauglich Befundenen ein Procentsatz von durchschnittlich nur 5%, gewiß ein sehr ungünstiges Resultat. Die Ursache liegt leider in der großen geistigen und körperlichen Verkommenheit jener Individuen, die zum größten Theile in der Erziehung von früher Jugend an verwahrloßt worden sind und durch das vagirende Leben Geist und Körper zerrüttet haben.

Die Aufnahme und die Entlassung der Land- und Ortsarmen hat durch die mit dem 1. Juli 1871 in Kraft getretene neue Armengesetzgebung eine wesentliche Aenderung erlitten. Nach §. 1 des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871 ist jedem hilfsbedürftigen Deutschen von dem zu seiner Unterstützung verpflichteten Armenverbande Obdach, der unentbehrliche Lebensunterhalt, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und im Falle seines Ablebens ein angemessenes Begräbniß zu gewähren. Die Unterstützung kann geeigneten Falles, so lange dieselbe in Anspruch genommen wird, mittels Unterbringung in einem Armen- oder Krankenhause, so wie mittels Anweisung der den Kräften des Hilfsbedürftigen entsprechenden Arbeiten außerhalb oder innerhalb eines solchen Hauses gewährt werden. Nach der Ministerial-Instruktion zu dem erwähnten Gesetze vom 10. April 1871 darf die Unterbringung in einem Armenhause nur so lange stattfinden, als die Unterstützung in Anspruch genommen wird. Wider seinen Willen darf daher im Verwaltungswege derjenige, der die Armenpflege in Anspruch nimmt, in einem Armenhause nicht untergebracht resp. festgehalten werden; es ist ihm vielmehr lediglich zu überlassen, entweder auf die Unterstützung überhaupt zu verzichten, oder sich mit derjenigen Art und Weise, in welcher sie ihm, der Bestimmung des §. 1 l. e. gemäß, angeboten wird, zu begnügen.

Seit Erlaß jenes Gesetzes haben sich die Anträge auf Entlassung aus dem Landarmenhaus gehäuft und nicht selten notorisch arbeitsunfähige Personen, wie Krüppel, Lahme, Blinde u. dgl. die Entlassung aus dem Pflegeverhältnisse gefordert unter der Erklärung, auf jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu verzichten. Die Verwaltung hat mit solchen Personen viel zu kämpfen, und nichts desto weniger gelingt es in den wenigsten Fällen, sie eines Andern zu belehren. Die Verpflegung im Landarmenhause ist gut, weit besser, als die Landarmen sie im Zustande der Freiheit erhalten, ebenso die Behandlung; auch ist ihnen hinreichende Gelegenheit geboten, sich in freier Luft zu bewegen.

An Reise-Unterstützung wurde den entlassenen Corrigenden, insoweit der Sparfonds nicht ausreichte,  $7\frac{1}{2}$  Sgr. pro 3 Meilen, oder pro Meile  $2\frac{1}{2}$  Sgr. gemäß Beschluß der vormaligen Verwaltungs-Commission der Anstalt vom 31. August 1869 gewährt.

Von dem Provinzial-Verwaltungsrath ist in der Sitzung vom 28. Januar 1873 beschlossen worden, die bis dahin bestandene Praxis der Zahlung von Reise-Unterstützungen nach Meilen, welche zu vielen Unzuträglichkeiten geführt hat, indem die zur Entlassung gelangenden Corrigenden einen von der Anstalt weit entfernt gelegenen Ort als ihren zukünftigen Aufenthaltsort bezeichnen und auf diese Weise ein hohes Reisegeld erschwandeln, aufzuheben und jedem zur Entlassung

gelangenden Corrigenden zur Ermöglichung seiner vorläufigen Existenz den Betrag von 1 Thlr. baar zu zahlen. Dabei soll auf den etwaigen Arbeits-Nebenverdienst der Corrigenden nicht gerücksichtigt werden, so daß die Summe von 1 Thlr. jedem zur Entlassung kommenden Corrigenden neben seinem etwaigen Nebenverdienste gezahlt wird. Diese Reise-Unterstützung ist genügend, da die Häuslinge in der Regel noch einen Sparfonds aus ihrem Nebenverdienst besitzen und dadurch in der Lage sind, sich auf einige Tage sustentiren und während dieser Zeit sich um Arbeit umsehen zu können, die sie bei nur einigem guten Willen leicht finden können.

Die Entlassenen erhielten aus der Sparpfennigkasse im Ganzen:

1. in 1870: 893 Entlassene	2269 Thlr.	4 Sgr.	1 Pf.
mithin durchschnittlich pro Kopf	2 Thlr.	16 Sgr.	3 Pf.
2. in 1871: 439 Entlassene	1429	19	8
mithin durchschnittlich pro Kopf	3 Thlr.	7 Sgr.	8 Pf.
und			
3. in 1872: 425 Entlassene	1539	9	6
mithin durchschnittlich pro Kopf	3 Thlr.	18 Sgr.	8 Pf.

An abgehende Häuslinge, welche keinen Sparfonds erworben hatten, mußte das nöthige Reisegeld bis zu ihrem Bestimmungsorte gezahlt und ebenso bei nicht zureichendem Sparfonds von der Kasse der Anstalt ergänzt werden, wofür

1. in 1870 an 181 Entlassene	182 Thlr.	29 Sgr.	4 Pf.
oder durchschnittlich pro Kopf	1 Thlr.	4 Sgr.	6 Pf.
2. in 1871 an 64 Entlassene	105	19	3
oder durchschnittlich pro Kopf	1 Thlr.	19 Sgr.	6 Pf.
3. in 1872 an 86 Entlassene	187	—	9
oder durchschnittlich pro Kopf	2 Thlr.	5 Sgr.	3 Pf.

gezahlt wurden.

Entwichen sind:

	1870	1871	1872
1. aus der Anstalt und über deren Ringmauer	2	5	4
2. von der Arbeit im Freien	12	3	2
zusammen	14	8	6

Auffallend erscheint die große Zahl der Entweichungen von der Arbeit im Freien im Jahre 1870. Die in Folge des Krieges eingetretenen loseren Zustände in der Ausübung der Sicherheitspolizei haben die Sucht nach Entweichungen jedenfalls begünstigt, während andererseits die Natur der Beschäftigung sie so leicht möglich macht. Namentlich sind es die Arbeiten im königlichen Forste, bei dem Wegebau und der Kiesgewinnung, welche die meisten Entweichungen herbeiführen und dennoch ist die Zahl derselben im Verhältniß zu der Bevölkerung der Anstalt sehr gering.

Sie betrug:

im Jahre 1870	1,1%
im Jahre 1871	1,0% und
im Jahre 1872	0,7%

Von den Entwichenen sind nur 5 nicht wieder eingeliefert worden; die übrigen wurden gleich nach der Entweichung ergriffen und in die Anstalt zurückgebracht.

Unter den im Jahre 1871 Entwichenen befanden sich drei Frauenzimmer, welche wegen Syphilis auf einem Krankenzimmer untergebracht waren. Sie haben in der Nacht ein Fenster erbrochen und an zusammengebundenen Leintüchern sich auf den Hof heruntergelassen, dann über die Mauer das Weite gesucht, wobei eine derselben den Fuß zerbrochen hat. Die beiden andern sind ihr bei der Flucht behilflich gewesen, alle drei sind nach wenigen Tagen in Köln verhaftet worden. Da sie Anstalts-Effekten, sowie die auf der Bleiche liegende Privatwäsche mitgenommen hatten, wurden sie des Diebstahls bezüchtigt, zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt und nach ausgedandener Strafe der Anstalt wieder zugeführt.

Die Entwichenen verlieren ihren in der Anstalt erworbenen Sparfonds, welcher der Anstaltskasse anheimfällt, auch in dem Falle, wenn sie zwangsweise oder freiwillig dahin zurückkehren, auch wird ihnen die Zeit, welche sie abwesend gewesen sind, auf die Detention nicht angerechnet.

## Es starben

	1870.			1871.			1872.		
	Detinirte.	Arme.	Summa.	Detinirte.	Arme.	Summe.	Detinirte.	Arme.	Summe.
1. Männer und Knaben . . .	10	11	21	4	10	14	7	8	15
2. Weiber und Mädchen . . .	5	4	9	—	2	2	4	3	7
zusammen	15	15	30	4	12	16	11	11	22

Die Zahl der Sterbefälle verhält sich zur Gesamtbevölkerung

in 1870 wie 2,1: 100

in 1871 „ 1,7: 100

in 1872 „ 2,3: 100

Bei den Háuslingen betrug die Zahl der Sterbefälle

in 1870 . . . . 1,2%

„ 1871 . . . . 0,5% und

„ 1872 . . . . 1,3%;

Bei den Land- und Ortsarmen:

in 1870 . . . . 9,9%

„ 1871 . . . . 8,2% und

„ 1872 . . . . 7,2%;

Bei den männlichen Háuslingen:

in 1870 . . . . 1,0%

„ 1870 . . . . 0,7%

„ 1872 . . . . 1,2%;

Bei den weiblichen Háuslingen:

in 1870 . . . . 1,8%

„ 1871 . . . . 0,0% und

„ 1872 . . . . 1,9%.



Weit überwiegend ist die Zahl der Sterbefälle bei den Land- und Ortsarmen. Diese Erscheinung kann jedoch nicht auffallen, da die meisten Bewohner des Landarmenhauses eine gebrechliche Constitution haben und sich in hohem Alter befinden.

### V. Gesundheitszustand. Krankenwesen.

Im Durchschnitt befanden sich täglich in Lazarathpflege einschließlich der Land- und Ortsarmen:

1870.			1871.			1872.		
Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.	Männer und Knaben.	Weiber und Mädchen.	Summa.
23	28	51	21	25	46	23	29	52

also im Verhältniß zur Durchschnittsbevölkerung

in 1870 wie . . .	1: 11
„ 1871 „ . . .	1: 10 und
„ 1872 „ . . .	1: 9

Während der Jahre 1870, 1871 und 1872 hat die Anstalt das Glück gehabt, von ansteckenden Krankheiten verschont zu bleiben, selbst als in nächster Umgebung Pocken und Ruhr herrschten.

Die bezüglichlichen Erkrankungen erstreckten sich nur auf einzelne Fälle. An Dysenterie starb nur ein Detinirter. Außerdem kam in größern Zwischenräumen einigemal Typhus zur Behandlung, welcher zwei Opfer forderte.

Dennoch selbst beim Fehlen von Epidemien, war der Krankenbestand stets ein relativ hoher, was sich aus der frühern schwächenden Lebensweise der Detinirten hinreichend erklären läßt. Zumeist bevölkerten das Lazareth Solche, welche an chronischen Katarrhen der Luftwege litten hervorgerufen theils durch das Vagabondiren und Schlafen im Freien bei den ungünstigsten Witterungsverhältnissen und bei mangelhafter Bekleidung, theils durch längern Aufenthalt in Gefängnissen. Sehr oft waren die Katarrhe sowohl Ursache als Folge von Erweiterung der Luftzellen (Emphysem) und Tuberculose, letztere, theils erworbene, theils angeborene Lungenaffection, lieferte die meisten Todesfälle. Von acuten Krankheiten der Lungen kamen am häufigsten Bronchitis und Pleuritis, seltener Pneumonie zur Behandlung. Seitens der Verdauungs-Organen stellte der acute und chronische Magencatarrh ein großes Contingent an Kranken; bei letzterem spielt der früher mit Umaß genossene Alcohol eine Hauptrolle. Eine sehr häufige Erscheinung bildete der chronische Muskel- und Gelenk-Rheumatismus, zumeist wieder auf die oben geschilderten Ursachen, öftere Durchnässungen und längerer Aufenthalt in Gefängnissen zurückführbar. Von sonstigen acuten Krankheiten kamen acuter Gelenk-Rheumatismus und Erysipel häufig zur Behandlung; unter den chronischen ist schließlich das öftere Vorkommen der Epilepsie, vielfach auf Onanie zurückführbar und vor Allem die Syphilis in ihren verschiedenen Formen zu erwähnen. In Folge der bisher ergriffenen Maßregeln wurden selten nachweisbar mit Syphilis behaftete Individuen eingeliefert; die weitaus größte Mehrzahl der Kranken war früher in Behandlung gewesen, wodurch die syphilitischen Erscheinungen zurücktraten; in latenter Weise aber blieb das syphilitische Gift im Körper

und produzierte wieder neuerdings während des Aufenthalts in hiesiger Anstalt seine äußeren Merkmale. Die Syphilis bezog sich fast nur auf die Insassen des Frauenhauses.

Was die äußeren Krankheiten anbelangt, so lieferten chronische, meist äußerst vernachlässigte oder sogar absichtlich unterhaltene Veingeschwüre den größten Bestand; hierauf folgten chronische Hautanschläge der mannigfaltigsten Art. Eine sehr häufige Erscheinung war der Carunkel, dadurch leicht erklärbar, daß derselbe mit Vorliebe heruntergekommene Individuen befällt. Trotzdem derselbe in der schwersten Form wiederholt vorkam, ist kein Todesfall in Folge desselben zu melden. Als chirurgische Fälle von größerem Interesse sind hervorzuheben eine Vereiterung des Ellenbogengelenks bei einem Detinirten, in Folge deren mit Erhaltung des Armes die krankhaften Gelenkenden durch Resection entfernt wurden und eine Leistenbruch-Operation unter sehr schwierigen Verhältnissen mit Bildung eines künstlichen Afters. Letzterer Fall endete nach ca. 14 Tagen durch eine hinzutretene Bauchfellentzündung tödtlich. Endlich wurden unter Zuziehung des Augenarztes Dr. Walter in Köln mehrere Operationen am Auge, Staaroperationen, Bildung künstlicher Pupillen, Entfernung eines krankhaften Auges u. in fast allen Fällen mit günstigem Erfolge gemacht.

Es starben an:	1870		1871		1872	
	Männer	Weiber	Männer	Weiber	Männer	Weiber
Lungenschwindsucht . . . . .	9	3	4	1	8	3
Chronischer Nierenentzündung . . . . .	—	2	—	—	—	1
Chronischer Rückenmarks-Entzündung . . . . .	—	—	1	—	—	—
Lungen-Entzündung . . . . .	1	1	—	—	—	1
Herz-, Lungen- und Gehirnschlag . . . . .	2	3	1	—	2	1
Lungenlähmung . . . . .	1	—	2	—	—	—
Unterleibschwindsucht . . . . .	1	—	—	—	—	—
Leber- und Unterleibs-Entzündung . . . . .	1	—	—	—	1	—
Lungen-Emphysem . . . . .	1	—	1	—	—	—
Rückenmark-Schwindsucht . . . . .	—	—	1	—	—	—
Durchfall (Ruhr) . . . . .	—	—	1	—	—	—
Magenkrebs . . . . .	—	—	—	—	1	—
Wassersucht . . . . .	—	—	2	—	—	—
Typhus . . . . .	—	—	—	—	1	1
Alterschwäche . . . . .	4	1	1	1	2	—
Summa . . . . .	20	10	14	2	15	7

Von den Gestorbenen befanden sich im Alter

	1870.	1871.	1872.
unter 20 Jahren . . . . .	1	—	1
von 20 bis 40 Jahren . . . . .	4	2	5
von 40 bis 60 Jahren . . . . .	18	9	10
über 60 Jahre . . . . .	7	5	6
Summa . . . . .	30	16	22

## VI. Sittliche Besserung.

Was zunächst die Kirche betrifft, so wird der Gottesdienst an den Sonn- und Feiertagen von den Geistlichen beider Confessionen abgehalten und sind die gesunden Häslinge und Landarmen verpflichtet, demselben beizuwohnen. An den Wochentagen wird täglich von dem katholischen Anstaltsgeistlichen eine hl. Messe celebrirt, an welcher die Landarmen stets, die Häslinge aber abwechselnd Theil nehmen, so daß die männlichen in verschiedenen Abtheilungen einmal, die weiblichen dagegen zweimal den Gottesdienst besuchen.

Im Jahre 1870 wurde eine Häslingin im Alter von 21 Jahren durch den evangelischen Anstaltsgeistlichen confirmirt. Von einer Blumenhändlerin im Jahre 1849 außerehelich geboren, war sie von zartester Kindheit an an ein vagirendes Leben gewöhnt und ohne allen Unterricht aufgezogen worden; sie hatte in dem Landarmenbause zu Benninghausen in Westfalen wegen Landstreicherei eine längere Haft verbüßt. In die hiesige Anstalt wurde sie im Juni 1869 eingeliefert; sie besaß gar keine religiösen Kenntnisse, konnte auch nicht einmal lesen.

Von Häslingen katholischer Confession wurden in den vorgeannten drei Jahren 6 zur ersten hl. Communion geführt, unter diesen nur ein Mädchen von 19 Jahren; die übrigen befanden sich im Alter von 12, 15, 16, 18 und 21 Jahren. Alle hatten entweder gar keinen, oder nur einen kaum nennenswerthen Unterricht genossen, so daß sie weder lesen noch schreiben konnten. Um sie zu der hl. Handlung genügend vorzubereiten, mußten daher Detentions-Verlängerungen eintreten, wegen der Unkunde im Lesen konnte ihnen in den ersten Zeiten die Erkenntniß der Heilswahrheiten nur durch mündlichen Vortrag beigebracht werden, bis sie durch den fortwährenden Besuch des Elementar-Unterrichts im Lesen so weit gefördert waren, daß sie in dem Katechismus memoriren konnten. Zwei jener Häslinge sind nach kurzer Zeit rückfällig geworden und befinden sich gegenwärtig noch in der Anstalt.

Die Schule hat auch in dem abgewichenen Zeitraum bewiesen, daß sie neben der Kirche sehr geeignet ist, die Besserung der Häslinge zu vermitteln und sie mit dem Gesetze zu versöhnen, dessen Schärfe sie getroffen hat. Sie vermittelt ferner die Gegensätze zwischen den frühern Verhältnissen des Corrigenden und denen der Anstalt, sie macht ihm somit sein Loos erträglicher und bewahrt ihn vor Gedanken und Entschlüssen, die dem Seelenleben Schaden bringen könnten, sie bewahrt ihn vor geistiger Verjüngung und arbeitet unablässig an der Stärkung und Kräftigung des Willens.

Die Mehrzahl der Schüler anerkennt offen und dankbar die Wohlthat, die ihnen in der Schule gegeben ist, bestätigen diese Gesinnung durch Fleiß, Fortschritte und Anhänglichkeit an die Person des Lehrers.

Dennoch läßt sich nicht bestreiten, daß die Erfolge des Unterrichts bei vielen Individuen in keinem Verhältniß zu der aufgewendeten Zeit und Mühe stehen. Die Gründe dieser Erscheinung liegen in den eigenthümlichen Verhältnissen, in denen die Anstaltsschule fortwährend sich zu bewegen hat. Der beständige Wechsel der Zöglinge mit ihren Verschiedenheiten an Charakter, Sitten, Anlagen, Kenntnissen und Fertigkeiten erschweren ungemein die Einhaltung der Grundsätze des Unterrichts und machen einen streng systematischen geradezu unmöglich. Dieser Mißstand kann stets nur durch reiche Gliederung einigermaßen gehoben werden und es kommt dem die mäßige Zahl der Schüler sehr zu statten.

Die Unterrichtsgegenstände bestehen neben den durch den Hausgeistlichen der betreffenden Confession ertheilten Religionsstunden im Lesen, Schreiben und Rechnen.



Bestraft wurden:	1870.			1871.			1872.		
	Männliche.	Weibliche.	Summa.	Männliche.	Weibliche.	Summa.	Männliche.	Weibliche.	Summa.
<b>Detinirte.</b>									
1) Wegen Trägheit, Arbeitsverweigerung schlechter oder nachlässiger Arbeit . . . . .	112	69	181	182	86	218	126	90	216
2) Wegen Entziehung von der Arbeit und Aufsicht und wegen Ausbruch-Versuchs . . . . .	18	2	20	10	6	16	10	2	12
3) Wegen Schmuggelerei, Entwendung, Fehlerei, Betrug, Unterschleif etc. . . . .	59	29	88	142	71	213	167	74	241
4) Wegen Zank, Beschimpfung, körperlicher Thätlichkeit unter einander . . . . .	35	25	60	128	85	213	152	73	225
5) Wegen ungebührlichen Betragens, Frechheit, Ungehorsam, Aufsehrung und Widersetzlichkeit gegen Beamte . . . . .	131	54	185	207	109	316	190	113	303
6) Wegen boshaften und muthwilligen Zerstückens und Zerbringens von Arbeitsstoffen, Geräthen, Beschädigung von Effecten . . . . .	8	10	18	3	15	18	8	19	27
7) Wegen Verletzung der Schamhaftigkeit in Worten und Handlungen . . . . .	—	11	11	8	12	20	7	15	22
8) Wegen falscher Anschulldigung . . . . .	6	2	8	3	1	4	5	3	8
9) Wegen hauspolizeiwidriger Handlungen im Allgemeinen . . . . .	184	67	251	350	225	575	303	203	506
Summa . . . . .	553	261	822	983	610	1593	968	592	1560

Von diesen Bestrafungen kommen:

	1870	1871	1872
auf die Knaben . . . . .	10	8	19
„ „ Mädchen . . . . .	—	—	—
„ „ Männer . . . . .	543	975	949
„ „ Weiber . . . . .	269	610	592
Summa wie vor	822	1593	1560

Das Besserungsmittel der Disciplinarstrafe ist bei Corrigenden nicht gering anzuschlagen; es ist unentbehrlich da, wo Gehorsam, Ordnung, Keillichkeit, anständiges Betragen unter Leuten aufrecht erhalten werden soll, welche früher wenig daran gewöhnt waren, besonders auch bei jugendlichen Personen, welche häufig unüberlegt und übermüthig handeln.

Detentions-Verlängerungen haben Statt gefunden,

in 1870 bei den männlichen Händlingen . . . . .	131
„ „ weiblichen „ . . . . .	122
zusammen	253
in 1871 bei den männlichen Händlingen . . . . .	77
„ „ weiblichen „ . . . . .	63
zusammen	146
in 1872 bei den männlichen Händlingen . . . . .	102
„ „ weiblichen „ . . . . .	95
zusammen	197

Die Detentionsverlängerungen werden nur bei mangelhafter Führung und wenn es sich um die Ausbildung eines jugendlichen Detinirten in einem Handwerke, oder wenn es sich um die Vorbereitung zum hl. Abendmahl handelt, in Anwendung gebracht. Als Disciplinarmittel sind sie sehr wirksam und kommt es selten vor, daß sie bis auf das Maximum der Nachhaft von 2 Jahren ausgedehnt werden müssen.

## VII. Arbeitsbetrieb.

Obwohl der Krieg des Jahres 1870 nicht spurlos an den gewerblichen Einrichtungen der Anstalt vorüberging, hat er dieselben doch nicht so weit aus ihren Bahnen gedrängt, daß die durch die Praxis seit einer Reihe von Jahren gewonnenen Grundlagen hätten verlassen werden müssen.

Es trat zwar, wie bei allen industriellen Unternehmungen, so auch im hiesigen Geschäfte eine gewisse Erstarrung ein; dieselbe war jedoch nicht der Art, daß dadurch erhebliche Verlegenheiten herbeigeführt worden wären. Nur die Seilerei mußte auf Anordnung des Unternehmers eingestellt werden; alle übrigen Gewerbebranchen blieben, wenn auch nur mit geringen Kräften, im Betriebe. Bei dem geringen Bestande war es immerhin möglich, sämtliche Häslinge nach wie vor zu beschäftigen.

Die Schreinerei war mit Arbeiten überhäuft, hauptsächlich in Folge der Einrichtung eines Militair-Lazareths in der Anstalt. Durch einen öffentlichen Aufruf des Herrn Regierungspräsidenten von Bernuth zu Köln um Unterbringung von Verwundeten und Reconvalescenten aus dem Feldzuge gegen Frankreich veranlaßt, hat die frühere Verwaltungs-Kommission in Folge des sehr geringen Krankenbestandes der Anstalt das ganze Männer-Lazareth und die in diesem Gebäude befindlichen Isolirzellen zu dem qu. Zwecke disponibel gestellt. Nachdem durch Verfügung des Herrn Ober-Präsidenten der Rheinprovinz vom 2. September 1870 die Verwendung des Lazarethgebäudes und der Isolirzellen zu dem fraglichen Zweck genehmigt worden, und die erforderlichen Einrichtungen getroffen waren, wurden die disponiblen Räume am 4. Februar 1871 mit dem ersten Transport von Verwundeten und Kranken, 196 an der Zahl, belegt; dieselben waren bis Station Königsdorf per Eisenbahn und von da per Fuhrn nach der hiesigen Anstalt befördert worden. Die Reconvalescenten waren in Folge der guten Verpflegung in kurzer Zeit wieder so weit hergestellt, daß sie der Königlichen Commandantur zu Köln zum activen Dienst überwiesen werden konnten; die hierdurch disponibel gewordenen Räumlichkeiten wurden bald durch neuen Transport belegt. Die größte Zahl der verpflegten kranken Soldaten betrug an einem Tage 223.

Die Mundverpflegung war von der Anstalt zu dem Satze von 9 Sgr. 6 Pf. pro Kopf und Tag übernommen worden. Nach dem mit der Lazareth-Kommission abgeschlossenen Vertrage bestand dieselbe aus dem ersten und zweiten Frühstück, Mittagessen, Vesperbrod und Abendessen, sowie aus der extraordinären Speisung. Zum Frühstück erhielt jeder Mann, bei welchem der Arzt es nicht anders verordnete, Caffee mit Milch nach Bedürfniß und zehn Loth Weißbrod event. Schwarzbrod, zum zweiten Frühstück eine Tasse Bouillon und vier Loth Weißbrod, zum Mittagessen Rindfleischsuppe mit Rindfleisch und Gemüse mit Braten, nebst 7½ Loth Schwarzbrod, zum Vesperbrod Caffee nebst 10 Loth Weißbrod und zum Abendessen an drei Tagen Braten mit Kartoffeln und an vier Tagen kräftige Suppen und jedesmal 10 Loth Weißbrod. Die Fleischportionen waren des Mittags auf 15 Loth Rindfleisch und 10 Loth Bratsfleisch, Abends ebenfalls auf 10 Loth Braten rohes Fleisch festgesetzt. Außerdem hatte die Anstalt sich verpflichtet, die von den Aerzten verordnete extraordinaire Verpflegung zu liefern.

Neben der Mundverpflegung hatte die Anstalt die Reinigung und Ausbesserung der Wäsche und Bekleidungsstücke zu dem Preise von 5 Sgr. pro Kopf und Monat übernommen.

Ungeachtet dieser geringen Preise hat die Abrechnung über die Gesamt-Verpflegung einen Ueberschuß von 202 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf. ergeben, welcher mit Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten unter die durch das Lazareth in Anspruch genommenen Anstaltsbeamten vertheilt worden ist.

Die Auflösung des Lazareths und die Wiederübergabe der bezüglichlichen Räumlichkeiten an die Anstalt fand im Monat Mai 1871 statt.

Zur Aufnahme der Kranken hat die Anstalt nur die Bettstellen gestellt; die übrigen Bettungsgegenstände, so wie das sonstige Mobilar sind von der Militärverwaltung beschafft worden. Tische, Stühle, Schränke u. wurden in der Schreinerwerkstätte der Anstalt gefertigt, wodurch dieselbe, wie oben erwähnt, eine geraume Zeit mit Arbeiten überhäuft war.

Die Schneiderei und ebenso die Schusterei war nur kurze Zeit nicht mit hinreichenden Aufträgen versehen; demnächst aber häuften sich die Bestellungen von Truppentheilen um die Anfertigung von Bekleidungsgegenständen zur Completirung des Bestandes der Art, daß die Anstalt nicht in der Lage war, alle Aufträge effektiven zu können. Ebenso wurde nach kurzem Stillstande die Seilerei mit den disponiblen Kräften auf Ersuchen des Unternehmers wieder in Betrieb gesetzt. Dahingegen war und blieb die Weberei schwach besetzt, was aber weniger seinen Grund in den äußern Conjunctionen als darin hatte, daß nur selten ein gelernter Weber eingeliefert wurde.

Die Art der Beschäftigung aller Händlinge nebst den Resultaten des Arbeitsbetriebes geht aus den Anlagen A und B hervor.

A. und B.

Es waren arbeitsunfähig, resp. der Arbeit entzogen:

a. wegen Krankheit . . . . .	41	46	52
b. wegen gänzlicher Invalidität . . . . .	40	43	54
c. wegen jugendlichen Alters, Besuchs der Schule u. . . . .	21	21	20
d. wegen engerer Einsperrung . . . . .	4	2	6

zusammen

1870.	1871.	1872.
41	46	52
40	43	54
21	21	20
4	2	6
106	112	132
581	465	477
475	353	345

Diese abgezogen von der durchschnittlich vorhandenen Zahl der Händlinge und Landarmen . . . . .

bleiben Arbeitsfähige

Diese waren beschäftigt:

a. bei dem Haus- und Deconomiedienste . . . . .	127	93	109
b. für das Haus selbst in den Werkstätten . . . . .	84	72	56
c. für Fremde gegen Lohn . . . . .	264	188	180

Summa wie oben

1870.	1871.	1872.
127	93	109
84	72	56
264	188	180
475	353	345
8	6	6
467	347	339

Hiervon waren Hilfsarbeiter und Lehrlinge ohne Ertrag, da sie entweder noch nichts verdienen konnten, wie die schulpflichtigen jugendlichen Händlinge, oder deren Arbeitsverdienst in dem Ertrage derjenigen Arbeiter einbegriffen war, denen sie Hülfe leisteten als: Spuler u. . . . .

Es bleiben somit nur wirkliche Arbeiter



Der Arbeitsverdienst beträgt:

1. in 1870, von Arbeiten für Fremde . . .	9267	Thlr.	29	Sgr.	8	Pf.
von Hausarbeiten . . .	4271	"	5	"	10	"
zusammen . . .	13529	Thlr.	5	Sgr.	6	Pf.
2. in 1871, von Arbeiten für Fremde . . .	7421	"	22	"	7	"
von Hausarbeiten . . .	3262	"	1	"	8	"
zusammen . . .	10683	Thlr.	24	Sgr.	3	Pf.
3. in 1872, von Arbeiten für Fremde . . .	9411	"	2	"	6	"
von Hausarbeiten . . .	4284	"	11	"	7	"
zusammen . . .	13695	Thlr.	14	Sgr.	1	Pf.

Der durchschnittliche Arbeitsverdienst eines Häuslings, wirkliche Arbeiter und Lehrlinge durcheinander gerechnet stellt sich hiernach:

pro 1870 bei den Arbeiten für Fremde auf . . .	19	Thlr.	15	Sgr.	4	Pf.
Hausarbeiten auf . . .	8	"	29	"	9	"
pro 1871 " " Arbeiten für Fremde auf . . .	21	"	—	"	9	"
" " Hausarbeiten auf . . .	9	"	7	"	3	"
pro 1872 " " Arbeiten für Fremde auf . . .	27	"	8	"	4	"
" " Hausarbeiten auf . . .	12	"	12	"	7	"

	1870.			1871.			1872.		
	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.
Nach dem Etat soll jeder wirkliche Arbeiter verdienen . . .	30	7	8	36	22	3	36	22	3
In 1870 haben nach dem Obigen 475 wirkliche Arbeiter 13,539 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf. verdient, also einer . . .	28	15	1	—	—	—	—	—	—
In 1871 353 wirkliche Arbeiter 10,683 Thlr. 24 Sgr. 3 Pf., also einer . . .	—	—	—	30	8	—	—	—	—
In 1872 345 wirkliche Arbeiter 13,695 Thlr. 14 Sgr. 1 Pf., also einer . . .	—	—	—	—	—	—	39	20	11
Es hat demnach jeder wirkliche Arbeiter verdient gegen den Etat mehr . . .	—	—	—	—	—	—	2	28	8
weniger . . .	1	22	7	6	14	3	—	—	—

Der den Häuslingen gezahlte Nebenverdienst resp. die Remunerationen betragen:

in 1870 bei den Arbeiten für Fremde . . .	1559	Thlr.	26	Sgr.	10	Pf.
" " Hausarbeiten . . .	1178	"	6	"	4	"
zusammen . . .	2738	Thlr.	3	Sgr.	2	Pf.
in 1871 " " Arbeiten für Fremde . . .	1442	"	14	"	6	"
" " Hausarbeiten . . .	963	"	13	"	6	"
zusammen . . .	2405	Thlr.	28	Sgr.	—	Pf.
in 1872 " " Arbeiten für Fremde . . .	1680	"	17	"	2	"
" " Hausarbeiten . . .	933	"	1	"	2	"
zusammen . . .	2613	Thlr.	18	Sgr.	4	Pf.

Davon erhielten die H $\ddot{u}$ uslinge:

a. zur Verwendung

in 1870 . . . . .	871 Thlr. 18 Sgr. 8 Pf.
„ 1871 . . . . .	843 „ 25 „ 2 „
„ 1872 . . . . .	949 „ 10 „ 4 „

b. zum Sparfonds

in 1870 . . . . .	1866 „ 14 „ 6 „
„ 1871 . . . . .	1562 „ 2 „ 10 „
„ 1872 . . . . .	1664 „ 8 „ — „

Von dem Sparfonds der H $\ddot{u}$ uslinge sind 1200 Thlr. bei der Rheinischen Provinzial-H $\ddot{u}$ lfskasse rentbar angelegt, deren Zinsen fr $\ddot{u}$ her zur Recreation der jugendlichen H $\ddot{u}$ uslinge verwendet wurden. Nachdem der Herr Minister des Innern durch Erla $\ddot{s}$  vom 19. November 1872 r $\ddot{u}$ cksichtlich der Strafanstalten aus prinzipiellen Gr $\ddot{u}$ nden sich nicht damit einverstanden erkl $\ddot{a}$ rt hat, da $\ddot{s}$  die Zinsertr $\ddot{a}$ ge von den Verdienstantheilen der Gefangenen den einzelnen Masseninhabern zugeschrieben werden, vielmehr anordnete, da $\ddot{s}$  die Zinsen nach wie vor zur Unterst $\ddot{u}$ tzung bed $\ddot{u}$ rftiger Gefangenen bei der Entlassung zu verwenden seien, hat der Provinzial-Verwaltungsrath (durch Verf $\ddot{u}$ gung vom 20. M $\ddot{a}$ rz 1873) mit R $\ddot{u}$ cksicht auf den Umstand, da $\ddot{s}$  allen entlassenen Corrigenden Seitens der Anstalt Reiseunterst $\ddot{u}$ tzungen gew $\ddot{a}$ hrt werden, bestimmt, da $\ddot{s}$  die Zinsen der erw $\ddot{a}$ hnten Verdienstantheile bei dem allgemeinen Anstaltsfonds vereinnahmt werden sollen. Der aus fr $\ddot{u}$ heren Jahren herr $\ddot{u}$ hrende Bestand von 260 Thlrn. 11 Sgr. 7 Pf. ist dem entsprechend ebenfalls bei dem Anstaltsfonds in Einnahme gebucht worden.

### VIII. Deconomie, Landwirthschaft, Viehstand.

Das Grund-Eigenthum der Anstalt hat einen Fl $\ddot{a}$ cheninhalt von . 26  $\mathcal{H}$ . 38  $\mathcal{A}$ . —  $\mathcal{M}$ .

Hiervon sind:

a) ertraglose Fl $\ddot{a}$ che . . . . .	4 $\mathcal{H}$ . 5 $\mathcal{A}$ . 32 $\mathcal{M}$ .
b) an Beamte verpachtet: . . . . .	6 „ 47 „ 19 „

zusammen 10 „ 52 „ 51 „

Mithin bleiben von dem Eigenthum der Anstalt incl. einer Baumschule von 12 Arc 41 Meter ertragbarer Fl $\ddot{a}$ cheninhalt . . . . .	15 $\mathcal{H}$ . 85 $\mathcal{A}$ . 49 $\mathcal{M}$ .
welcher nebst einer angepachteten Parzelle von . . . . .	5 „ 10 „ 64 „
zusammen 20 $\mathcal{H}$ . 96 $\mathcal{A}$ . 13 $\mathcal{M}$ .	

von der Anstalt selbst zur Cultivirung von Gem $\ddot{u}$ sen, Kartoffeln, Getreide- und Futterkr $\ddot{a}$ utern benugt wird.

### IX. Bek $\ddot{u}$ stigung.

Die Ausgaben f $\ddot{u}$ r die Bek $\ddot{u}$ stigung der H $\ddot{u}$ uslinge und Landarmen betragen pro Kopf und Tag:

in 1870 . . . . .	3 Sgr. 6,5 Pf.
„ 1871 . . . . .	4 „ 0,5 „
„ 1872 . . . . .	3 „ 8,6 „

Die Verpflegungs-Gegenst $\ddot{a}$ nde werden im Wege der Submission beschafft.

### X. Bekleidung, Lagerung und Reinigung.

Die bei anderer Gelegenheit besprochene, in dem Etat pro 1871 vorgesehene Einrichtung bez $\ddot{u}$ glich der Einf $\ddot{u}$ hrung von Bettdecken $\ddot{u}$ berz $\ddot{u}$ gen hat sich bestens bew $\ddot{a}$ hrt. Seit dem Jahre 1871

ist der Ankauf von neuen Bettdecken nicht erforderlich gewesen, und ist der Bestand auch noch so groß, daß er voraussichtlich für die nächsten Jahre genügt. Es kommt jetzt selten vor, daß Decken ausrangirt werden; sie leiden in den Ueberzügen wenig und wenn sie gewaschen werden müssen, so geschieht dies in der Anstalt selbst. Durch die Einrichtung werden der Anstalt jährlich mehrere hundert Thaler erspart. Die Deckenüberzüge werden in der Anstalt selbst gewebt, das erforderliche Garn wird im Wege der Submission beschafft.

Die Kosten der Bekleidung, Lagerung und Reinigung betragen pro Kopf und Tag:

	1870	1871	1872
	Pfennige		
a) für Bekleidung . . . .	5,2	7,5	4,6
b) „ Lagerung . . . . .	4,5	1,2	0,7
c) „ Reinigung . . . . .	0,8	1,1	1,5

Die nicht unerhebliche Differenz der Kosten der Bekleidung pro 1871 gegen die andern beiden Jahre beruht in der Anschaffung von bedeutenden Quantitäten von Webgarnen zur Anfertigung von Zwillichanzügen behufs Completirung des Bestandes; für die Webgarnen allein sind 1242 Thlr. 1 Sgr. 8 Pf. verausgabt worden.

Die in 1870 erfolgte Anfertigung der Deckenüberzüge, sowie die hohen Preise des zu den Betten verwendeten Roggenstrohs sind die Ursache der Mehrausgaben.

## XI. Bauwesen.

Aus dem etatsmäßigen Baufonds von 2500 Thaler sind in den Jahren 1870, 1871 und 1872 folgende extraordinäre bauliche Anlagen ausgeführt worden.

- 1) Neubau eines Schuppens von 53½' Länge 41' Breite zur Aufbewahrung der Ackergeräthschaften;
- 2) Unterkellerung des Bureau des Directors und der daran stoßenden Registratur Behufs Trockenlegung dieser Räume;
- 3) Theilweise Erneuerung von Dächern;
- 4) Einrichtung der frühern evangelischen Schule zu einer Dienstwohnung für einen Oberbeamten;
- 5) Herstellung der durch den Neubau von Dächern beschädigten Dienstwohnungen;
- 6) Bekleidung der Wände der Kochküche und der beiden Waschküchen mit Steingutplatten;
- 7) Anlage eines neuen Canals aus dem Hofe des Aufseherhauses nach dem Hauptcanal;
- 8) Anlage neuer gußeisernen Pumpen auf den Höfen der Directionswohnung und des Aufseherhauses;
- 9) Anbringung von Isolirsichten zur Beseitigung der Feuchtigkeit in mehrere Umfassungsmauern von Arbeits- u. Räumen;
- 10) Anlage von Luftcanälen zur Ventilation der Schlafzimmer des Männer-Revers;
- 11) Einrichtung einer verbesserten und weniger kostspieligen Beleuchtung auf den vorgedachten Schlafzimmern;
- 12) Pflasterung der vor den Viehställen belegenen Hofflächen;
- 13) Erneuerung von morschen Balken und Anbringung von Unterzügen auf mehrere Schlafzimmer in der Hauptfronte;



- 14) Erneuerung der Decken in diesen Zimmern;
- 15) Erneuerung von mehreren Schornsteinen;
- 16) Anstrich der Fenster, Thüren und Fußböden;
- 17) Erneuerung einzelner Theile der Abzugsanäle;
- 18) Anlage einer gemauerten Abtrittsgrube für das Männer-Lazareth;
- 19) Erneuerung der Fenster auf dem Speicher der Hauptfront;
- 20) Neubedeielung mehrerer Speicher.

In dem Jahre 1870 sind die Dächer über dem frühern Knabenhause, der Wohnung des evangelischen Pfarrers und der Kaserne erneuert worden. Die Gesamt-Ausgaben für Bauten und Reparaturen betragen in dem erwähnten Jahre 5313 Thlr. 23 Sgr. 10 Pf. und ist daher zur Bestreitung der außerordentlichen Bedürfnisse ein Zuschuß von 2813 Thaler erforderlich gewesen.

Mit Ausnahme der Dachdeckerarbeiten sind die sämtlichen übrigen Arbeiten durch Häuslinge ausgeführt worden und hat daher der Baufonds fast ausschließlich zum Ankauf der erforderlichen Materialien verwendet werden können.

## XII. Landarmenhaus.

Bei Weitem die Mehrzahl der Bewohner des Landarmenhauses besteht aus Invaliden: Blinden, Krüppeln, Schwachsinnigen, Epileptischen zc., die total arbeitsunfähig sind und sogar fremder Pflege bedürfen. Mit wenigen Ausnahmen erhalten die Landarmen die Kost der Kranken, da die Kost der Gesunden ihnen Verdauungsbeschwerden verursachen würde, zumal sie sich in der Regel in den Zimmern aufhalten und an die Bewegung auf den Höfen sich nicht gewöhnen können.

### Kassen- und Rechnungswesen. Nachweisung der Verpflegungstage.

	1 8 7 0.			1 8 7 1.			1 8 7 2.		
	De- tinirte.	Arme.	Sa.	De- tinirte.	Arme.	Sa.	De- tinirte.	Arme.	Sa.
Die Zahl der Verpflegungstage hat überhaupt betragen . . . . .	168382	43698	212080	127708	41890	169598	131137	43497	174634
Davon kommen:									
a) auf Rechnung des Staates für Detinirte wegen gewerbsmäßigen Betriebes der Unzucht . . . . .	8809	—	8809	4861	—	4861	—	—	—
b) auf Rechnung der Gemeinden . . . . .	158004	—	158004	121333	—	121333	—	—	—
c) auf Rechnung von Gemeinden nach der Novelle zum Armengesetze vom 21. Mai 1855 . . . . .	1569	—	1569	1514	—	1514	—	—	—
d) auf Rechnung von Privaten und Ortsarmen-Verbänden . . . . .	—	9677	9677	—	10141	10141	—	11050	11050
e) auf Rechnung des Landarmenfonds . . . . .	—	34021	34021	—	31749	31749	131137	32447	163584
Summa wie oben	168382	43698	212080	127708	41890	169598	131137	43497	174634



Die Rechnungs-Resultate werden durch die summarische Zusammenstellung Lit. C. nachgewiesen, aus welcher sich ergibt, daß statt der etatsmäßigen Kopfszahl von 700 Personen in 1870 durchschnittlich 581 Köpfe oder 119 weniger, und statt der etatsmäßigen Kopfszahl von 650 Personen in 1871 durchschnittlich 465 Köpfe oder 185 weniger und in 1872 durchschnittlich 477 Köpfe oder 173 weniger verpflegt worden sind.

Die Rechnungen pro 1870, 1871 und 1872 sind superrevidirt, aber noch nicht dechargirt und werden dem Provinzial-Landtage zur Ertheilung der Decharge besonders vorgelegt.

### Jahrgang 1870.

Die Einnahmen pro 1870 betragen überhaupt

62,811 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.

Die Ausgaben . . . . . 63,840 Thlr. 28 Sgr. 1 Pf.

Thlr. Sgr. Pf. Thlr. Sgr. Pf.

Die Rechnung schließt ab mit einem Vorschuß von 1029 20 7  
Von der Gesamt-Ausgabe ab 63,840 28 1

wurden gedeckt:

a) durch eigene Einnahme der Anstalt	22,809	17	5			
b) durch Rückerstattung Seitens des Staates für die Verpflegung der lieberlichen Dirnen 8809 Verpflegungstage à 8 Sgr. 7,649 Pf.	2536	7	—			
c) durch Einziehung der Verpflegungskosten für die Landarmen, 34,021 Verpflegungstage à 8 Sgr. 6,741 Pf.	9709	9	4			
d) desgleichen für die Ortsarmen 9677 Verpflegungstage à 6 Sgr. 11 Pf.	2231	2	7			
				zusammen	37,286	6 4

so daß durch Gemeindebeiträge zu decken waren . . . . . 26,554 21 9

Wird diese Summe auf die 158,004 Verpflegungstage, welche den zum Anstaltsverbande gehörigen Gemeinden zur Last fallen, vertheilt, so haben dieselben in der Wirklichkeit gezahlt

pro Kopf und Tag . . . — Thlr. 5 Sgr. 0,5 Pf. und

pro Kopf und Jahr . . 61 Thlr. 10 Sgr. 3 Pf.

### Jahrgang 1871.

Die Einnahmen pro 1871 betragen überhaupt . . . 63,471 11 1

Die Ausgaben . . . . . 58,979 18 3

Die Rechnung schließt ab mit einem Bestande von . 4491 12 10  
welcher den betreffenden Gemeinden auf die zu zahlenden Beiträge pro 1872 angerechnet worden ist.

Latus 4491 12 10



	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
Transport . . . . .	4491	12	10			
Von der Gesamt-Ausgabe ad . . . . .				58,979	18	3
werden gedeckt:						
a) durch eigene Einnahme der Anstalt . . . . .	18,860	16	7			
b) durch Rückerstattung Seitens des Staates für die Verpflegung der lieberlichen Dirnen 4861 Verpflegungstage à 9 Sgr. 10,737 Pfg. . . . .	1603	8	5			
c) durch Einziehung der Verpflegungskosten der Landarmen 31749 Verpflegungstage à 9 Sgr. 10,184 Pfg. . . . .	10,422	25	4			
d) desgleichen der Ortsarmen . . . . .	2793	9	1			
	<u>zusammen</u>			33,679	29	5

so daß durch Gemeindebeiträge zu decken waren

25,299 18 10

Wird diese Summe auf die den Gemeinden zur Last stehenden Verpflegungstage vertheilt, so haben die Gemeinden in der Wirklichkeit bezahlt:

pro Kopf und Tag — Thlr. 6 Sgr. 3 Pfg.

" " " Jahr 76 " 1 " 3 "

### Jahrgang 1872.

	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
Die Einnahmen pro 1872 betragen . . . . .				58,563	26	8
Die Ausgaben . . . . .				56,812	25	11
Der hiernach verbleibende Betrag von . . . . .				1751	—	9
ist auf das Jahr 1873 übertragen worden.						
Von der Gesamt-Ausgabe ad . . . . .				56,812	25	11
wurden gedeckt:						
a) durch eigene Einnahmen der Anstalt . . . . .	23,557	3	3			
b) durch Einziehung der Verpflegungskosten für die Ortsarmen 11,050 Verpflegungstage à 8 Sgr. 1 Pfg. . . . .	2977	10	10			
	<u>zusammen</u>			26,534	14	1

so daß aus der provincialständischen Centralkasse zuzuschießen

waren . . . . . 30,278 11 10

Wird diese Summe auf die Zahl der Verpflegungstage der Häuslinge und Landarmen ab 163,584 vertheilt, so sind, Häuslinge und Landarme durcheinander gerechnet, gezahlt:

pro Kopf und Tag — Thlr. 5 Sgr. 6,6 Pfg. und

" " " Jahr 67 Thlr. 15 Sgr. 9 Pfg.

Werden aber die vom Landarmen-Verbande wirklich geleisteten Zuschüsse von 32,029 Thlr. 12 Sgr. 7 Pfg. auf die Zahl der Pflagestage von 163,584 vertheilt, so betragen die Kosten pro Kopf und Tag 5 Sgr. 10 Pfg.

Der Pensionsfonds hatte am Schlusse des Jahres 1872 einen Bestand von 13,023 Thlrn. 5 Sgr. 4 Pfg.

Der Capitalfonds der Anstalt bestand bis Ende 1872 aus 15,000 Thlr. Staatsschuldsscheinen und einem baaren Depositum von 8144 Thln. 9 Sgr., welches durch die Verfilberung von 10,000 Thln. Staatsschuldsscheinen entstanden ist.

### Jahrgang 1873.

Die Rechnung pro 1873 ist von der Anstalt noch nicht gelegt, weshalb eine detaillirte Angabe der einzelnen Resultate nicht möglich war. Nach dem eingerichteten Finalabschlusse stellt sich das Rechnungsergebnis folgendermaßen:

#### Einnahme.

1. Bestand aus dem Jahre 1872 . . . . .	1,751 Thlr. — Sgr. 9 Pf.
2. Staatszuschuß . . . . .	7,875 " — " — "
3. Zuschüsse des Landarmenverbandes . . . . .	38,000 " — " — "
4. Für Verpflegung von Ortsarmen von den betreffenden Gemeinden . . . . .	3,390 " 11 " 8 "
5. Nachträgliche Erstattung des Staats für Verpflegung lieberlicher Dirnen pro I. Sem. 1872 . . . . .	203 " 22 " — "
6. Ueberschuß aus der Deconomie . . . . .	6,098 " 15 " 3 "
7. desgl. aus dem Arbeitsverdienste der Corrigenden . . . . .	6,135 " 27 " 3 "
8. Zufällige Einnahmen . . . . .	1,398 " 22 " 8 "
Summa aller Einnahmen	64,853 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf.

#### Ausgabe.

1. Besoldungen, Kleidergelder und Unterstützungen	18,816 Thlr. 29 Sgr. 4 Pf.
2. Speisung . . . . .	24,007 " 15 " 10 "
3. Krankenpflege . . . . .	749 " 19 " 9 "
4. Feuerung . . . . .	4,838 " 3 " 9 "
5. Beleuchtung . . . . .	1,368 " 2 " 5 "
6. Bekleidung . . . . .	3,373 " 1 " 1 "
7. Lagerung . . . . .	1,200 " 5 " 3 "
8. Utensilien und Geräthe . . . . .	2,358 " 23 " 6 "
9. Baufonds . . . . .	5,595 " 11 " 7 "
10. Reinigung . . . . .	867 " 11 " 4 "
11. Oeffentliche Abgaben . . . . .	284 " 17 " 6 "
12. Kirchen- und Schulbedürfnisse . . . . .	782 " 21 " 11 "
13. Geschäftsführung . . . . .	733 " 19 " 2 "
14. Extraordinaria . . . . .	2,095 " 14 " 5 "
Summa aller Ausgaben	67,071 Thlr. 16 Sgr. 10 Pf.
Die Gesamteinnahme beträgt	64,853 " 9 " 7 "

Mithin Vorschuß 2,218 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf.

Der Baar-Reservefonds bei der Hilfskasse betrug beim Finalabschlusse noch 3144 Thln. 9 Sgr. — Pf.

Da die Beibehaltung eines baaren Reservefonds der Anstalt nicht mehr geboten erscheint, wurde die Deckung des Vorschusses aus demselben angeordnet, anstatt die sub. pos. 3 der obigen Einnahme-Uebersicht aufgeführten Zuschüsse des Landarmenverbandes zu erhöhen.

Als Baar-Reservefonds dienen in Zukunft die Bestände des Landarmenfonds (vergl. die Resultate oben).

In Staatspapieren zu  $3\frac{1}{2}$  % besitzt die Anstalt noch einen Reservefonds von 15,000 Thlrn., ferner einen Pensionsfonds von 12,800 Thlrn. bei der Provinzial-Hülfskasse angelegt, der gegenwärtig incl. Zinsen 13,229 Thlr. 15 Sgr. 10 Pf. beträgt, und dessen Vereinigung mit dem Reservefonds dem Provinzial-Landtage mittelst besonderer Vorlage vorgeschlagen wird.

In dem Etat war die Ausgabe vorgesehen auf . . . 68,000 Thlr. — Sgr. — Pf.  
die wirkliche Ausgabe ist aber . . . 67,071 " 16 " 10 "  
mithin gegen den Etat weniger . . . 928 Thlr. 13 Sgr. 2 Pf.

Dagegen sind wesentliche Etatsüberschreitungen im verflossenen Jahre nothwendig gewesen:

a) Bei den Besoldungen um 869 Thlr. 29 Sgr. 4 Pf. Durch Beschluß des Provinzial-Verwaltungsraths vom 28. Mai pr. wurde den Beamten und Angestellten der Anstalt wegen der allgemeinen Theuerung eine Gehaltszulage von je 100 Thlr. für die sieben Oberbeamten, je 50 Thlr. für die Aufseher und Werkmeister, 25 Thlr. für die Oberaufseherin, von je 20 Thlr. für die Aufseherinnen und 36 Thlr. für den Fuhrknecht bewilligt.

Die ganze Zulage betrug 2581 Thlr. Andererseits wurden bei diesem Titel 1711 Thlr. 8 Pf. erspart, dadurch daß die Stelle des Polizei-Inspectors mit dem 1. April 1873 einging und einige Aufseherstellen zeitweise beziehungsweise während des ganzen Jahres unbesetzt blieben.

b) Bei der Krankenpflege um 179 Thlr. 19 Sgr. 9 Pf., welche durch den Mehrverbrauch an Medicamenten, chirurgischen Instrumenten zc. entstanden sind.

c) Bei der Feuerung um 3188 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. Diese nicht unerhebliche Mehrausgabe hat sowohl in der enormen Höhe der Kohlenpreise ihren Grund, wie auch in dem Umstande, daß der ganze Bedarf für den Winter 1873/74 zur Sicherung der Anstalt auf einmal beschafft und in 1873 ganz verrechnet worden ist.

d) Beim Baufonds um 3050 Thlr. 11 Sgr. 7 Pf. Im verflossenen Jahre wurde der Neubau eines Schuppens zur Aufbewahrung der Ackergeräthschaften zc. und die Erneuerung einiger Dächer vollendet, zu deren Ausführung der Herr Ober-Präsident der Rheinprovinz bereits früher seine Genehmigung ertheilt hatte. Ebenso wurde im vorigen Jahre die durchgreifende Reparatur des größeren Backofens, der zum Schwarzbrotbacken benutzt wird, dringend nothwendig und mußte, wenn nicht eine Stöckung in dem Backwesen eintreten sollte, sofort vorgenommen werden.

Diese Etatsüberschreitungen resp. extraordinären Aufwendungen sind die Veranlassung, weshalb auf den Reservefonds zurückgegangen worden ist.

Der Verwaltungsrath beantragt gehorjamst,

„die erwähnten Etatsüberschreitungen nachträglich hierdurch für gerechtfertigt erachten  
„und genehmigen zu wollen,“

vorbehaltlich der Justification durch die Rechnung.

Eine besondere Vorlage zu weiterer Creditbewilligung aus dem Reservefonds für Reparatur der Dächer und Umpflasterung der Höfe wird dem Landtage zugehen.

Gegen den Etat wurde erspart:

a) bei der Speisung . . .	4992 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf.,
b) „ „ Bekleidung . . .	2626 „ 28 „ 11 „
c) „ „ Lagerung . . .	449 „ 24 „ 9 „
d) „ „ Geschäftsführung . . .	166 „ 10 „ 10 „
e) „ dem Extraordinarium . . .	412 „ 28 „ 1 „

welche Ersparnisse im Wesentlichen auf die geringe Bevölkerung der Anstalt zurückzuführen sind.

Am 20. December v. Js. wurde unter Beivohnung des Herrn Ober-Präsidenten der



Rheinprovinz die Anstalt durch den Vorsitzenden, die beiden Mitglieder des Provinzial-Verwaltungsraths Horst und Schult und den ständischen Oberbeamten nach Vorschrift des §. 13 des Reglements außerordentlich revidirt. Im Allgemeinen hat die Revision befriedigt, indem fast überall eine geordnete Thätigkeit und Umsicht in der Verwaltung der Anstalt bemerkt wurde.

Nur die specielle Revision der Anstaltskasse und der Deconomie-Verwaltung gab zu einigen Ausstellungen Veranlassung, deren Remedur dem Anstaltsdirector aufgetragen wurde.

In der Anstalt wurden pro 1873 verpflegt:

47 Ortsarmen auf Kosten von Ortsarmenverbänden an	12,087	Pflegetagen,
107 Landarmen	32,055	"
4 Corrigenden auf Kosten anderer Verbände	299	"
889 desgl. auf Kosten des Landarmenverbandes	124,997	"

Sa. 1043 Personen an . . . . . 169,438 Pflegetagen.

Bei 169,438 Pflegetagen und der Gesamtausgabe von 67,071 Thlrn. 16 Sgr. 10 Pf. fallen hiernach auf den Kopf der Bevölkerung an täglichen Kosten . . . . . 11 " 10 "

Bei 124,997 Pflegetagen der Corrigenden fällt auf diese eine Ausgabe von . . . . . 49,304 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf.

Der Gesamtarbeitsverdienst beträgt . . . . . 9,307 " 24 " 9 "  
oder pro Kopf und Tag . . . . . 2 " 2 "

Demnach bleiben wirkliche Kosten der Corrigenden . . . . . 39,996 Thlr. 16 Sgr. 5 Pf.

oder pro Kopf und Tag . . . . . 9 Sgr. 8 Pf.

Bei 157,052 Pflegetagen der Gesamtbevölkerung der Anstalt excl. Ortsarmen kommt von dem Zuschusse des Landarmen-Verbandes an die Anstalts-Verwaltung ad 38,000 Thlr. ein Pflegebeitrag pro Kopf und Tag von 7 Sgr. 3 Pf.

Der Durchschnittskostenbetrag belief sich pro 1872 nur auf 5 Sgr. 10 Pf. und hat mithin die Unterhaltung der Corrigenden im vorigen Jahre pro Tag und Kopf 1 Sgr. 5 Pf. mehr gekostet. Diese erhebliche Differenz findet in der Mehrausgabe an allgemeinen Verwaltungskosten, namentlich in der Erhöhung sämtlicher Beamtenegehälter, in den Ausgaben für extraordinäre Bauten und in der geringen Bevölkerung ihren Grund, ein Grund, welcher wesentlich mitbestimmend gewesen ist, daß der Provinzial-Verwaltungsrath sich erlaubte, dem hohen Landtage eine besondere Vorlage bezüglich der künftigen Ueberführung der Corrigenden aus dem Regierungsbezirke Trier nach Braunweiler zu machen.

#### XIV. Dienstpersonal.

Der Arzt der Anstalt, Dr. Vallender, wurde im Monat Juli 1870 zur mobilen Armee einberufen; am 3. Mai 1871 hat er nach Entlassung aus dem Militair-Verhältnisse seinen Dienst als Anstaltsarzt wieder übernommen. Während seiner Abwesenheit ist er durch den Arzt Dr. Esser zu Trechen gegen Bewilligung von 2½ Thlr. Diäten pro Tag vertreten worden.

Der Arbeits-Inspektor Lehmann ist am 21. Juli 1870 als Officier freiwillig in die mobile Armee eingetreten und am 7. August 1871 zurückgekehrt; der Secretair der Anstalt hat ihn vertreten.

Beide Beamten sind mit dem Eisernen Kreuze decorirt worden.

Die Stelle des Rendanten der Anstalt war vom 1. Januar 1870 ab von dem frühern Lehrer, spätern Secretair Bierkötter bis August 1873 verwaltet. Nach Berufung desselben zur

versuchsweisen Verwaltung der provincialständischen Centralkasse, wurde sie dem Anstalts-Lehrer Luderath zur Verwaltung übertragen.

Der Polizei-Inspektor Moll ist am 1. April 1873 in Folge Beschlusses des Provincial-Verwaltungs-Raths ausgeschieden, weil die Beibehaltung eines besonderen Polizei-Inspectors für die Anstalt wegen des geringen Personenstandes nicht mehr nothwendig erachtet wurde.

An Stelle des wegen mehrfacher Unregelmäßigkeiten zum Aufseher degradirten Hausvaters Geckert ist der Aufseher Gralky getreten; er ist im Jahre 1873 zum Ober-Aufseher befördert worden und hat neben der Verwaltung der Kleiderkammer die polizeiliche Aufsicht in dem Männer-Revier zu führen.

Die Stelle des Oekonomie-Verwalters ist dem frühern Gräflich Trips'schen Rentmeister-Gehülfen Kohnen übertragen worden.

Das Disciplinar-Verfahren gegen den früheren Magazin- und Oeconomie-Verwalter, welcher wegen mangelhafter Buchführung und erheblicher Defecte im Monat November 1868 von seinem Amte suspendirt worden, hat durch Plenarbeschluss der Königlichen Regierung zu Köln vom 12. September 1870 seine Erledigung dahin gefunden, daß der Verwalter unter Gewährung von  $\frac{3}{4}$  der reglementsmäßigen Pension als Unterstützung auf Lebenszeit aus dem Dienste entlassen worden ist. Die hiergegen eingelegte Berufung an das Königliche Staatsministerium ist am 5. October 1871 verworfen und das Urtheil der Königlichen Regierung zu Köln bestätigt worden. Die jährlich zu zahlende Unterstützung beträgt 180 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf.

Der unterm 25. November 1872 erlassene Defectenbeschluss, welcher den Geldwerth der Defecte auf 2280 Thlr. 12 Sgr. festgesetzt, ist von dem Provincial-Verwaltungsrath unterm 21. April 1873 bestätigt worden. Zur Ausführung dieses Beschlusses hat zunächst die Veräußerung der von dem 2c. Wiele gestellten Amtscantion von 850 Thlr. Staatsschuldsscheinen stattgefunden; der Erlös ad 769 Thlr. 29 Sgr. 6 Pf. ist bei der Anstaltskasse asservirt. Zur Deckung der Cantion ad 1000 Thlr. waren auch zwei Grundstücke zur Hypothek gestellt. Die Subhastation derselben ist im Betriebe.

Der Defectant hat im Monat November 1873 gegen den Defecten-Beschluss bei dem Königlichen Landgerichte zu Köln Berufung eingelegt.

### III. Irren-Anstaltsbauten.

Nach §. 17 des unterm 20. November 1872 genehmigten Reglements über die Leitung und Verwaltung der in der Rheinprovinz vorhandenen Provincial-Irren-Heil- und Pflegeanstalten sind die nach dem Allerhöchsten Landtags-Abschiede vom 8. Juni 1871 und den dadurch genehmigten acht Resolutionen des Rheinischen Provincial-Landtages der Finanz- und Bau-Kommission für die neu zu erbauenden Irren-Anstalten übertragenen Befugnisse unterm 1. Januar 1873 auf den Provincial-Verwaltungsrath und seine Organe übergegangen.

Die Finanz- und Baukommission hat in ihrem Referate an den Provincial-Landtag vom 23. September 1872 den damaligen Stand der Bauten 2c. dargelegt.

Die Bauausführungen sind im Jahre 1873 nach Möglichkeit gefördert worden, wobei allerdings viele Schwierigkeiten zu überwinden blieben.

In der Organisation der Oberbauleitung ist inzwischen eine wesentliche Veränderung eingetreten. Der frühere Oberbauleiter, Landbaumeister Dittmar, ist ausgeschieden und in den Staats-

dienst zurückgetreten, das als besondere Behörde zuerst in Coblenz, später in Bonn bestandene Centralbureau aufgelöst, resp. mit der ständischen Centralbehörde in Düsseldorf vereinigt worden, von welcher jetzt ebenso die obere Bauleitung ressortirt, wie die obere Leitung und Verwaltung der sämtlichen übrigen provincialständischen Verwaltungszweige.

Zur speziellen Erledigung der Baugeschäfte sind zur Zeit bei der Centralbehörde angenommen:

1 Baumeister als Bureauvorsteher und technischer Beirath.

3 Techniker, von welchen ein Ingenieur speziell mit der Bearbeitung derjenigen Vorlagen beschäftigt ist, die die innere Einrichtung der Anstalten, Be- und Entwässerung, Canalisation, Gas- und Heizungs-Anlagen zc. zum Gegenstande haben, 1 Techniker speziell zur Revision der von den Anstaltsbaumeistern eingehenden Abrechnungen, der Dritte mit der rückständigen Durcharbeitung der Projekte beschäftigt wird.

1 Rechnungsführer und 1 Bauschreiber.

Diese speziell nur mit Bearbeitung von Bauangelegenheiten befaßten sechs Beamten beziehen ihr Gehalt, resp. ihre Diäten aus dem ständischen Baufonds, ebenso, wie früher die sämtlichen Diäten der Beamten des Centralbureaus aus diesem Fonds gezahlt worden sind.

Die einzelnen Bauten bei Gerresheim, Andernach, Merzig, Bonn und Düren waren am Schlusse des Jahres zu folgenden Resultaten gelangt:

### I. Die Baustelle bei Düsseldorf.

1. Das Beamtenwohnhaus war mit Ausnahme des äußeren Verputzes bereits seit längerer Zeit völlig fertig und vom Anstaltsbaumeister mit dem Spezialbureau bezogen.

2. In den 3 Gebäuden für halbruhige, ruhige und gebildete Frauen waren auch die innern Mauerarbeiten vollendet.

3. In den 2 Gebäuden für gebildete und für ruhige Männer sind die Wölbungen ausgeführt und die Zwischendecken ungefähr zur Hälfte fertig.

4. Das Gebäude für halbruhige Männer ist hinsichtlich der Wölbungen fertig gestellt.

5. In dem ebenfalls eingedeckten landwirthschaftlichen Gebäude ist der Verputz und die Deckenherstellung der Gärtnerwohnung ausgeführt und dieselbe auch bereits mit Fenstern versehen.

6. Die 2 Gebäude für unreinliche Männer und Frauen sind im Rohbau fertig gestellt und eingedeckt.

7. Das im Rohbau fertige Verwaltungsgebäude ist zu ca. zwei Drittel der Dachfläche eingedeckt.

8. In dem Isolirgebäude für Frauen ist das Dachwerk gerichtet, die Drempeiwände und Schornsteine sind fertig gemauert und das Hauptgesims ist zum größten Theil angeschlagen.

9. Das noch unausgebaute Leichenhaus dient, wie bisher, als Lagerschuppen.

10. Die Bauarbeiten des Isolirgebäudes für Männer und des Wirthschaftshauses sind noch nicht in Angriff genommen.

### II. Die Baustelle bei Andernach.

1. Das Gebäude für gebildete Frauen ist mit Ausnahme des äußern Verputzes der Innenfacaden und des innern Verputzes eines Treppenhauses hinsichtlich sämtlicher Mauerarbeiten völlig fertig gestellt, auch ist der Dachfußboden verlegt.

2. Das Gebäude für ruhige Frauen, im Außern völlig fertig gestellt, ist auch mit Ausnahme kleiner Theile der Treppenhäuser, sowie einiger Zimmer des Dachgeschosses und eines Theiles des Corridors im Innern gepußt und mit den Zwischendecken versehen.



3. Von dem Verwaltungs-Gebäude sind die beiden Flügel im Rohbau fertig, gefügt und eingedeckt, desgleichen der Mittelbau bis zum Anschluß an den Kirchenbau. Letzterer ist in den Seitenmauern bis zur Dachbalkenlage, in der Vorderfront bis zur Höhe des ersten Geschosses, in der Hinterfront bis zu halber Höhe des zweiten Geschosses aufgeführt. Die Vorhalle vor dem Vestibul ist ca. zu  $\frac{2}{3}$  hergestellt. Von den 4 Erkern der Beamtenwohnungen ist einer bis zur Höhe des ersten Geschosses gefördert, während die andern noch in Sockelhöhe sich befinden. Im Innern sind 3 massive Kellertreppen und die Eingangstreppe zum rechtsseitigen Flügel bereits verlegt.

4. Das Gebäude für gebildete Männer, im Rohbau fertig, gefügt und eingedeckt, ist mit den Kellergewölben versehen. Auch ist eine massive Treppe verlegt, während der weitere innere Ausbau noch nicht ausgeführt ist.

5. Das Gebäude für ruhige Männer, mit Ausnahme einer kleinen Giebelspitze im Rohbau fertig, aber noch nicht gefügt, ist im Wesentlichen auch eingedeckt. Nur an einem Treppenthurme und an der Balmsfläche des Mittelbaues neben dem unvollendeten Giebel befindet sich die Eindeckung einer kleineren Dachfläche noch in Arbeit. Der innere Ausbau ist noch nicht begonnen worden.

6. Das Gebäude für halbruhige Männer, im Rohbau fertig, aber noch nicht gefügt, ist bis auf den kleinen Anbau über der Leichenhalle völlig eingedeckt. Im Innern sind ca. die Hälfte der Kellergewölbe ausgeführt, zwei Treppen bis zum ersten Geschoss verlegt und die Spalierlatten des oberen Geschosses größtentheils befestigt.

7. Das Wirthschaftsgebäude hat mit Anschluß des nach hinten vorspringenden, noch nicht fundirten Treppenhauses die Höhe der ersten Balkenlage erreicht.

8. Das Gebäude für halbruhige Frauen ist im linken Flügel bis zur Sockelhöhe, im Uebrigen größtentheils bis zur Terrainhöhe aufgemauert.

9. Mit dem Bau der beiden Isolirgebäude und des landwirthschaftlichen Hauses ist noch nicht begonnen worden.

10. Außerdem ist ein kleiner Theil der Einfriedigungsmauern fundirt worden.

11. Endlich ist die Ausschachtung für die erweiterten Höfe hinter den Isolirgebäuden zu circa ein Drittel bewirkt und wird diese Arbeit fortgesetzt.

### III. Die Baustelle bei Merzig.

1. Das Beamtenwohnhaus ist gänzlich vollendet und vom Anstaltsbaumeister mit dem Lokalbaubureau bewohnt.

2. Das Hauptgebäude ist mit Ausnahme des vortretenden mittleren Theils (des Directionshauses) im Rohbau fertig gestellt und eingedeckt. Der Mittelbau ist bis zur Hälfte des zweiten Stocks aufgeführt. Außerdem sind im Männerflügel die Kellergewölbe hergestellt und in beiden Flügeln die Einsteckung der ersten Zwischendecke ausgeführt. Auch ist der größte Theil der Kellerräume von dem Bauschutt befreit worden.

3. Das Kochküchengebäude ist bis einschließlich der zweiten Balkenlage hochgeführt, so daß nur noch eine Geschosshöhe desselben zurückgeblieben ist.

4. Die Steinhauer-Arbeiten für den Mittelbau des großen Gebäudes und für die andern noch herzustellen Häuser sollen im Laufe des Winters so weit gefördert werden, daß beim Wiederbeginn der Maurerarbeiten im nächsten Frühjahr möglichst alle Werkstücke zum Verlegen bereit liegen. Fertig gestellt sind bis Ende Dezember alle Haussteine für das Kochküchengebäude und ein großer Theil der gelblichen Werkstücke für das Directionshaus.

5. Der Betrieb des Steinbruchs und der Bremsbahn ist in der ersten Hälfte Dezember

bis auf Weiteres eingestellt worden, weil bereits der größte Theil des zu den Häuserbauten erforderlichen Bruchsteinmaterials und der zu verwendenden Werksteine auf der Baustelle lagert.

Im Ganzen sind bis jetzt circa

4060	Schachtruthen	Bruchsteine
1035	„	Millons
25450	Cubikfuß	Werksteine

im Anstaltssteinbruche gewonnen und zur Baustelle befördert worden.

6. Die Bauarbeiten des Wasch- und Kesselhauses, des kleinen landwirthschaftlichen Gebäudes, sowie der beiden Isolirgebäude sind noch nicht in Angriff genommen.

#### IV. Die Baustelle bei Bonn.

1. An dem großen Frauengebäude sind die Maurerarbeiten aller zweigeschossigen Bautheile im linken Flügel, einschließlich der Verlegung des Hauptgesimses, vollendet und sind diese Theile mit den Dachgerüsten versehen und zum kleinen Theil schon eingedeckt, welche letztere Arbeit fortgesetzt werden soll. Der im linken Flügel belegene dreigeschossige Pavillon ist bis zur Dachbalkenlage aufgemauert und letztere aufgebracht, in dem dreigeschossigen Mittelbau ist die zweite Balkenlage verlegt. Der rechte Gebäudeflügel ist im Allgemeinen bis zur ersten Balkenlage aufgeführt und mit dieser versehen, ein kleiner Theil derselben ist bereits höher gemauert. Mit Eintritt des Frostes in der zweiten Hälfte des Dezember wurden die Maurerarbeiten im Wesentlichen eingestellt und das unvollendete Mauerwerk zum Schutze gegen den Frost abgedeckt. Die günstigen Tage wurden nur noch zur Verlegung der Hauptgesimse an den sonst fertigen zweigeschossigen Theilen des linken Flügels verwendet, um deren Eindeckung durchzuführen zu können. Die Balkenlagen und der größte Theil der Dachgerüste liegen, soweit sie noch nicht aufgebracht sind, fertig verzimmert zum Aufschlagen bereit. Die Sandsteinarbeiten für dies Gebäude mit Ausnahme der Säulen und einiger Fenstergewände der Ostfront, sowie circa zwei Drittel der aus Tuffstein hergestellten Hauptgesimse liegen auf der Baustelle fertig bearbeitet.

2. Das Beamten-Wohnhaus ist bis zu durchschnittlich 3 Fuß unter der Höhe des Plinthen- und Gurtgesimses aufgemauert und das Mauerwerk demnächst abgedeckt worden. Das Sockel- und das Gurtgesims zu diesem Hause sind fertig bearbeitet auf der Baustelle.

3. Das Director-Wohnhaus ist bis zur Sockelhöhe fertig und das Gesims des letzteren verlegt, worauf das Mauerwerk abgedeckt wurde. Im Uebrigen sind das Gurtgesims, sowie die Thür- und Fenstergewände zu diesem Hause fertig bearbeitet zur Stelle.

4. Zum großen Männergebäude sind die Kellerausschachtungen vollendet, auch sind die Fundamente und Kellermauern des ganzen linken Flügels bis zur Terrainhöhe aufgemauert. Die Sockel- und Gurtgesimse liegen für dies Gebäude ebenfalls in fertiger Arbeit bereit.

5. Von den auf dem Anstalts-Areal fabrizirten Ziegeln sind 5,300,000 Stück braune Ziegel einschließlich der angefertigten Preßsteine und 1,300,000 Stück rothe Ziegel neben den verschiedenen Baustellen aufgesetzt.

#### V. Auf der Baustelle bei Düren

waren neue Bauarbeiten noch nicht in Angriff genommen worden.

Noch unter Leitung der Geschäfte durch die frühere Bau- und Finanz-Commission waren von verschiedenen Seiten Bedenken gegen die Beibehaltung der zu Düren projectirten Anstalt geltend gemacht worden, weil nicht bloß die Anstalt in ihrer Umgebung durch Gebäude eingeengt sei, sondern auch durch die Unruhe bedroht werde, welche die in Bau begriffene Bahnhof-Anlage der

Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft nothwendig mit sich führen müsse. Die zugezogenen ärztlichen Techniker fanden diese Bedenken begründet und die Bau- und Finanz-Commission gelangte in ihrer Sitzung vom 3. Dezember 1872 zu dem Entschlusse, die Verlegung der Anstalt anzustreben in der Voraussetzung, daß sich ein geeignetes Terrain von wenigstens 70 Morgen an einem andern Orte und eine Gelegenheit zum Verkaufe der bereits erworbenen Terrains und der vorhandenen Gebäude finde. Die Bezirks-Commission des Regierungsbezirks Aachen wurde deshalb beauftragt, ein geeignetes Terrain in der Nähe eines größeren Ortes und in der Nähe einer Eisenbahn zu ermitteln und in Vorschlag zu bringen, gleichzeitig aber auch den Verkauf des jetzigen Terrains resp. der vorhandenen Gebäude in's Auge zu fassen. In Folge dieser Beschlußfassung wurden die Bauten in Düren gänzlich eingestellt.

Die Ermittlung eines anderen geeigneten Bauterrains im Regierungsbezirk Aachen war demnächst Gegenstand vielfacher Verhandlungen und Erwägungen im Schooße des Provinzial-Verwaltungsraths und einer ad hoc besonders gebildeten Commission, bestehend aus Mitgliedern des Provinzial-Verwaltungsrathes des Regierungsbezirks Aachen. — Nachdem die letztere ihre Arbeiten und Erhebungen geschlossen, erstattete sie in der Sitzung des Provinzial-Verwaltungsraths vom 28. Mai 1873 eingehend Bericht über die Resultate ihrer Thätigkeit. Der Antrag der Majorität der Commission ging dahin, das früher erworbene Bauterrain in Düren nicht zu verlassen, dasselbe vielmehr durch Landankäufe in östlicher Richtung zu erweitern, und auf dem Terrain nicht nur die Gebäulichkeiten der Irrenanstalt für den Regierungsbezirk Aachen einzurichten, sondern auch unter Benützung des vorhandenen Gebäudes die Verlegung und Erweiterung der Provinzial-Blindenanstalt nach näher vorzunehmenden Festsetzungen eintreten zu lassen, während die Minorität der Commission die Wahl eines Bauterrains in der Nähe der Stadt Eupen und dessen Besichtigung durch den Provinzial-Verwaltungsrath vorschlug. Die Besichtigung der beiden Bauterraine fand am 9. und 10. Juni v. J. unter Zuziehung der ärztlichen Techniker statt. Nach eingehender Prüfung und Erörterung wurde beschlossen, in Düren nordöstlich des jetzigen Bauterrains noch 48 Morgen Land zu dem Preise von circa 21,150 Thlr. anzukaufen und auf diesem Terrain die Irrenanstalt für den Regierungsbezirk Aachen zu erbauen, da durch diese Ausdehnung in entgegengesetzter Richtung von der Bahnhofsanlage die Bedenken beseitigt würden, die zu der Beschlußfassung der Bau- und Finanz-Commission vom 3. Dezember 1872 geführt hätten. Die Landerwerbungen haben stattgefunden, das Bauprojekt für Düren ist entsprechend abgeändert und von dem königlichen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ohne wesentliche neue Ausstellungen zurückgegeben, ein besonderer Anstaltsbaumeister für Düren in der Person des königl. Baumeisters Rauch berufen und das Spezial-Bureau daselbst etablirt, ebenso die Materiallieferungen und Arbeiten zur Ausführung der Rohbauten im Wege öffentlicher Submission vergeben und mit der Ausführung bereits begonnen, so daß jetzt auch auf rasche Förderung dieser Bauten gezählt werden darf.

Im Winter 1873/74 während des Ruhens der Bauzeit, war das Bestreben des Provinzial-Verwaltungsraths darauf gerichtet, die Abrechnung der fertigen Bautheile herbeizuführen und die nöthigen Maßnahmen zu treffen, damit bei Wiederaufnahme der Bauarbeiten im Frühjahr 1874 überall eine rege Bauthätigkeit sich entwickle.

Für das Jahr 1874 sind folgende generelle Baubispositionen getroffen.

### I. Gerresheim.

Das Gebäude für tobsüchtige Männer und das Küchengebäude sollen im Rohbau fertig gestellt und eingedeckt, die sämtlichen übrigen Gebäude aber im Innern und Außen verputzt und



mit Fenstern, Gittern und Thüren, wie auch mit Fußböden versehen werden. Die Hallen und Gänge, Umfassungsmauern und Veranden der Vorderfront sind sämmtlich bis zum Herbst zu fundiren und bis auf Sockelhöhe fertig zu stellen, die Hallen und Gänge der Frauenseite, wenn eben möglich bis zum Herbst hochzuführen und einzudecken. Die definitive Regulirung und natürliche Entwässerung des Terrains aller Höfe und Gärten muß beendet, ebenso die Entwässerung der Dächer und aller Häuser, die Wasserleitung im Innern der Häuser, die Anlage des Hochreservoirs, das Einbringen der Pumpen für die Anstalts-Brunnen bewirkt, und die Gasleitung in den Häusern und dem Terrain, sowie die Heizungs- und Badeanlagen in allen im inneren Ausbau fertigen Häusern vollendet werden.

Der Bau der Kapelle, die innere Einrichtung sämmtlicher Gebäude mit allen Apparaten zc. incl. des äußeren Verputzes des Küchengebäudes und des Isolirgebäudes für Männer, endlich der Oberbau aller Gänge, Hallen, Umfassungsmauern und Veranden der Vorderfront, bleiben dem Jahre 1875 vorbehalten, so daß in diesem Jahre die Fertigstellung der Anstalt erfolgen wird.

### II. Andernach.

Die sämmtlichen Rohbauten müssen spätestens bis Ende August c. ausgeführt sein, ebenso bis October cr. der innere Ausbau in sämmtlichen Gebäuden, das Anbringen der Fenster und Fenstervergitterungen, das Legen der Fußböden, Anschlagen der Thüren zc.

Ferner sollen nach Fertigstellung der Projecte für die Wasser- und Gas-Leitung sowie der Entwässerungs-Anlagen nach dem Monate Juli c. bis zum Jahreschlusse die Terrainleitungen und im Zusammenhange mit denselben auch ein größerer Theil der inneren Einrichtungen der Bade-, Wasch- und Closet-Anlagen ausgeführt werden.

Das Verwaltungsgebäude, die beiden Gebäude für Gebildete, Ruhige, und das Gebäude für halbruhige Männer werden im Herbst vor Jahreschluß auch noch mit Feuerungs-Anlagen versehen, ebenso die Einfriedigungs-Mauern um das Anstalts-Areal und die Verbindungsgänge hergestellt.

### III. Merzig.

Für diese Anstalt gelten im Allgemeinen die für die Bauten in Andernach getroffenen Dispositionen.

### IV. Bonn.

Das Frauen-Gebäude, das Beamtenhaus, das Direktor-Wohngebäude, sollen im Rohbau vollständig fertig gestellt, Ersteres bis 1. October c. zur größeren Hälfte auch gepugt werden.

Die Capelle kann nur in den Mauerungen vollendet und das Dach der Kirche selbst eingeschalt werden, da vor Entfernung der Thurm-Gerüste das Dachgespärre der Kirche nicht aufzubringen ist. Wenn die Witterung im November günstig, so wird das Dach der Kirche auch noch eingedeckt werden können, der Thurm selbst wird mit einem Nothdache versehen werden müssen. Das Männer-Gebäude soll größtentheils unter Dach gebracht werden. Ausgeschlossen bleibt nur der Mittelbau, welcher viergeschossig ist und wegen der vielen Hausstein-Arbeiten, deren Versehen sehr zeitraubend ist, nicht bis unter Dach gebracht werden kann.

### V. Düren.

Die sämmtlichen Erd-Regulirungs-Arbeiten sind bis zum 1. Juni 1874 für die in Angriff genommenen zwei Gebäude für Pensionaire (Frauen und Männer), zwei Gebäude für ruhige Frauen und Männer und zwei Gebäude für halbruhige Frauen und Männer fertig zu stellen.

Die begonnene Ausführung dieser sechs Gebäude soll so gefördert werden, daß dieselben im October und November noch eingedeckt werden können.

Die zu diesen Bauausführungen im laufenden Jahre erforderlichen Geldmittel können in runder Summe zu 740,000 Thlr. veranschlagt werden.

Eine geordnete Rechnungslegung über die zu den Irrenanstaltsbauten zu verwendenden Gelbbeträge kann der Natur der Sache nach erst nach erfolgter Fertigstellung der sämtlichen Bauten stattfinden und ist auch in den Beschlußfassungen der Bau- und Finanz-Kommission für diesen Zeitpunkt vorgesehen. Es erscheint uns aber von Interesse, Ihnen schon jetzt eine kurze Mittheilung über das Rechnungs-Resultat bis zum 31. Dezember pr. zu machen, welche ergibt, daß bis zu diesem Zeitpunkte aus den durch Ausgabe von Rheinprovinz-Obligationen zum Nominalwerthe von 2 Millionen Thalern beschafften Baummitteln schon 1,112,419 Thlr. 11 Sgr. 4 Pf. verausgabt waren. Erwägt man, daß aus dem vergangenen Jahre viele rückständigen Zahlungs-Abrechnungen erst im laufenden Frühjahr zur Vorlage gekommen sind, so ergibt sich bei Mitberücksichtigung des vorgeschätzten Bedarfs, daß die zufolge Allerhöchsten Privilegiums vom 19. April 1869 erfolgte erste Emission von Rheinprovinz-Obligationen zum Betrage von zwei Millionen Thalern ganz absorbiert werden wird. Der Provinzial-Verwaltungs-Rath ist daher zur Vorbereitung der Ausgabe der zweiten Emission Rheinprovinz-Obligationen zum Betrage von 1½ Millionen Thalern zufolge des Allerhöchsten Privilegiums vom 24. März 1873 und Ihrer Beschlußfassung vom 26. September 1872 bereits übergegangen.

Die Obligationen sind zur Zeit im Druck und werden zu einem geeigneten Zeitpunkte durch Vermittelung der Provinzial-Hilfskasse zur Verausgabung gelangen.

Ferner ist die Fertigstellung einer neuen Serie Zinscoupons nebst Talons zu der ersten Emission der Rheinprovinz-Obligationen für die nächste (am 2. Januar 1875 beginnende), Zinsperiode von zehn halben Jahren zufolge §. 3 des unterm 19. April 1869 Allerhöchst genehmigten Regulativs nothwendig geworden.

Auch diese ist bereits eingeleitet.

Ueber die Amortisirung und Verzinsung der ersten Anleihe von 2 Millionen Thalern ist geordneter Tilgungs-Plan aufgestellt, demzufolge die mit 120,000 Thaler alljährlich von den Gemeinden der Provinz zu amortisirende und zu verzinsende Anleihe am 1. Juli 1904 gänzlich getilgt sein wird.

Auf die Anleihe sind bereits 30,000 Thaler Nominalbetrag abgezahlt und im vergangenen Jahre in der Directions-Sitzung der Provinzial-Hilfs-Kasse bei Gelegenheit deren Uebernahme in die ständische Verwaltung verbraunt; in diesem Jahre sind für 31,300 Thaler Obligationen ausgeloset und im Wege der im Regulative vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachung dem Inhaber gekündigt worden.

Die Verwaltung des Baufonds selbst und des Verzinsungs- und Amortisations-Fonds, welche nach den Bestimmungen des Regulativs vom 19. April 1869 die Provinzial-Hilfs-Kasse in erster Hand leitet, wird von dem Provinzial-Verwaltungs-Rathe in geregelter Weise controlirt; — Anweisungen auf den Baufonds werden nur von dem Vorsitzenden des Provinzial-Verwaltungs-Raths ertheilt. Die disponibeln Baarbestände des Baufonds sind bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jun. in Köln hinterlegt, welches für das Depositum früher jährlich 3%, seit dem 1. Mai 1873 aber auf diesseitiges Betreiben 4% Jahreszinsen zahlt.

#### IV. Provinzial-Irren-Heilanstalt Siegburg.

Das vom 21. Rheinischen Provinzial-Landtage berathene und angenommene Reglement über die Leitung und Verwaltung der Provinzial-Irren-, Heil- und Pflegeanstalten in der Rheinprovinz hat auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 4. November 1872 unterm 20. November 1872 die Genehmigung der Herren Ressortminister erhalten. Nach demselben ist die Provinzial-Irren-Heilanstalt zu Siegburg mit dem 1. Januar 1873 in die obere Leitung und Verwaltung des Provinzial-Verwaltungsraths übergegangen.

Ueber die im §. 2 vorbehaltene Bestimmung über die Erfordernisse der Aufnahme, sowie über die Pensionssätze und Gewährung von Freistellen wird dem Provinzial-Landtage eine besondere Vorlage zur Genehmigung unterbreitet werden.

Der von dem Anstalts-Director Herrn Geheimen Medicinalrath Dr. Rasse erstattete eingehende technische Bericht wird Ihnen im besonderen Abdrucke vorgelegt werden.

Einem von der Direction erstatteten Verwaltungsberichte für das abgelaufene Triennium 1870/72 werden folgende statistische Notizen entnommen:

Die Uebersicht, Beilage I gibt Auskunft über die Frequenz der Anstalt vom 1. Januar 1870 bis 31. Dezember 1872. Es betrug der Krankenbestand am Schlusse des Jahres 1869 238.

Die Aufnahme im Jahre 1870	.	.	.	.	351
" " " " 1871	.	.	.	.	333
" " " " 1872	.	.	.	.	372
					<u>1056</u>
					1294

so daß in den drei genannten Jahren . . . . . 1294 Kranke überhaupt in der Anstalt verpflegt worden sind.

Die Zahl der Aufnahmen war in den genannten Jahren durchschnittlich eine größere wie in den Jahren 1867, 1868 und 1869. Sie betrug wie oben angegeben für die Jahre

1870 . . . . .	351
1871 . . . . .	333
1872 . . . . .	372
Summa . . . . .	<u>1056</u>

mithin durchschnittlich 352.

Dagegen in den Jahren

1867 . . . . .	332
1868 . . . . .	354
1869 . . . . .	361
Summa . . . . .	<u>1047</u>

mithin durchschnittlich 349.

Von den verpflegten Kranken gehören:

a) Zur Normal-Verpflegungsclasse:

Bestand am 1. Januar 1870 . . . . . 226

Zugang:

Rheinländer pro 1870 . . . . . 319

" " 1871 . . . . . 306

" " 1872 . . . . . 341

1192



Aus andern Preussischen Provinzen			
pro 1870	.	.	—
pro 1871	.	.	2
pro 1872	.	.	—
			<u>2</u>
Aus nicht Preussischen Staaten			
pro 1870	.	.	3
pro 1871	.	.	2
pro 1872	.	.	1
			<u>6</u>
Summa	.	.	1200

## b) Zur ersten Verpflegungs-klasse:

Bestand am 1. Januar 1870	.	.	3
Zugang pro 1870	.	.	5
" " 1871	.	.	4
" " 1872	.	.	1
			<u>13</u>
			1213

## c) Zur zweiten Verpflegungs-klasse.

Bestand am 1. Januar 1870	.	.	9
Zugang pro 1870	.	.	24
" " 1871	.	.	19
" " 1872	.	.	29
			<u>81</u>
Summa total	.	.	1294

Die Trennung der bei b und c angegebenen Zahlen in Rheinländer und Pensionaire, aus andern Preussischen Provinzen und aus nicht Preussischen Staaten ist in der Beilage I. letzte Seite ersichtlich gemacht.

Es waren nach der erwähnten Nachweisung in der Anstalt während der angegebenen Zeit:

Rheinländer	.	.	1279
Aus andern preussischen Provinzen	.	.	6
Aus nicht preussischen Staaten	.	.	9
Summa	.	.	<u>1294</u>

wovon zur Normal-kasse gehören	.	.	1200
und zu den beiden höhern Verpflegungs-klassen	.	.	94
Summa	.	.	1294

Von den 1279 Kranken aus der Rhein-provinz gehören in die Regierungs-bezirke:

Normal-kranke: Pensionaire: Summa:

Coblenz	149	5	154
Trier	78	6	84
Aachen	146	11	157
Cöln	331	19	350
Düsseldorf	488	46	534
	<u>1192</u>	<u>87</u>	<u>1279</u>

Hierzu die Kranken:

Aus den andern preussischen Provinzen	2	4	6
Aus nicht preussischen Staaten:	6	3	9

1200                      94                      1294

Von der etatsmäßigen Krankenzahl von 220 waren den 5 Rheinischen Regierungsbezirken für die Zeit der Berichtsperiode 198 Stellen zugetheilt.

Laufende Nr.	Regierungs-Bezirk.	Etatsmäßige Kopfzahl pro		Jahrgang.	Es wurden durchschnittlich an Normalfranken verpflegt.	Mithin	
		187/71	1872			über	unter
						das Contingent.	
1	Coblenz . . . . .	32	32	1870	30 <sup>146</sup> / <sub>365</sub>	—	1 <sup>213</sup> / <sub>365</sub>
				1871	29 <sup>80</sup> / <sub>365</sub>	—	2 <sup>285</sup> / <sub>365</sub>
				1872	26 <sup>109</sup> / <sub>366</sub>	—	5 <sup>257</sup> / <sub>366</sub>
2	Trier . . . . .	33	33	1870	11 <sup>229</sup> / <sub>365</sub>	—	21 <sup>156</sup> / <sub>365</sub>
				1871	15 <sup>70</sup> / <sub>365</sub>	—	17 <sup>295</sup> / <sub>365</sub>
				1872	19 <sup>347</sup> / <sub>366</sub>	—	13 <sup>19</sup> / <sub>366</sub>
3	Aachen . . . . .	29	29	1870	30 <sup>83</sup> / <sub>365</sub>	1 <sup>38</sup> / <sub>365</sub>	—
				1871	26 <sup>146</sup> / <sub>365</sub>	—	2 <sup>219</sup> / <sub>365</sub>
				1872	30 <sup>94</sup> / <sub>366</sub>	1 <sup>94</sup> / <sub>366</sub>	—
4	Cöln . . . . .	34	34	1870	60 <sup>96</sup> / <sub>365</sub>	26 <sup>96</sup> / <sub>365</sub>	—
				1871	58 <sup>337</sup> / <sub>365</sub>	24 <sup>337</sup> / <sub>365</sub>	—
				1872	65 <sup>142</sup> / <sub>366</sub>	31 <sup>142</sup> / <sub>366</sub>	—
5	Düsseldorf . . . . .	70	70	1870	84 <sup>174</sup> / <sub>365</sub>	14 <sup>174</sup> / <sub>365</sub>	—
				1871	94 <sup>243</sup> / <sub>365</sub>	24 <sup>243</sup> / <sub>365</sub>	—
				1872	96 <sup>131</sup> / <sub>366</sub>	26 <sup>131</sup> / <sub>366</sub>	—
		198	198				

Die Zahl der zu haltenden Wärter und Wärterinnen ist nach der vorhandenen Krankenzahl bemessen worden, bei den Pensionären sind hierbei die Ansprüche maßgebend, die ihnen die betreffende Verpflegungsklasse gewährte.

Bei dem stets großen Mangel von Wärtern besonders während der Kriegsjahre 1870/71 konnte der Grundsatz, auf 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Normalfranke 1 Wärter, nicht festgehalten werden.

Die etatsmäßige Zahl der Wärter und Wärterinnen ist in Folge dessen in den Jahren 1870/71, trotzdem daß mehr Kranke als der Etat es erlaubte verpflegt worden sind, nicht erreicht worden. Im Jahre 1872, in welchem 36 Kranke über den Etat verpflegt wurden, ist die etatsmäßige Personenzahl des Wartpersonals für Normalfranke in der Anstalt nicht vorhanden gewesen, dagegen wurde die Zahl der Wärter für die Pensionäre um einen geringen Bruchtheil überschritten.





Es ist vielmehr zu der obigen Summe

	pro 1870			pro 1871			pro 1872		
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
	44,550	—	—	44,550	—	—	46,134	—	—
ein Zuschuß von	1,905	2	—	8,837	4	8	9,882	11	5
erforderlich gewesen, so daß die Gesamtbeiträge der Provinz betragen haben	46,455	2	—	53,387	4	8	56,016	11	5

Für die in der Normalklasse verpflegten Militärpersonen sind eingegangen:

im Jahre 1870	134	Thlr.	11	Sgr.	1	Pf.
" " 1871	490	"	13	"	8	"
" " 1872	600	"	15	"	1	"
Summa	1225	Thlr.	9	Sgr.	10	Pf.

Von den Normalfranken, welche nicht der Rheinprovinz angehören, sind Pensionen eingegangen incl. für 1 Ausländer:

Im Jahre 1870	—	—	—	—	—	—
" " 1871	a) 102	Thlr.	4	Sgr.	6	Pf. für 1 Nichtrheinländer
" " 1871	b) 66	"	3	"	10	" " 1 Ausländer,
" " 1872	16	"	28	"	1	" " 1 Ausländer.
Summa	185	Thlr.	6	Sgr.	5	Pf.
Durchschnittlich	61	"	22	"	2	"

Die Staatskasse zahlte für Verpflegung von Staatsgefangenen:

Im Jahre 1870	242	Thlr.	22	Sgr.	3	Pf.
" " 1871	43	"	22	"	6	"
" " 1872	—	"	—	"	—	"
Summa	286	Thlr.	14	Sgr.	9	Pf.
Durchschnittlich	95	"	14	"	11	"

Die Einnahmen an Pensionen für Kranke der höheren Verpflegungsklasse betrug:

In den Jahren	Für Kranke aus									In Summa.	Der Etatsvorschlag beträgt	Die Einnahme war mit/in									
	der Rheinprovinz.			andern preussischen Provinzen.			nicht preussischen Ländern.					höher als der Etatsansatz		geringer als der Etatsansatz							
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.			Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.				
1870	5649	11	4	740	8	9	852	6	2	7241	26	3	6565	—	—	676	26	3	—	—	—
1871	5349	20	5	1243	4	4	705	—	—	7297	24	9	6565	—	—	732	24	9	—	—	—
1872	6203	22	7	750	—	—	680	—	—	7633	22	7	6600	—	—	1033	22	7	—	—	—
Summa	17202	24	4	2733	13	1	2237	6	2	22173	13	7	19730	—	—	2443	13	7	—	—	—
Durchschnittl. auf 1 Jahr	5734	8	1	911	4	4	745	22	1	7391	4	6	6576	20	—	814	14	6	—	—	—

Die extraordinären Einnahmen betragen in den Jahren:

1870 . . .	237 Thlr. 16 Sgr. 1 Pf.
1871 . . .	195 " 7 " 1 "
1872 . . .	210 " 26 " 10 "
Summa	643 Thlr. 20 Sgr. — Pf.
Durchschnittlich	214 " 16 " 8 "

### Ausgabe:

Die Lohnungen für das in der Berichtsperiode wirklich angestellte Wartpersonal haben

Zu den Jahren	Betragen						Mithin gegen den Etat											
	für Normalfranke.			für Pensionaire			mehr						weniger					
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	beim Normalfranken Wartpersonal.		beim Pensionair Wartpersonal.		beim Normalfranken Wartpersonal.		beim Pensionair Wartpersonal.					
Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	
1870	1496	25	7	790	—	4	—	—	—	—	—	169	4	5	55	29	8	
1871	1698	26	3	791	20	—	32	26	3	—	—	—	—	—	54	10	—	
1872	1730	22	10	811	3	10	—	—	—	109	3	10	75	7	2	—	—	
Summa . . .	4926	14	8	2392	24	2	32	26	3	109	3	10	244	11	7	110	9	8
Durchschnittlich	1642	4	11	797	18	1	10	28	9	36	11	3	81	13	10	36	23	2

Die Ueberschreitungen bei den Löhnen des Wartpersonals für Normalfranke pro 1871, sowie bei den Löhnen des Wartpersonals für Pensionaire pro 1872 gleichen sich zum größern Theil durch die entsprechenden Ersparnisse der Löhne bei dem andern Wartpersonal aus.

Die Gesamtbefolgungen und Dienstlöhne in der Anstalt ergeben eine wirkliche Ausgabe von:

Pro Jahr.	veranschlagt zu						Also					
							mehr ausgegeben.			weniger ausgegeben.		
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
1870 . . .	11982	17	4	12174	—	—	—	—	—	191	12	8
1871 . . .	12601	10	4	12174	—	—	427	10	4	—	—	—
1872 . . .	12739	10	5	12718	—	—	21	10	5	—	—	—
Summa . . .	37323	8	1	37066	—	—	448	20	9	191	12	8
Durchschnittlich	12441	2	8	12355	—	—	149	16	11	63	24	3

### Titel II. Beköstigung.

Der Etat war veranschlagt:

pro 1870 und 1871:

1. Beim Tisch	I für 4 Pensionaire und 3 Beamte à 228 Thlr.	1596 Thlr. — Sgr.
2. " "	II für 12 Pensionaire und 9 Beamte à 172 Thlr.	3612 " — "
3. " "	III für 204 Kranke und 58 Dienstleute à 73 $\frac{2}{3}$ Thlr.	19300 " 20 "
	Summa	24508 Thlr. 20 Sgr.

pro 1872:

1. Beim Tische	I für 4 Pensionaire und 4 Beamte à 225 Thlr.	. 1800 Thlr. — Sgr
2. " "	II für 12 Pensionaire und 8 Beamte à 171 Thlr.	. 3420 " — "
3. " "	III für 204 Kranke und 56 Dienstleute à 78 Thlr.	. 20280 " — "
	Summa	. 25500 Thlr. — Sgr.

Die wirklichen Ausgaben für die Beköstigung in diesen Jahren und die Mehrausgaben ergeben sich aus nachstehender Uebersicht.

Jahrgänge	Summe der Verpflegungstage				Betrag der Mundverpflegungskosten im Ganzen.	Gegen den Etat							
	beim Tische.			überhaupt.		mehr.			weniger				
	I.	II.	III.			Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.
1870 . . . .	3179	6705	99126	109010	25930	7	8	1421	17	8	—	—	—
1871 . . . .	2818	6908	102184	111910	30182	5	7	5673	15	7	—	—	—
1872 . . . .	2729	8116	108369	119214	32618	4	7	7118	4	7	—	—	—
	Summa				88720	17	10	14213	7	10	—	—	—
Durchschnittlich auf 1 Jahr . . . . .					29573	15	11	4737	22	7	—	—	—

Uebersicht der Speisekosten der verschiedenen Tischklassen.  
Es kostete:

Jahrgänge.	pro Jahr der Tisch.									pro Tag der Tisch.								
	I.			II.			III.			I.			II.			III.		
	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.
1870 . . . .	246	11	3	177	8	6	76	1	3	—	20	3	—	14	8	—	6	3
1871 . . . .	268	15	1	202	13	—	86	19	3	—	22	1	—	16	8	—	7	2
1872 . . . .	258	2	6	189	27	6	87	18	4	—	21	2	—	15	7	—	7	3
Summa	772	28	10	569	19	—	250	8	10	2	3	6	1	16	11	—	20	8
Durchschnittlich auf 1 Jahr abgerundet	257	19	7	189	26	4	83	2	11	—	21	2	—	15	8	—	6	9

Die Ueberschreitung der Etatsätze findet ihre Begründung sowohl in der Zahl der gegen den Etat mehr verpflegten Kranken als auch in den höheren Preisen sämtlicher Consumtilien.

An dem dritten Tische sind

pro 1870 —  $271^{210/365}$  Personen verpflegt worden, mithin  $9^{211/365}$  Personen über den Etat;

pro 1871 —  $279^{349/365}$  Personen, mithin  $17^{349/365}$  Personen über den Etat;

pro 1872 —  $296^{33/366}$  Personen, mithin  $36^{33/366}$  Personen über den Etat.



## Titel III. Bekleidung.

Da die Ausgaben nach dem Etat pro 1872 auch auf Tischwäsche, Lagerung und Bettzeug, welche früher bei Titel V 1 zur Anschaffung und Unterhaltung der Utensilien berechnet wurden, ausgedehnt sind, so ist auch die Etatposition für das Jahr 1872 höher normirt worden. Die Ausgaben haben betragen:

In den Jahren	Ausgaben.			Der Etat besteht.			Gegen den Etat						Ausmachend auf den Kranken pro Kopf					
							mehr.			weniger.			pro Jahr.			pro Tag.		
	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.
1870 . . .	3616	18	2	3482	28	3	133	19	11	—	—	—	15	15	—	—	—	13,9
1871 . . .	2993	22	6	3482	28	3	—	—	—	489	5	9	12	10	6	—	—	10,8
1872 . . .	5337	18	—	5000	—	—	337	18	—	—	—	—	20	10	8	—	—	18,01
Summa	11947	28	8	11965	26	6	471	7	11	489	5	9	48	6	2	—	—	311,48
Durchschnittlich auf 1 Jahr . . .	3982	19	6	3988	18	10	157	2	7	163	1	11	16	2	1	—	—	14

Die Mehrausgaben in den Jahren 1870 und 1872 erscheinen vollständig durch die Zahl der gegen den Etat mehr verpflegten Kranken:

pro 1870 . . . . . 12<sup>32</sup>/<sub>365</sub> Kranke,  
 pro 1872 . . . . . 37<sup>211</sup>/<sub>365</sub> Kranke

gerechtfertigt.

## Titel IV.

Zur Anschaffung und Unterhaltung von Hausutensilien (pro 1870 und 1871 unter dem Titel V 1 und 2 aufgeführt).

1. Für gewöhnliche Haus-Utensilien.

In der Berichtsperiode sind für diesen Titel verausgabt worden:

In den Jahren	Betrag der Ausgabe.			Etat-Credit.			Gegen den Etat								
							mehr.			weniger.					
	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.			
1870 . . .	2891	25	3	2893	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4	9
1871 . . .	2892	25	—	2893	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—
1872 . . .	1471	16	10	1400	—	—	71	16	10	—	—	—	—	—	—
Summa	7256	7	1	7186	—	—	71	16	10	—	—	—	1	9	9
Durchschnittlich auf 1 Jahr . . .	2418	22	4	2395	10	—	23	25	7	—	—	—	—	13	3

Die Ueberschreitung dieses Titels im Jahr 1872 beruht auf einer, durch die außergewöhnliche Höhe des Krankenbestandes nothwendig gewordene Anschaffung von 12 Holzbettstellen im Gesamtbetrage von 72 Tblr.

## Position 2.

Für ärztliche Utensilien sind ausgegeben (Etat 100 Thlr.)

pro 1870 . . . . .	73 Thlr. — Sgr. 6 Pf.,
pro 1871 . . . . .	99 " 29 " 6 "
pro 1872 . . . . .	97 " 5 " 6 "

Summa	270 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf.
Durchschnittlich	90 Thlr. 1 Sgr. 10 Pf.

Titel V. Reinigung,  
pro 1870/71 als Titel IV aufgeführt.

Es sind in der Statsperiode ausgegeben:

Jahrgang	Betrag			Gegen den Etat					
				mehr.			weniger.		
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
1870 . . . . .	679	9	6	—	—	—	76	20	6
1871 . . . . .	825	3	6	79	20	2	—	—	—
1872 . . . . .	1128	13	3	128	13	3	—	—	—
Summa	2632	26	3	208	3	5	76	20	6
Durchschnittlich auf 1 Jahr	877	18	9	69	11	1	25	16	10

Die Statsüberschreitung in den Jahren 1871 und 1872 ist begründet durch die Zahl der gegen den Etat mehr verpflegten Kranken, sowie durch die größere Höhe des Preises für das Bettstroh.

## VI. Für Heizungsmaterialien.

Auf diesen Titel wurden ausgegeben:

In den Jahren.	Ueberhaupt.			Der Etat befragt.			Mithin gegen den Etat					
							mehr.			weniger.		
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
1870 . . . . .	1945	1	11	1813	—	—	132	1	11	—	—	—
1871 . . . . .	2067	21	7	1813	—	—	254	21	7	—	—	—
1872 . . . . .	2432	23	5	1850	—	—	582	23	5	—	—	—
Summa	6445	16	11	5476	—	—	969	16	11	—	—	—
Durchschnittlich auf 1 Jahr	2148	15	8	1825	10	—	323	5	4	—	—	—

Die fortwährende Ueberschreitung dieses Etat-Titels beruht lediglich in den stets mehr gesteigerten Preisen der Kohlen, indem dieselben in den Jahren 1868/1869 loco Zeche pro Waggon 11 bis 11½ Thlr. betragen, dagegen im Jahre 1872 im Durchschnitt bis auf 19 resp. 20 Thlr. gestiegen waren.

## Titel VII. Für Beleuchtungs-Material.

Es sind dafür verausgabt:

In den Jahren	Insgesammt.			Der Etat-Credit beträgt			Witlin gegen den Etat						
							mehr.			weniger.			
	Tlir.	Sg.	Pf.	Tlir.	Sg.	Pf.	Tlir.	Sg.	Pf.	Tlir.	Sg.	Pf.	
1870 . . . . .	1381	15	10	1390	—	—	—	—	—	—	8	14	2
1871 . . . . .	1343	1	9	1390	—	—	—	—	—	—	46	28	3
1872 . . . . .	1486	15	8	1390	—	—	96	15	8	—	—	—	—
Summa	4211	3	3	4170	—	—	96	15	8	55	12	5	5
Durchschnittlich auf 1 Jahr	1403	21	1	1390	—	—	32	5	3	18	14	2	2

Die Mehrausgabe im Jahr 1872 beruht auf der bereits nachgewiesenen Mehrverpflegung von Kranken, welche die Benutzung resp. Beleuchtung der Anstaltsräumlichkeiten in ausgedehnterem Maße erfordert hat.

## Titel VIII. Zu Arzneien und Verbandmitteln.

Es wurde auf diesen Titel verausgabt:

In den Jahren.	Insgesammt.			Hiervon fallen auf die Arzneikosten für die Beamten nach dem Etatsfzge.			Bleiben für die Kranken.			Es fallen demnach auf jeden Kopf.						Gegen den Credit.						
										pro Jahr.		pro Tag.		mehr.		weniger.						
	Tlir.	Sg.	Pf.	Tlir.	Sg.	Pf.	Tlir.	Sg.	Pf.	Tlir.	Sg.	Pf.	Tlir.	Sg.	Pf.	Tlir.	Sg.	Pf.				
1870 . . . . .	465	—	9	31	16	—	433	14	9	1	23	8	—	—	1,73	39	9	9	—	—	—	—
1871 . . . . .	851	22	6	31	16	—	820	6	6	3	1	11	—	—	3,01	425	22	6	—	—	—	—
1872 . . . . .	465	3	7	32	8	—	432	25	7	1	22	6	—	—	1,2	1	25	7	—	—	—	—
Summa	1781	26	10	95	10	—	1686	16	10	6	18	1	—	—	6,46	466	27	10	—	—	—	—
Durchschnittlich auf 1 Jahr	593	28	11	31	23	4	562	5	7	2	6	—	—	—	2,15	155	19	3	—	—	—	—

Die Mehrausgabe pro 1870 erklärt sich zum größten Theil aus der Zahl der mehrverpflegten Kranken, die pro 1871 aber rührt daher, daß während sechs Monate der Arzneibezug bei dem Mangel eines Anstalts-Apothekers aus der Stadt stattfinden mußte und bei dem Wiedereintritt des *u. van Emster* die Wiedererneuerung des regelmäßigen Arzneibestandes, welcher während der Abwesenheit des Anstalts-Apothekers von 1870—1871 unterlassen worden, stattfinden mußte.

## Titel IX. Bibliothek.

Hierfür sind ausgegeben worden (Etat 200 Tlir.):

pro 1870 . . . . .	199	Tlir.	21	Sgr.	2	Pf.
„ 1871 . . . . .	199	„	20	„	6	„
„ 1872 . . . . .	200	„	—	„	—	„
Summa	599	Tlir.	11	Sgr.	8	Pf.
Durchschnittlich auf 1 Jahr	199	„	23	„	11	„



## Titel X. Unterhaltung der Gebäude.

Auf diesen Titel wurde verausgabt excl. der Remuneration für den Banbeamten die im Jahr 1872 bei Titel I in Ausgabe nachgewiesen ist.

In den Jahren.	Der Etat besagt.	Für gewöhnliche Bauzwecke.			Für außergewöhnliche Bauzwecke zusätzlich bewilligt			Summa.			Gegen den Etat					
											mehr.			weniger.		
		Tblr.	Sgr.	Pf.	Tblr.	Sgr.	Pf.	Tblr.	Sgr.	Pf.	Tblr.	Sgr.	Pf.	Tblr.	Sgr.	Pf.
1870	3610	3609	14	3	—	—	—	3609	14	3	—	—	—	—	15	9
1871	3610	3609	14	4	982	27	1	4592	11	5	982	11	5	—	—	—
1872	3610	3609	3	5	1319	20	6	4928	23	11	1318	23	11	—	—	—
Summa	10830	10828	2	—	2302	17	7	13130	19	7	2301	5	4	—	15	9
Durchschnittl. auf 1 Jahr.	3610	3609	10	8	767	15	10	4376	26	6	766	26	—	—	—	—

Die in den Jahren 1871 und 1872 ausgeführten außergewöhnlichen, von der früheren Verwaltungs-Commission event. vom Herrn Ober-Präsidenten genehmigten größeren baulichen Einrichtungen waren folgende:

1. Die Anlegung einer Futtermauer an der Ostseite des Anstaltsgebiets  
830 Tblr. 5 Sgr. 4 Pf.
2. Die Aufrichtung der Grabsteine in der Kirche . . . . . 152 „ 21 „ 9 „  
pro 1871 = 982 Tblr. 27 Sgr. 1 Pf.
3. Die Herstellung eines 52 Ruthen langen Weges längs der West- und Südseite der Gebäude der Irrenanstalt . . . . . 399 Tblr. 22 Sgr. 6 Pf.
4. Mauerreparatur der äußeren Strebpfeiler der Gebäude der Irrenanstalt . . . . . 919 „ 28 „ — „  
pro 1872 = 1319 Tblr. 20 Sgr. 6 Pf.

Werden diese Beträge in Abzug gebracht, so hat eine Ueberschreitung der Etatfäße dieses Titels in der Berichtsperiode nicht stattgefunden.

## Titel XI. 1 und 2 pro 1870 und 1871.

An öffentlichen Abgaben:

pro 1870:	1. Grundsteuer	. . . . .	24 Tblr. 23 Sgr. 9 Pf.
	2. Communalsteuer	. . . . .	49 „ 7 „ 11 „
	Summa		74 Tblr. 1 Sgr. 8 Pf.
pro 1871:	1. Grundsteuer	. . . . .	24 Tblr. 29 Sgr. 11 Pf.
	2. Communalsteuer	. . . . .	49 „ 6 „ 11 „
	Summa		74 Tblr. 6 Sgr. 10 Pf.

Der Etat erlaubt eine Ausgabe von 86 Tblrn., daher hat keine Ueberschreitung stattgefunden.

## Titel XI. 1. pro 1872.

Grund- und Communalsteuer:

pro 1872: 1. Grundsteuer	24 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf.
2. Communalsteuer	168 " 5 " 5 "

Summa 192 Thlr. 24 Sgr. 8 Pf.

Der Etatsansatz beträgt 72 " — " — "

Mithin mehr 120 Thlr. 24 Sgr. 8 Pf.

welche Ueberschreitung dadurch hervorgerufen worden ist, daß die Heilanstalt zur Communal-Einkommensteuer herangezogen wurde. Die dagegen erhobene Reclamation hat indessen den Erfolg gehabt, daß im Jahr 1873 die theilweise Rückerstattung der Steuer geschehen ist.

## Titel XII. Feuerversicherungsbeiträge pro 1870 und 1871, XI. 2. pro 1872.

Es sind dafür bezahlt worden:

Im Jahr	Beiträge für Versicherung.						Der Etat besagt						Gegen den Etat											
	der Gebäude.			des Inventars.			Summa.			für die Gebäude.			für das Inventar.			Summa.			mehr.			weniger.		
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
1870 . . . . .	161	17	11	36	3	—	197	20	11	161	17	11	27	17	10	189	5	9	8	15	2	—	—	—
1871 . . . . .	161	17	11	36	4	—	197	21	11	161	17	11	27	17	10	189	5	9	8	16	2	—	—	—
1872 . . . . .	161	17	11	36	3	—	197	20	11	161	17	11	36	3	—	197	20	11	—	—	—	—	—	—
Summa . . . . .	484	23	9	108	10	—	593	3	9	484	23	9	91	8	8	577	2	5	17	1	4	—	—	—
Durchschnittlich auf 1 Jahr	161	17	11	36	3	4	197	21	3	161	17	11	30	12	11	192	10	10	5	20	5	—	—	—

## Titel XI. 3 Kirchen- und Schulbedürfnisse.

Die Ausgaben haben betragen:

In den Jahren	1.			2.			Summa.			Bemerkungen.
	Für Kirchenbedürfnisse.			Für Schulbedürfnisse.			Summa.			
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	
1870 . . . . .	97	19	3	24	6	6	121	25	9	Pro 1872 sind Pos. 1 und 2 zusammengefaßt.  Der Etat pro 1872 beträgt 134 Thlr.
1871 . . . . .	137	25	—	22	28	7	160	23	7	
1872 . . . . .	—	—	—	—	—	—	133	26	10	
Summa . . . . .	225	14	3	47	4	1	416	15	2	
Durchschnittlich auf 1 Jahr . . .	—	—	—	—	—	—	138	25	1	

Die Ueberschreitung der in dem Etat pro 1870/71 mit Titel XVII. bezeichneten Ausgabe für kirchliche Bedürfnisse ist durch die Ausgabe von 25 Thlrn. für Einrichtung einer wöchentlichen Unterrichts- und Gebet-Stunde für israelitische Kranken entstanden.

Titel XI. 4. Arbeitsmaterial für die Kranken und Geschenke zur Aufmunterung derselben.

Die Ausgaben haben dafür betragen:

In den Jahren.	Insgesammt.			Bemerkungen.
	Thlr.	Sgr.	Pf.	
1870 . . . . .	540	17	1	aus Titel XVI und zum Theil XV genommen. Der Etat pro 1872 beträgt 550 Thlr.
1871 . . . . .	545	28	4	
1872 . . . . .	630	26	10	
Summa . . . . .	1717	12	3	
Durchschnittlich . . . . .	572	14	1	

Die Ueberschreitungen sind vollständig gerechtfertigt durch die größere Anzahl der verpflegten Kranken.

ad Titel XI. 5. Beerdigungs- und Einbringungskosten auf Berechnung.

pro 1870 . . . . .	15 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf.
pro 1871 . . . . .	15 " 19 " — "
pro 1872 . . . . .	30 " 21 " — "
Summa	61 Thlr. 23 Sgr. 6 Pf.

durchschnittlich

auf 1 Jahr 30 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. (Etat 33 Thlr.)

ad Titel XI. 6. Kleine Dienststreifen der Beamten der Heilanstalt auf Berechnung.

Dafür ausgegeben:

pro 1870 10 Thlr. 13 Sgr. 9 Pf.	vergleiche Titel XIV.
pro 1871 14 Thlr. 28 Sgr. 9 Pf.	
pro 1872 14 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf.	
Summa	40 Thlr. 10 Sgr. — Pf.

durchschnittlich

auf 1 Jahr 13 Thlr. 13 Sgr. 4 Pf. (Etat 15 Thlr.)

ad Titel XI. 7. Porto und Botenlohn.

Hierfür sind ausgegeben:

pro 1870 98 Thlr. 11 Sgr. 7 Pf.	vergleiche Titel XVII 1 und XVIII 5.
pro 1871 95 Thlr. 11 Sgr. 9 Pf.	
pro 1872 98 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf.	

Summa 292 Thlr. 3 Sgr. 10 Pf.

durchschnittlich auf

1 Jahr 97 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf. (Etat pro 1872 = 100 Thlr.)



ad Titel XI. 8. Bureaukosten incl. Zeitungen und Drucksachen.

Es sind dafür ausgegeben:

pro 1870 153 Thlr. — Sgr. — Pf. } vergleiche Titel I und zum Theil XVIII 5.  
 pro 1871 249 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. }  
 pro 1872 179 Thlr. 25 Sgr. 10 Pf.

Summa 582 Thlr. 11 Sgr. 4 Pf.

durchschnittlich

auf 1 Jahr 194 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. (Etat 180 Thlr. pro 1872.)

Die betreffende Mehrausgabe im Jahr 1871 ist durch den Druck von neuen Fragebogen, welcher die Genehmigung der frühern Verwaltungs-Commission erhalten hatte, hervorgerufen.

Die wirklichen Verpflegungskosten eines Normalfranken, wobei die Verwaltungskosten der Anstalt außer Berechnung bleiben, ergibt die nachfolgende Aufstellung:

In den Jahren.	Pro Jahr.										Mithin pro Tag.				
	für Beföstigung			für Bekleidung.			für Arznei.			Summa.		Thlr.	Sgr.	Pf.	
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.				Pf.
1870 . . . . .	76	1	3	15	15	—	1	23	8	93	9	11	—	7	8,03
1871 . . . . .	86	19	3	12	10	6	3	1	11	102	1	8	—	8	4,03
1872 . . . . .	87	18	4	20	10	8	1	22	6	109	21	6	—	8	11,04
Summa	250	8	10	48	6	2	6	18	1	305	3	1	—	25	0,12
Durchschnitt auf 1 Jahr . . .	83	12	11	16	2	1	2	6	—	101	21	—	—	8	4

Die Gesamtunterhaltungskosten eines normalmäßig verpflegten Kranken, also einschließlich seines Antheils an den allgemeinen Verwaltungskosten, belaufen sich in den gedachten Jahren durchschnittlich auf

225 Thlr. 26 Sgr. 8 Pf.

pro Tag 21 Sgr. 0,38 Pf.

#### Resultate der Landwirtschaft und Viehstands-Nutzung.

Das Resultat der Jahre 1870/72 erscheint weniger günstig als das der vorhergehenden Berichtsperiode, obschon die Erträge die Soll-Einnahme nach dem Etat namentlich 1870 und 1871 erheblich überstiegen. Der Grund der Verminderung des Reinertrags liegt lediglich in der nicht zu vermeidenden Erhöhung der Ausgaben.

Diese Mehr-Ausgaben betrafen hauptsächlich das Futter- und Streu-Material. In Folge des Krieges und der minder günstigen Witterung hatten die Fournage-Preise eine außerordentliche Höhe erreicht. Da die übrigen Futtermittel auch verhältnißmäßig sich erhöhten, so entstand in diesen beiden Jahren allein eine Mehrausgabe von 1660 Thlr.

Mehrausgaben waren ferner nöthig in den Jahren 1870 und 1871, für welche der Etat pro 1868/69 prolongirt worden war, an Tagelohn, sowie für die durch Conferenzbeschluß vom 8. October 1868 eingeführte Versicherung der Gartenfrüchte gegen Hagelschaden.

Die Mehrausgaben zum Ankauf von Vieh haben keinen nachtheiligen Einfluß auf das Resultat ausgeübt, da durchschnittlich für das verkaufte Vieh mehr eingenommen als ausgegeben wurde.

Die Einnahmen betragen 1870	.	.	.	.	.	779 Thlr. 25 Sgr.
1871	.	.	.	.	.	770 " 15 "
1872	.	.	.	.	.	1267 " — "
					Summa	2817 Thlr. 10 Sgr.
Die Ausgaben dagegen: 1870	.	.	.	.	.	746 Thlr. 10 Sgr.
1871	.	.	.	.	.	774 " 20 "
1872	.	.	.	.	.	1252 " 5 "
					Summa	2773 Thlr. 5 Sgr.

mithin mehr eingenommen als ausgegeben 44 Thlr. 5 Sgr.

Behufs besserer Uebersicht ist eine Nachweisung zur Ermittlung des Rein-Ertrages (Beilage Nr. 2) beigelegt.

Zu erwähnen ist hierbei noch, daß die Kosten der Fournage für sämtliche 4 Pferde — obgleich dieselben bekanntlich nicht ausschließlich zum Feldbau gebraucht werden — in der Ausgabe mitenthalten sind.

Am Betriebe der Landwirthschaft hat eine wesentliche Veränderung nicht Statt gefunden. Die Einführung des Klee-Anbaues, ist, da derselbe sich als vortheilhaft erwiesen — weiter fort gesetzt worden. Ebenso ist der Erweiterung und Verbesserung der Obstbaumschule Berücksichtigung zu Theil geworden.

Eine Veränderung des Grundeigenthums der Anstalt ist nicht eingetreten. Nach der Reduction auf das Meter-Maß beträgt dasselbe insgesammt:

18 Hectare 34 Are 79 □ Meter.

Die im §. 11 des Reglements für die Leitung und Verwaltung der Provinzial-Irren-Heilanstalten vorgeschriebene jährliche außerordentliche Revision der Provinzial-Irren-Heil-Anstalt zu Siegburg, hat am 19. December v. J. unter Beivohnung des Herrn Ober-Präsidenten und unter Zuziehung der beiden für die Anstalt bestellten Commissare des Provinzial-Verwaltungsraths stattgefunden.

Das Resultat dieser Revision hat die Revisoren, soweit es sich nicht um den von der Verwaltung unabhängigen baulichen Zustand der Anstalt und deren Raumverhältnisse handelte, in jeder Beziehung befriedigt.

Ueber die Verwaltung der Anstalt im Jahre 1873, über welche die vorstehenden Angaben nähere Darlegungen noch nicht enthalten, sind wenig besondere Mittheilungen zu machen.

In der Anstalt war das dringende Bedürfniß zur Anlage eines Trockenapparats nach vorgelegtem Plane hervorgetreten. Der Provinzial-Verwaltungsrath hat die Ausführung der Anlage zu einem Kostenbetrage von 750 Thlr. genehmigt und wegen fehlender Mittel im Anstalts-Etat, dessen Baucredite anderweit absorhirt waren, vorbehaltlich Ihrer späteren Genehmigung beschlossen, den erforderlichen Credit außeretatmäßig zu entnehmen und zu verwenden.

Weiter war das dringende Bedürfniß hervorgetreten, die Löhne des unteren Deconomie- und Dienstpersonals in der Anstalt, welches zu den im Etat ausgesetzten Crediten nicht mehr zu haben war, außeretatmäßig zu erhöhen. Um den ungestörten Betrieb der Anstalt sicher zu stellen, hat der Provinzial-Verwaltungsrath den Jahresbetrag von 306 Thaler, ebenfalls vorbehaltlich Ihrer späteren Zustimmung außeretatmäßig bewilligt, in gleicher Weise das Einkommen der beiden Anstaltsgeistlichen um den Jahresbetrag von je 90 Thlr. als Entschädigung für die fehlende Dienstwohnung außeretatmäßig erhöht, nachdem die gänzliche Unzulänglichkeit des im Etat ausgesetzten Gehaltes von 710 Thlr. vom Anstalts-Director überzeugend dargelegt worden war.

Der Provinzial-Verwaltungsrath glaubt, bei diesen Bewilligungen im Sinne des Provinzial-Landtages gehandelt zu haben und beantragt daher die vorbehaltene Idemnität.

Die Jahres-Rechnungen der Anstalt pro 1870, 1871 und 1872 werden Ihnen zur Decharge vorgelegt werden, die Rechnung pro 1873 ist noch nicht revidirt. Die letztere ergibt als Hauptresultat eine Gesamt-Einnahme und Ausgabe von 69,225 Thlr. 14 Sgr. 4 Pf.

## V. Provinzial-Hebammen-Lehranstalt zu Cöln.

Die Provinzial-Hebammen-Lehranstalt zu Cöln ist durch das unterm 31. October 1872 von den Herren Ressortministern genehmigte, aus Ihrer Beschlussfassung hervorgegangene Reglement vom 1. Januar 1873 ab in die obere Leitung und Verwaltung des Provinzial-Verwaltungs-Raths übergegangen.

Ueber die darauf am 1. April 1873 erfolgte Schließung der Hebammen-Lehranstalt zu Trier, den erfolgten Beitritt des seitherigen Hebammen-Lehrverbandes Trier zum Provinzial-Verbande Cöln, sowie die dadurch bedingte sofortige Inangriffnahme eines Erweiterungsbaues der Anstalt zu Cöln wird dem Provinzial-Landtage eine besondere Vorlage gemacht werden, ebenso über Feststellung einiger organisatorischen Bestimmungen für die Verwaltung der Hebammen-Lehranstalt und die Zahl der etatsmäßig aufzunehmenden Schülerinnen sowie die Zahl der Freistellen.

Die Hebammen-Lehranstalt zu Cöln hat keine besondere Anstaltskasse, die Funktionen derselben werden von der ständischen Centralkasse geübt, der Hauskasse aber, bei deren Verwaltung sich der Anstalts-Director des Anstalts-Personals bedienen darf, nur baare Zuschüsse nach Bedürfniß geleistet.

Nachdem die Thätigkeit des Regierungs-Subalternpersonals bei der vormaligen Verwaltungs-Commission der Anstalt durch den Uebergang derselben in die provincialständische Verwaltung aufgehört hatte, befand sich in der Anstalt für diese Einrichtung außer dem Director kein männlicher Beamter, der Director war von der technischen Leitung und Verwaltung der Anstalt neben seiner nicht unbedeutenden Privat-Praxis worauf er nebenbei angewiesen ist, genugsam in Anspruch genommen und die Thätigkeit der Oberhebamme und der Wirthschafterin in der Anstalt erschien nicht ausreichend, in oeconomischer Hinsicht deren Verwaltung und die nöthige Controle überall zu sichern, so daß dem Anstalts-Director eine Arbeitshilfe hierfür beigegeben werden mußte, welche dazu dienen sollte, die im Laufe der Verwaltung bald hier bald dort hervortretenden Mängel und Unzuträglichkeiten zu beseitigen, die laufenden schriftlichen Arbeiten der Verwaltung zu erledigen und die Controle über Inventar und Material-Verbrauch unter Leitung des Directors zu üben und die für Letztern bestimmten Control-Verbrauchs Nachweisen aufzustellen. Für diese Arbeitshilfe wurde ein früherer Militair-Rechnungsbeamter in der Stadt Cöln gefunden und derselben vorerst eine jährliche Remuneration von 150 Thln. ausgesetzt. Der versuchte Ausweg hat sich aber nicht als ausreichend erwiesen, weshalb in dem neuen Etat die Anstellung eines Verwalters (Hausvaters) für die Anstalt in Aussicht genommen worden ist.

Die Ausbildung der Hebammen-Schülerinnen in der Anstalt findet jährlich in zwei gleichen Lehrgängen, einem Sommercurfus und einem Wintercurfus statt.



Vor Uebernahme der Verwaltung durch den Provinzial-Verwaltungsrath war jeder Cursus mit 35 Schülerinnen besetzt, wovon für jeden neuen Cursus 5 Repetentinnen zur Unterstützung der Oberhebamme der Regel nach zurückbehalten wurden.

Als der Hinzutritt des Hebammen-Lehrverbandes Trier sofort größere Anforderungen an die Anstalt stellte, wurde unter Besetzung aller entbehrlichen Räume der Cursus auf 40 Schülerinnen gebracht, wovon nur 2 als Repetentinnen aus dem Vorcursus zur Unterstützung der Oberhebamme zurückbehalten wurden, so daß pro Cursus 38 Schülerinnen neu einberufen werden konnten.

Die bis jetzt unter der Verwaltung des Provinzial-Verwaltungsraths stattgefundene Besetzung von drei Lehrkursen vertheilt sich auf die einzelnen Regierungsbezirke der Provinz wie folgt:

	Nachen:	Coblenz:	Cöln:	Düsseldorf:	Trier:
Sommercursus 1873.	8.	5.	7.	13.	5.
Wintercursus 1873/74.	3.	8.	8.	11.	8.
Sommercursus 1874.	4.	5.	6.	14.	9.
	15.	18.	21.	38.	22.

An Schwangeren und Kranken waren in der Anstalt aufgenommen

im Jahre 1873:

a. unentgeltlich	.	.	.	383 mit 8478	Pflegetagen.
b. in der III. Pflegeklasse	.	.	.	27 "	1410 "
c. " " II.	"	Schwangere	.	31 "	846 "
	"	Kranke	.	15 "	276 "
d. " " I.	"	Schwangere	.	3 "	120 "
	"	Kranke	.	28 "	683 "
		Summa		487 mit 11813	"

Im Jahre 1873 kamen in der Anstalt 388 Geburten vor, worunter 5 Zwillingsgeburten, so daß also im Ganzen im verfloffenen Jahre 393 Kinder in der Anstalt zur Welt gekommen sind.

Die Leitung der in der Ausführung begriffenen Erweiterungsbauten und baulichen Herstellungen in der Anstalt ist dem Bauinspector Böttcher zu Cöln übertragen worden. Die Ausführung ist so weit gefördert, daß die Vollendung der Bauten in diesem Herbst zu erwarten steht. Von dem Zeitpunkte der Fertigstellung ab, wird die Anstalt pro Cursus 60 Schülerinnen aufnehmen können, wobei aber auch wieder eine Erhöhung der Zahl der verbleibenden Repetentinnen wird stattfinden müssen.

Recht störend war für den Betrieb der Anstalt im verfloffenen Jahre die plötzliche Erkrankung der Wirthschafterin, die wegen Geistesstörung der öffentlichen Fürsorge übergeben werden mußte und für die im ersten Augenblicke ein geeigneter Ersatz nicht zu finden war.

Die im §. 14 des Reglements für die Provinzial-Hebammen-Lehranstalt vom 31. October 1872 vorgeschriebene außerordentliche Revision der Anstalt hat am 18. December v. J. unter Beizwohnung des Herrn Ober-Präsidenten der Rheinprovinz und unter Zuziehung der beiden für die Anstalt gewählten Spezialcommissare des Provinzial-Verwaltungsraths, Stadtverordneten Horst und Bürgermeister Dr. Wurzer stattgefunden. Die in der Ausführung begriffenen baulichen Einrichtungen wurden besichtigt, auch davon Act genommen, daß behufs besserer Arrondirung des Anstalts-Areals ein Grundstücks-Austausch mit den Herren J. J. Langen und Söhne und J. D. Recklinghausen verabredet, vom Provinzial-Verwaltungsrathe genehmigt und zufolge abgeschlossenen notariellen Tauschvertrags in der Ausführung begriffen sei.

Der Grundstücks-austausch hat für die Anstalt den wesentlichen Vortheil gebracht, daß sie

mit der ganzen nördlichen Seite des Areals der ganzen Länge nach an eine neue Straße zu liegen kommt, und somit vor jeder störenden Fabrikanlage gesichert ist und daß ferner die Verwerthung des ganzen Terrains zu Gartenanlagen und nutzbarem Gartenlande sich günstiger gestaltet hat.

Kosten sind der Anstalt durch die neue Umfriedigung, Verlegung des Brunnens, Anlage einer Terasse nach dem Garten zc. nicht erwachsen.

Bei dem Begaug der Anstalt fanden sich die durch die Feuchtigkeit im Souterrain entstandenen Schäden, wie natürlich, noch nicht gehoben, da die Wirkung des angelegten Isolircanals erst im Verlaufe einiger Jahre zu erwarten ist. Zur Bereitung des Warmwassers in den Baderstuben waren zwei Warmwasserbereiter aufgestellt, mit der Anlage des Isolircanals eine Oberableitung alles Tagewassers verbunden, so daß von den von dem Geheimen Ministerialrath Effe bei dem letzten Besuche der Anstalt monirten Ausstellungen nur noch die Beseitigung der Schlinggruben erübrigt.

Letztere ist bereits in Aussicht genommen bei gleichzeitiger Anlegung einer cementirten Rothgrube für die Aborte in Verbindung mit den vorhandenen Waterclosets.

Der Anstalts-Director Dr. Birnbaum konnte schon jetzt constatiren, daß die Gesundheitsverhältnisse in der Anstalt, die früher häufiger zu Klagen Anlaß gegeben, sich in letzter Zeit gebessert hätten.

Die Anstalts-Rechnungen für die Jahre 1870, 1871 und 1872 werden dem Provinzial-Landtage zur Decharge vorgelegt werden.

Dieselben ergeben folgende Schlußresultate in

	Einnahme:			Ausgabe:			Bestand:		
	Thlr.	Sgr.	Pfg.	Thlr.	Sgr.	Pfg.	Thlr.	Sgr.	Pfg.
1870 . .	18,639	1	5	17,035	4	3	1603	27	2
1871 . .	16,197	11	2	13,801	14	—	2395	27	2
1872 . .	20,436	4	8	15,144	9	8	5291	25	—

Der Final-Abschluß pro 1873 weist für dieses Jahr die folgenden Zahlen nach:

	Einnahme.			Ausgabe.			Bestand.		
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
1873 . .	20,865	22	9	15,035	16	2	5,830	6	7

Außerdem besitzt die Anstalt ein baares Depositum von 1790 Thln. bei der Provinzial-Hilfskasse, allerdings auch die zum Zwecke des Baues nach unserm bezüglichem Referate aufgenommene Schuld von 14,400 Thln., welche indessen noch nicht ganz erhoben und verwendet ist.

Ueber diesen extraordinären Neubaufonds wird ein besonderes Conto geführt und besondere Baurechnung gelegt, welche Ihnen in Ihrer nächsten Session vorgelegt werden wird.

Für die Verwaltungsperiode 1874/76 wird dem Hohen Landtage ein neuer Etat mit Motiven, welche die nöthigen Erläuterungen ergeben, vorgelegt.

## VI. Rheinische Provinzial-Blinden-Anstalt zu Düren.

Unterm 25. August 1873 haben des Kaisers und Königs Majestät das vom XXI. Rheinischen Provinzial-Landtage berathene Reglement wegen der Ueberleitung der Rheinischen Provinzial-Blinden-Anstalt in Düren in die provinzialständische Verwaltung in der anliegenden Fassung zu genehmigen geruht.

Das Reglement enthält einige Abänderungen gegen den in der Sitzung des Provinzial-Landtages vom 21. September 1872 beschlossenen Wortlaut, bezüglich deren Entstehung wir zunächst Folgendes vorausschicken:

Nach einer Mittheilung des Herrn Ober-Präsidenten vom 12. April 1873 ist das von dem Hohen Landtage beschlossene Reglement über die Leitung und Verwaltung der Provinzial-Blinden-Anstalt zu Düren nachträglich noch dem Königl. Provinzial-Schulcollegium zu Coblenz, „welches in dieser Angelegenheit noch nicht vernommen worden sei,“ zur Aeußerung zugefertigt worden, da nach §. 18 der für jene Anstalt damals noch gültigen Statuten, Abänderungen der Statuten der Zustimmung des Königl. Provinzial-Schulcollegiums bedurften.

In Folge des hierauf von dem Provinzial-Schulcollegiums erstatteten Berichtes haben die Herren Minister des Innern und der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten den Herrn Ober-Präsidenten beauftragt, den Provinzial-Verwaltungsrath unter Mittheilung der von dem Königl. Provinzial-Schulcollegium erhobenen Bedenken zu ersuchen, mit demselben wegen einer entsprechenden Abänderung des Reglements in Verbindung zu treten.

In der Sitzung des Provinzial-Verwaltungsraths vom 30. Mai pr., welcher ein Vertreter des Königl. Provinzial-Schulcollegiums beigewohnt hat, ist eine Verständigung erzielt worden, wobei den Bedenken des Provinzial-Schulcollegiums, soweit dieselben dieselben die Bestimmungen bezüglich der Ertheilung des Religions-Unterrichts in der Anstalt (§. 7 des Regl.), die ausdrückliche Wahrung des Characters der Anstalt als Simultananstalt (§. 8 *ibid.*) die Mitwirkung des Provinzial-Schulcollegiums in Anstalts-Angelegenheiten (§. 11 *ibid.*) zum Gegenstande hatten, durch Aenderung der bezüglichen Bestimmungen Rechnung getragen wird.

Der Provinzial-Verwaltungsrath hat geglaubt, bei Zustimmung zu den vorgenommenen Aenderungen im Sinne des Provinzial-Landtages gehandelt zu haben und gab diese Annahme dem Herrn Ober-Präsidenten mit dem Anheimstellen zu erkennen, die Genehmigung des veränderten Entwurfs bei den Herren Ressortministern zu beantragen, da die baldige Uebernahme der Anstalt in die provinzialständische Verwaltung als wünschenswerth bezeichnet werden mußte, weil die Anstalt einer Erweiterung dringend bedürfe, weil hierzu mit Rücksicht auf den gefaßten Beschluß des Aufbaues der neuen Provinzial-Irren-Anstalt für den Regierungsbezirk Aachen auf dem bei Düren vorhandenen, durch Ankauf zu erweiternden Terrain, die Erwerbung des bereits vorhandenen Flügels des Irrenanstalts-Gebäudes für die Blindenanstalt angeregt worden und der Fortführung der Verhandlungen der bereits erfolgte Uebergang der Blindenanstalt in die ständische Verwaltung nur förderlich sein würde.

Nach diesen Vorbemerkungen über das Zustandekommen des Ihnen hiermit vorgelegten veränderten Reglements bitten wir hierdurch um die nachträgliche Genehmigung des hohen Landtages. Der Uebergang der Anstalt in die provinzialständische Verwaltung hat am 4. November pr. unter Aufnahme eines Protokolls durch Kommissare des Provinzial-Verwaltungsraths stattgefunden.

Bei der Uebernahme der Anstalt waren in derselben 67 blinde Zöglinge vorhanden. Ueber die Verwaltungsergebnisse bis zum 1. November 1873 hat der Direktor Mecker einen besonderen Bericht erstattet, der sich gedruckt in den Händen des Provinzial-Landtages befindet. Die Angaben in demselben über die Rechnungs-Resultate der Anstalt pro 1871 und 1872 sind nicht genau, angeblich weil dem Direktor bei der Bericht-Erstattung nicht das vollständige Rechnungs-Material zur Verfügung stand, auch in den bezüglichen Zahlangaben augenscheinlich unberichtigt gebliebene Druckfehler untergelaufen sind. Die richtigen Zahlenangaben folgen weiter unten.

Die frühere besondere Anstaltskasse ist mit der ständischen Centralkasse vereinigt worden,



welche der Anstaltskasse Vorschüsse nach Bedürfniß leistet. Die Verwaltung der Hauskasse führt der Lehrer Hett.

Die neue Regelung des Religions-Unterrichtes ist nach den Bestimmungen des Reglements unter Zuziehung des Provinzial-Schulcollegiums erfolgt; ebenso ist bei Mitconcurrentz desselben ein neuer Stundenplan pro 1874 entworfen und festgestellt worden.

Für die Speisung und Verpflegung der Zöglinge ist die Aufstellung eines Speise-Etats veranlaßt, ferner schon pro 1874 die Vergebung der Lieferung der in der Anstalt erforderlichen Victualien und Lebensbedürfnisse, ebenso wie bei den übrigen Provinzial-Anstalten auf dem Wege öffentlicher Submission erfolgt.

Das Bedürfniß nach einer Erweiterung der Anstalt macht sich dringend geltend. Die Blindenanstalt war bisher ein Product freiwilliger und humaner Bestrebungen. Mit dem Uebergange in die provinzialständische Verwaltung erscheint es geboten, ihre Zwecke dem §. 1 des Reglements entsprechend in ihrem ganzen Umfange zu verwirklichen und die sämtlichen bildungsfähigen Blinden der Rheinprovinz zu erziehen und durch Schulunterricht, sowie durch Aneignung von Geschicklichkeiten zu nützlichen Gliedern des Staats zu bilden.

Die Anstalt hat zur Erfüllung dieses Zweckes, abgesehen davon, daß sie die Mittel dazu nicht besaß, auch in den Raumverhältnissen nicht ausgereicht. Um dem Bedürfnisse in der Provinz zu entsprechen, muß die Aufnahme von 80—100 Zöglingen nach den früheren Ermittlungen der Anstalts-Direction (die Ermittlung der bildungsfähigen Personen in der Gegenwart ist veranlaßt, aber nicht beendet) sei es durch Erweiterung, sei es durch die schon ange deutete Verlegung in das schon vorhandene Irrenanstaltsgebäude, worüber besondere Vorlage erfolgt, ermöglicht werden.

Der dem Provinzial-Landtage vorgelegte Etats-Entwurf, welcher auch nähere Auskunft über das zur Zeit vorhandene Vermögen der Anstalt in Capitalien und Staatspapieren gibt, hat schon eine entsprechende Erweiterung der Anstalt in Aussicht genommen. Der Provinzial-Verwaltungsrath ist dabei der Ansicht, daß die Blindenpflege in der Provinz, wie sie jetzt angestrebt wird, als eine gemeinsame Last der Provinz wird erachtet werden müssen, so daß die erforderlichen Zuschüsse, welche bisher von den Ständen aus dem Zinsgewinne der Provinzial-Hülfskasse bewilligt worden sind, von jetzt ab nach Maßgabe der aufkommenden direkten Steuern auf die Gemeinden der Provinz umzulegen sind. Der Provinzial-Verwaltungsrath bittet um Zustimmung zu diesem Vorhaben.

Die Rechnungen der Provinzial-Blinden-Anstalt pro 1870, 1871 und 1872, welche vom Königl. Provinzial-Schulcollegium als berichtet angenommen resp. dechargirt worden sind, werden Ihnen besonders vorgelegt werden.

Dieselben weisen folgende Gesamt-Resultate nach:

	Einnahme.	Ausgabe.	Bestand.
1870 . . .	9687. 7. 6.	9303. 5. 2.	384. 2. 4.
1871 . . .	12,066. 7. 3.	10,284. 7. 11.	1781. 29. 4.
1872 . . .	15,224. 28. 4.	15,088. 18. —.	136. 10. 4.
Nach dem vorliegenden Final-Abschlusse des vergangenen Jahres ergibt sich pro			
1873 . . .	10,986. 16. 3.	12,808. 23. 8.	1822. 7. 5.
			Voransch.

Die Deckung dieses Deficits ist in dem vorgelegten Etats-Entwurfe pro 1874/76 besonders vorgesehen.



Der Provinzial-Verwaltungsrath erwähnt hier noch gern, daß die verstorbene Frau Majer Richard geb. Finken zu Aachen durch Testament vom 2. September pr. der Blindenanstalt zu Düren ein Legat von 200 Thlr. vermacht hat, welches unter Anerkennung des guten Zweckes mit pflichtschuldigem Danke acceptirt worden ist.

## VII. Rheinische Provinzial-Hülfskasse und Rheinischer Meliorationsfonds.

Durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 15. Januar 1873 ist dem vom XXI. Rheinischen Provinzial-Landtage berathenen und angenommenen Reglements-Entwurfe, betreffend den Uebergang der Rheinischen Provinzial-Hülfs-Kasse in die ständische Verwaltung und durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 4. November 1872 dem in gleicher Weise zu Stände gekommenen Reglement betreffend den Uebergang des Meliorationsfonds für die Rheinprovinz in die ständische Verwaltung die Allerhöchste Genehmigung zu Theil geworden. Die beiden Institute sind in dem von dem Königl. Ober-Präsidenten festgestellten Uebergangstermin vom 1. März v. J. in die obere Leitung und Verwaltung des Provinzial-Verwaltungs-Raths übernommen.

Nach Art. 2 des Reglements ist für die unmittelbare Verwaltung der Provinzial-Hülfs-Kasse und der mit ihr vereinigten Fonds in Gemäßheit des §. 6 des Regulativs vom 27. September 1871 (Ges.-S. S. 469) vom Provinzial-Verwaltungs-Rathe eine Kommission von 3 Mitgliedern und einer gleichen Anzahl von Stellvertretern unter der bisherigen Bezeichnung „Direction der Rheinischen Provinzial-Hülfs-Kasse“ bestellt worden, die zur Zeit zusammengesetzt ist, wie folgt:

### a. Mitglieder:

Lettow, Königl. Regierungsrath zu Köln, zugleich Syndicus und Vorsitzender;  
 Freiherr v. Leykam, Mitglied des Provinzial-Verwaltungs-Raths, Oberbürgermeister  
 Becker, Mitglied des Provinzial-Verwaltungs-Raths.

### b. Stellvertreter:

Die Mitglieder des Provinzial-Verwaltungs-Raths:

Stadtverordneter Horst zu Köln, zugleich speziell Vertreter des Herrn Regierungsraths Lettow in Verhinderungsfällen;

Advocat-Anwalt Bremig, Graf Beyfel.

Die Direction hat sich im Uebernahmetermin vom 1. März 1873 constituirt und Seitens des Provinzial-Verwaltungs-Raths die angeschlossene Geschäftsinstruction vom 15. März 1873 erhalten.

Ueber die Verwaltungskosten der Direction, über das derselben beigegebene, zum Geschäftsbetriebe erforderliche Subalternbeamten-Perjonal und dessen Remunerirung wird Ihnen eine besondere Vorlage gemacht werden, die den bisher fehlenden Etat der Provinzial-Hülfs-Kasse ersetzen soll.

Ebenso wird Ihnen bezüglich der Ausdehnung der Befugnisse der Provinzial-Hülfs-Kasse zur zinsbaren Hinterlegung von Geldern bei der Kölner Privatbank und dem A. Schaaffhausen'schen Bankvereine eine besondere Vorlage mit Motiven zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Soweit der Umfang der Geschäfte einen öfteren Zusammentritt der Direction der Provinzial-Hülfs-Kasse nicht erfordert, tritt dieselbe in regelmäßigen Sitzungen am ersten Dienstage der Monate März, Juni, September und Dezember zusammen.

Ueber die Verwaltungs-Resultate der Jahre 1871, 1872 und 1873 ergeben die nachstehenden Zahlenangaben nähere Auskunft. Die Angaben des letzteren Jahres stützen sich auf den Final-Abschluß pro 1873, da die Rechnung dieses Jahres noch nicht gelegt ist.

#### Depositen.

Der Bestand betrug am Schlusse des Jahres 1870 . . . 1,473,697 Thlr. 17 Sgr. es sind neu hinterlegt

1871 . . .	438,861 Thlr.
1872 . . .	894,805 "
1873 . . .	747,098 "
in Summa	<u>2,080,764 Thlr.</u>

dagegen zurückgezogen

1871 . .	467,950 Thlr. 17 Sgr.
1872 . .	371,902 " — "
1873 . .	<u>445,720 " — "</u>

in Summa 1,285,572 Thlr. 17 Sgr.

mithin ist Mehr-Einnahme 795,191 Thlr. 13 Sgr.

und am Schlusse des Jahres 1873 ein Bestand verblieben von . . . 2,268,889 Thlr. — Sgr.

Unter den verzinsten Depositen waren auf Jahreskündigung hinterlegt

1871 von der Gesamt-Summe ad 1,912,558 Thlr. 1,123,661 Thlr. oder 58,8%, darunter 291,760 Thlr. nach dem zur Zeit der Hinterlegung in Geltung gewesenen Zinssatze à 3½%.

1872 desgl. ad 2,339,413 Thlr. 1,399,818 Thlr. oder 59,8%, darunter wie vor zu 3½% 99,510 Thlr.

1873 desgl. ad 2,714,609 Thlr. 1,674,018 Thlr. oder 61,7%, darunter wie vor 84,110 Thlr.

Im Jahre 1873 war sonach gegen 1871 an auf Jahreskündigung hinterlegten Depositen ein Zugang von 2,9%.

Von fraglichen Depositen waren Eigenthum der Sparkassen

1871 169,700 Thlr. oder 8,9%, worunter 1600 Thlr. aus dem vorerwähnten Grunde zu 3½% verzinslich.

1872 335,720 Thlr. oder 14,4%.

1873 466,720 " oder 17,2%, gegen das Jahr 1871 ein Zugang von 8,3%.

#### Darlehen.

Auf die bis zum Schlusse des Jahres 1870 bewilligten Darlehen zur Summe von 1,134,545 Thlr. sind zurückgezahlt worden

1871 . . .	231,249 Thlr. 20 Sgr.
1872 . . .	345,364 " 10 "
1873 . . .	256,024 " — "
in Summa	<u>832,638 Thlr. — Sgr.</u>

neu bewilligt wurden.

1871 . . .	473,368 Thlr.
1872 . . .	307,296 "
1873 . . .	268,340 "

in Summa 1,049,004 Thlr.

Latus

1,134,545 Thlr.

	Transport . . . . .	1,134,545 Thlr.
mithin Zugang . . . . .		216,366 "
und Bestand am Schlusse des Jahres 1873 . . . . .		<u>1,350,911 Thlr.</u>

### Zins- resp. Reingewinn.

Der nach Abzug der Verwaltungskosten zur Vertheilung bestimmte Zinsgewinn der Hilfskassa betrug nach dem Durchschnitt der Jahre 1868/1870 . . . 36,243 Thlr. 13 Sgr. 11 Pf.  
dagegen im Jahre 1871 . . . 37,765 Thlr. 9 Sgr. 1 Pf.  
1872 . . . 36,457 " 5 " — "  
1873 . . . 43,531 " 9 " 11 "  
im Durchschnitt der 3 Jahre also . . . . . 39,251 Thlr. 8 Sgr.

### Verwaltungskosten.

Es wurden verausgabt 1871 . . . . . 3333 Thlr. 11 Sgr. 5 Pf.  
einschließlich 30 Thlr. 9 Sgr. an  
erstatteten Portobetragen 1872 . . . . . 3228 " 5 " 10 "  
desgl. 15 Thlr. 4 Sgr. 1873 . . . . . 2986 " 26 " 1 "  
desgl. 9 " 21 Sgr.

### Prämierungsfonds.

Der Bestand betrug am Schlusse des Jahres 1870 . . . 456 Thlr. 27 Sgr. 5 Pf.  
Vereinnahmt wurden:

1871 a) ein Viertel des Reingewinnes  
der Hilfskassa aus 1870 . . . 8,425 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf.  
b) wegen vorzeitiger Zurückziehung  
prämirteter Einlagen von  
den Sparkassen zurückerstattete  
Beträge . . . . . 512 " 27 " 10 "  
1872 a) wie in 1871 Reingewinn  
Thlr. Sgr. Pf.  
aus 1871 9,441 9 9  
b) wie in 1871 616 6 5  
10,057 Thlr. 16 Sgr. 2 Pf.

18,995 Thlr. 23 Sgr. 9 Pf.

Summa der Einnahme 19,452 Thlr. 21 Sgr. 2 Pf.

### Verausgabt sind

1871 einschließlich von 8 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf. Porto, zur Prämierung von Sparkassen-Interessenten 8,829 Thl. 25 S. 10 Pf.

1872 einschließlich von 8 Thlr. 16 Sgr.

Porto wie vorstehend 10,019 " 13 " 7 "

18,849 Thlr. 9 Sgr. 5 Pf.

der am Schlusse des Jahres 1872 verbliebene Bestand von . . . 603 Thlr. 11 Sgr. 9 Pf.  
ist, da nach §. 17 des durch Allerhöchsten Erlaß vom 15. Januar 1873 genehmigten revidirten Statuts der Rheinischen Provinzial-Hilfskassa den Sparkassen ein Antheil an dem Zinsgewinne der



Hilfskasse vom 1. Januar 1873 ab nicht mehr zusteht, an den Fonds zur Verfügung der Provinzial-Stände abgeführt worden.

### Fonds zur Verfügung der Provinzial-Stände.

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Fonds während der Verwaltungs-Periode 1871/1873 sind durch die hier beigefügten Rechnungsauszüge nachgewiesen.

Es wurden hiernach gezahlt:

#### I. An einmaligen Bewilligungen.

1. Provinzial-Irren-Heilanstalt zu Siegburg:			
a) zur Bildung eines Reserve-Fonds von der früher für den Neubau zur Unterbringung tobsüchtiger Frauen bewilligten Summe ad 14,000 Thlr.	5,800	—	—
b) zur Erbanung eines Schornsteins	149	26	2
2. Der Provinzial-Blindenanstalt zu Düren:			
a) Zuschuß zur Anlage einer Wasserleitung	300	—	—
b) zum Neubau einer Scheune für den Lehrer	1,025	—	—
3. Der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Bramweiler, Zuschuß zur Restauration der dortigen Kirche	5,000	—	—
4. Der Ackerbauerschule zu Cleve, Zuschuß	2,000	—	—
5. Für den Bau der Taubstummenschulen in Brühl und Kempen auf die bewilligte Summe von 25,000 Thlr.	10,957	6	6
6. Der Badegesellschaft Neuenahr, Beihilfe zum Bau einer Brücke über die Ahr	3,000	—	—
7. Der Wiesengenossenschaft des unteren Wambachthales, eine Beihilfe von	150	—	—
8. Der Provinzial-Blindenanstalt zu Düren, Pension des Lehrers Hensgen	360	—	—
9. Dem Verein von Alterthumsfreunden im Rheinlande, zur Erwerbung rheinischer Denkmäler für das Museum	800	—	—
10. Dem Buchhändler Hölcher in Coblenz für die Herstellung des dritten Bandes des mittelhheinischen Urkundenbuches	400	—	—
11. Zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Herrn Ober-Präsidenten der Rheinprovinz von Pommer-Esche in Coblenz	3,843	28	6
zusammen	33,786	1	2

#### II. An wiederkehrenden Bewilligungen.

1. Für Archivzwecke und zwar:			
a) Zur Verbesserung der Gehälter der Provinzial-Archivare und ihren Gehülfen	2,330	—	—
b. zur Vervollständigung der Archiv-Bibliothek	600	—	—
2. Der Provinzial-Blindenanstalt zu Düren			
a) nachträglicher Zuschuß pro 1870	800	—	—
b) Zuschuß pro 1871, 1872 und 1873	17,960	—	—
3. den 4 Seminar-Taubstumm-Anstalten der Rheinprovinz	12,120	—	—
Latus	33,810	—	—

	Transport	33,810	—	—
4. den Taubstummen-Anstalten zu Cöln und Aachen		6,750	—	—
5. dem landwirthschaftlichen Verein für Rheinpreußen zur Beförderung der Seidenzucht		1,100	—	—
	zusammen	41,660	—	—
mit den vorstehend unter I aufgeführten einmaligen Unterstützungen ad		33,786	1	2
	im Ganzen	75,446	1	2

Bewilligt aber noch nicht abgehoben sind:

		Thlr.	Sgr.	Pf.
1. der Gemeinde Martinstein zum Bau einer Brücke		1,000	—	—
2. " " Waldbreitbach dsgl.		1,000	—	—
3. der Provinzial-Irrenheil-Anstalt zu Siegburg, Rest der zur Bildung eines Reservefonds bewilligten Summe ad 14000 Thlr.		8,200	—	—
4. für den Bau der Taubstummen-Schulen in Bühl und Kempen, Rest der bewilligten Summe ad 25,000 Thlr.		14,042	23	6
	Summa	24,242	23	6

#### Rheinischer Meliorationsfonds.

Der Bestand dieses Fonds am Schlusse des Jahres 1870 betrug einschließlich der Schuldverschreibungen für Darlehne ad 124,318 Thlr. 15 Sgr. 132,461 Thlr. 18 Sgr. 5 Pfg. an Zinsen sind für die Jahre 1871/73 vereinnahmt . . . 9,021 " 8 " 7 "

daher Bestand . . . 141,482 Thlr. 27 Sgr. — Pfg.

inschließlich der Schuldverschreibungen von 131,148 Thlr. Bis zum Schlusse des Jahres 1870 waren seit dem Bestehen des in Rede stehenden Fonds überhaupt bewilligt 104 Darlehne zur Summe von . . . 175,972 Thlr.

in den Jahren 1871/73 sind hinzutreten 16 Darlehne zur Summe von . . . 26,020 "

es sind daher bis zum Schlusse des Jahres 1873 120 Darlehne von in Summe 201,992 Thlr. verausgabt worden.

Davon sind gezahlt:

an Meliorations-Genossenschaften und Wiesenverbände 15 Darlehne zur Summe von 38,250 Thlr.  
an Privatpersonen . . . 4 " " " " 4050 "  
und der Rest an Gemeinden.

Nach den einzelnen Regierungs-Bezirken vertheilen sich die bewilligten Darlehne, wie folgt:

Aachen	. . . 19 Darlehne ad	28,720 Thlr.
Coblenz	. . . 63 " "	75,752 "
Cöln	. . . 10 " "	40,450 "
Düsseldorf	. . . 11 " "	36,400 "
Trier	. . . 17 " "	20,670 "

#### Reserve-Fonds.

Derselbe hatte nach dem Verwaltungsberichte der Hilfskasse für die Jahre 1868/70 einen Bestand von . . . 151,446 Thlr. 4 Sgr. 8 Pfg.

Latus 151,446 Thlr. 4 Sgr. 8 Pfg.

	Transport	151,446 Thlr.	4 Sgr.	8 Pfg.
Demselben ist zugetreten 1872 ein Viertel des Reinertrages aus 1871 mit . . . . .				
		9441	" 9	" 9 "
1873 desgl. aus 1872 . . . . .				
		9114	" 8	" 9 "

Der Fonds ist hiernach bis zum Schlusse des Jahres 1873 auf die Summe von . . . . . 170,001 Thlr. 23 Sgr. 2 Pfg. angewachsen.

Der Reingewinn aus dem Jahre 1870 ist bereits in dem Verwaltungsberichte für die Jahre 1868/70 mit 8425 Thlrn. 9 Sgr. 8 Pfg. in Berechnung gekommen.

**Jahres-Rechnungen.**

Die Rechnungen der Hilfskasse und der von derselben verwalteten Nebenfonds sind bis zum Jahre 1869 einschließlich dechargirt; die desfalligen Rechnungen für die Jahre 1870, 1871 und 1872 werden zur Decharge vorgelegt werden.

Der augenblickliche Stand über die einzelnen Fonds der Hilfskasse ergibt sich aus der beigefügten Bilanz vom 31. März 1874.



## Rechnungs-Auszug

über den Fonds zur Verfügung der Provinzialstände pro 1871, 1872 und 1873.

### Rechnungs-Jahr 1871.

Nro.	E i n n a h m e.	Betrag.			incl. Staats- u. Eisenbahn- Obli- gationen.
		Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.
1	Bestand aus 1870 . . . . .	61449	28	7	54800
2	Antheil an dem Zinsgewinne der Rheinischen Provinzial-Hilfskasse aus 1870	16850	19	5	
3	Erlös aus Zinscoupons von Staatsschuldscheinen und Eisenbahn-Obligationen	2015			
4	Erfstattungen der für den Fonds behufs Reorganisation der Irren-Heilanstalten der Rheinprovinz in 1870 und 1871 vorgelegten Beträge . . . . .	15571		11	
	Summa der Einnahme . . . . .	95886	18	11	54800
	ab die Ausgaben . . . . .	28086	25	2	
	bleibt Bestand 1871 . . . . .	67799	23	9	54800
<b>A u s g a b e.</b>					
1	Zur Verbesserung der Gehälter der Provinzial-Archivare und ihrer Gehilfen . . . . .	805			
2	Zur Vervollständigung der Archiv-Bibliothek . . . . .	200			
3	Der Provinzial-Blindenanstalt zu Düren nachträglicher Zuschuß pro 1870 . . . . .	500			
4	Derselben Zuschuß pro 1871 . . . . .	5500			
5	Derselben auf die Erhöhung des Zuschusses von 5500 Thln. auf 5800 Thln. pro 1870/71 . . . . .	600			
6	Den 4 Seminar-Taubstumm-Anstalten der Rheinprovinz . . . . .	4040			
7	Den Taubstumm-Anstalten zu Köln und Aachen . . . . .	2250			
8	Dem landwirthschaftlichen Verein für Rheinpreußen zur Beförderung der Seidenzucht . . . . .	600			
9	Der Provinzial-Irren-Heilanstalt zu Siegburg zur Bildung eines Reservefonds von der früher für den Neubau zur Unterbringung tobsüchtiger Frauen bewilligten Summe ad 14000 Thlr. den Betrag von . . . . .	5800			
10	Derselben zur Erbauung eines Schornsteins . . . . .	149	26	2	
11	Der Bade-Gesellschaft Neuenahr Beihilfe zum Bau einer Brücke über die Ahr . . . . .	3000			
12	Der Provinzial-Blindenanstalt zu Düren Zuschuß zur Anlage einer Wasserleitung . . . . .	300			
13	Derselben zum Neubau einer Scheune für die Lehrerverohnung . . . . .	1025			
14	Der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Braunweiler Zuschuß zur Restauration der dortigen Kirche . . . . .	1636	20		
15	Der Ackerbauschule zu Cleve Zuschuß . . . . .	1000			
16	Der Wiesengenossenschaft des untern Wambachthales eine Beihilfe von . . . . .	150			
17	Dem Controleur beim ständischen Finanz-Ausschusse behufs Erbauung von Irren-Anstalten in der Rheinprovinz, Regierungs-Secretär Wichert, vorschußweise gezahlte und wieder vereinnahmte Remuneration pro 1871 . . . . .	500			
18	Porto . . . . .	—		9	
	Summa . . . . .	28086	25	2	

## Rechnungs-Jahr 1872.

Nro.	Einnahme.	Betrag.		incl.
		Zhfr.	Sgr. Pr.	Staats- u. Eisenbahn-Obligationen. Zhfr.
1	Bestand aus 1871 . . . . .	67799	23 9	54800
2	Antheil an dem Zinsgewinne der Rheinischen Provinzial-Hülfskasse aus 1871 . . . . .	18882	19 7	
3	Erlös aus Zins-Coupons von Staatsschuld-scheinen und Eisenbahn-Obligationen . . . . .	2015	— —	
4	Valuta einer ausgelosten Oberschlesischen Eisenbahn-Prioritäts-Obligation über 100 Zhfr. Lit. E., Nro. 12092 . . . . .	100	— —	
	Summa der Einnahme . . . . .	88797	13 4	54800
	ab die Ausgabe . . . . .	22427	15 —	100
	bleibt Bestand ult. 1872 . . . . .	66369	28 4	54700
<b>Ausgabe.</b>				
1	Zur Verbesserung der Gehälter der Provinzial-Archivare und ihrer Gehilfen . . . . .	766	20 —	
2	Zur Vervollständigung der Archiv-Bibliothek . . . . .	200	— —	
3	Der Provinzial-Blindenanstalt in Dären, Zuschuß pro 1872 . . . . .	5800	— —	
4	Derselben Pension des Lehrers Hensgen . . . . .	360	— —	
5	Den 4 Seminar-Taubstummen-Anstalten der Rheinprovinz . . . . .	4040	— —	
6	Den Taubstummen-Anstalten zu Köln und Aachen . . . . .	2250	— —	
7	Dem landwirthschaftlichen Verein für Rheinpreußen, zur Beförderung der Seidenzucht . . . . .	300	— —	
8	Der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Brauweiler, Zuschuß zur Restauration der dortigen Kirche . . . . .	1666	20 —	
9	Der Ackerbau-Schule zu Cleve Zuschuß . . . . .	1000	— —	
10	Dem Verein von Alterthumsfreunden im Rheinlande zur Erwerbung rheinischer Denkmäler für das Museum . . . . .	800	— —	
11	Für den Bau der Taubstummenschule in Brühl von der für diesen, sowie für den Bau der Taubstummenschule in Kempen bewilligten Summe ad 25000 Thaler . . . . .	5144	— —	
12	Porto . . . . .	—	5 —	
13	An die General-Direction der Seehandlungs-Societät in Berlin die ausgeloste Oberschlesische Eisenbahn-Prioritäts-Obligation über 100 Zhfr. Lit. E., Nro. 12092 . . . . .	100	— —	100
	Summa . . . . .	22427	15 —	100

## Rechnungs-Jahr 1873.

Nro.	Einnahme.	Betrag.		incl.
		Thlr.	Sgr. Pf.	Staats- u. Eisenbahn-Obligationen. Thlr.
1	Bestand aus 1872 . . . . .	66369	28 4	54700
2	Antheil an dem Zinsgewinne der Rheinischen Provinzial-Hilfskasse aus 1872 . . . . .	27342	26 3	
3	Erlös aus Zinscoupons von Staatsschuldsscheinen und Eisenbahn-Obligationen . . . . .	2009	15 —	
4	Baluta einer ausgelosten Köln-Mindener Eisenbahn-Obligation über 100 Thlr. Lit. A., Nro. 22658 . . . . .	100	— —	
5	Bestand des aufgelosten Prämien-Fonds für Sparcassen-Interessenten . . . . .	671	4 3	
	Summa der Einnahme . . . . .	96493	13 10	54700
	ab die Ausgabe . . . . .	33072	6 5	100
	bleibt Bestand ult. 1873 . . . . .	63421	7 5	54600
<b>Ausgabe.</b>				
1	Zur Verbesserung der Gehälter der Provinzial-Archivare und ihrer Gehilfen . . . . .	758	10 —	
2	Zur Vervollständigung der Archiv-Bibliothek . . . . .	200	— —	
3	Der Provinzial-Blindenanstalt in Düren, Zuschuß pro 1873 . . . . .	6360	— —	
4	Den 4 Seminar-Taubstummen-Anstalten der Rheinprovinz . . . . .	4040	— —	
5	Den Taubstummen-Anstalten zu Köln und Aachen . . . . .	2250	— —	
6	Dem landwirthschaftlichen Verein für Rheinpreußen zur Beförderung der Seidenzucht . . . . .	200	— —	
7	Der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Branweiler, Zuschuß zur Restauration der dortigen Kirche . . . . .	1666	20 —	
8	Für den Bau der Taubstummen-Schule in Brühl . . . . .	4189	5 3	
9	Für den Bau der Taubstummen-Schule in Kempen . . . . .	1624	1 3	
10	Dem Buchhändler Höltscher in Coblenz für die Herstellung des 3. Bandes des mittelhheinischen Urkundenbuchs . . . . .	400	— —	
11	Zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz, von Pommer-Esche in Coblenz, an den Hofbildhauer Willi r. . . . .	3843	28 6	
12	Der provinzialständischen Centralkasse, Erstattung der voranschüssweise gezahlten Kosten der provinzialständischen Central-Verwaltung pro 1872 . . . . .	7440	1 5	
13	An die Köln-Mindener Eisenbahn-Direction die ausgeloste Obligation über 100 Thlr. Lit. A., Nro. 22,658 . . . . .	100	— —	100
	Summa . . . . .	33072	6 5	100

# Bilanz

der

Rheinischen Provinzial-Hülfskasse vom 31. März 1874.

Activa.		Thlr.	Sgr.	Pf.	Passiva.		Thlr.	Sgr.	Pf.
1	Baarer Geldbestand . . . . .	75071	15	3	1	Depositen auf Kündigung . . . . .	2333734	—	—
2	Staatspapiere zc.				2	Guthaben des Fonds zur Verfügung der Provinzialstände . . . . .	60107	27	5
	a. 3½% Staatsschuldscheine . . . . .	307075			3	Guthaben des Rheinischen Meliorations-Fonds . . . . .	140482	27	—
	b. 4½% consolidirte Staatsanleihe . . . . .	344900			4	Affervate . . . . .	6800	—	—
	c. Bergisch-Märkische Eisenbahn-Obligationen à 3½% . . . . .	122700				incl. 4100 Thlr. in Staatspapieren,			
	d. Köln-Mindener Eisenbahn-Obligationen à 4% . . . . .	46500				2700 „ Rheinprovinz-Obligationen,			
	e. Rheinische Eisenbahn-Obligationen à 5% . . . . .	215000				„ 6800 Thlr. Cautionen der Beamten.			
	f. Oberschlef. Eisenbahn-Obligationen à 3½% . . . . .	62400							
	g. Rhein-Rahe Eisenbahn-Obligationen à 4½% . . . . .	10000							
	h. Rheinprovinz-Obligationen à 4½% . . . . .	172200							
	i. Posener Rentenbriefe à 4% . . . . .	39500							
	k. Kur- und Neumärkische Rentenbriefe à 4% . . . . .	20000							
	l. Schlefische Rentenbriefe à 4% . . . . .	21000							
3	Forderungen an Gemeinden, Corporationen zc. . . . .	1543957	8	10					
4	Desgleichen zu Gunsten des Rheinischen Meliorations-Fonds . . . . .	132148							
5	Guthaben bei der Bank zc. . . . .	50000							
6	Vorschüsse . . . . .	9	9	6					



Die vorstehenden Zahlenangaben zeigen, daß sich der Geschäftsverkehr bei der Provinzial-Hilfskasse in den drei letzten Jahren sowohl in Bezug auf den Darlehens-, als auch in Bezug auf den Depositen-Verkehr merklich gehoben hat.

Die Summe der eingezahlten Depositen war so bedeutend, daß sie den Bedarf für den Darlehensverkehr weit überschritt, weshalb die Direction unter Berücksichtigung der für den Geschäftsverkehr bereit zu haltenden Mittel sehr bedeutende Beträge zum Ankaufe zinstragender Papiere verwendet hat. In Folge dessen beträgt der Zugang an Staats- und Eisenbahnpapieren gegen den Bestand des Jahres 1870 ad . . . . . 684,575 Thlr.  
bis zum Schlusse des Jahres 1873 . . . . . 615,300 "  
der Bestand also Ende 1873 . . . . . 1,299,875 Thlr.  
einschließlich 169,500 Thlr. Obligationen der Rheinprovinz.

Den Darlehensnehmern ist mit Rücksicht auf den derzeitigen Stand des Geldmarktes vom Jahre 1872 ab dadurch eine Erleichterung gewährt, daß bei Darlehen, welche in ungetrennter Summe den Betrag von 10,000 Thlrn. übersteigen, die Herabsetzung des sonst üblichen Zinssatzes von 5 % auf 4 $\frac{1}{2}$  % für zulässig erachtet worden ist.

## VIII. Rheinische Provinzial-Feuer-Societät.

Die obere Leitung und Verwaltung der Rheinischen Provinzial-Feuer-Societät ist zufolge des unterm 6. Januar 1873 Allerhöchst genehmigten sechsten Nachtrages zu dem revidirten Reglement für die Provinzial-Feuer-Societät der Rheinprovinz vom 1. September 1852 auf den Provinzial-Verwaltungsrath und seine Organe zufolge der Bestimmung des Herrn Ober-Präsidenten in Gemäßheit des Artikel 4 dieses Nachtrages am 1. Februar 1873 übergegangen. Die Directorstelle ist dem Beschlusse der letzten Versammlung des Provinzial-Landtages gemäß bis jetzt unbesetzt geblieben. Die eingegangenen Meldungen für die Stelle werden dem Landtage zur Bornahme der Wahl vorgelegt werden. Entsprechend der in dem Nachtrage, hinsichtlich der Kassenverwaltung der Feuer-Societät getroffenen Bestimmung ist die Kasse der Societät aus den Händen des bisherigen Rendanten in diejenige des ständischen Central-Kassen-Rendanten übergegangen.

Nachdem aber der XXI. Rheinische Provinzial-Landtag die Annahme des vorgeschlagenen Landesdirectors abgelehnt, und die Wiederbesetzung der erledigten Directorstelle der Provinzial-Feuer-Societät beschlossen hat, nachdem ferner der Sitz der provincialständischen Central-Verwaltungsbehörde von Coblenz nach Düsseldorf verlegt worden ist, während die Provinzial-Feuer-Societäts-Direction unverändert ihren Amtssitz in Coblenz behalten hat, erscheint es geschäftlich sehr zweckmäßig, der Direction in Coblenz auch wieder einen besonderen Kassen-Rendanten zu geben, zumal die Ausdehnung und Wichtigkeit der Kassengeschäfte an sich eine solche Maßnahme gerechtfertigt erscheinen läßt.

Ueber die hiernach gebotene Veränderung der bezüglichlichen Bestimmungen des Reglements, über die Führung der Societäts-Kasse sowie über die Beseitigung der in den §§. 56, 58 und 62 des Feuer-Societäts-Reglements ausgesprochenen Zwangspflicht zum Wiederaufbau abgebrannter Gebäude, sofern deren Hypotheken-Freiheit nachgewiesen ist, und endlich über die Diäten- und Reise-

kosten der Societätsbeamten wird dem Provinzial-Landtage der Entwurf eines VII. Nachtrages zum Reglement zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Ueber das Projekt des Anbaues eines massiven, feuer sichereren Seitenflügels an das vorhandene Societätsgebäude in Coblenz, zur Aufnahme der Kasse, der Baarbestände und der sämtlichen Versicherungs-Kataster wird dem Landtage das Nöthige bei Vorlage des Etats der Feuer-Societät pro 1874/76 vorgelegt werden, in welchem für diese Anlage ein außerordentlicher Credit von 15,000 Thlr beantragt wird.

Die Resultate der Feuer-Societäts-Verwaltung pro 1870, 1871 und 1872 ergibt der gedruckte besondere Verwaltungsbericht der Feuer-Societäts-Direction vom 6. März 1874.

Es ist uns angenehm, diesem Berichte hinzufügen zu können, daß auch die Resultate des Betriebsjahres 1873 nach dem Finalabschlusse recht günstig waren:

An Stelle des Seite 26 des Directionsberichtes gegebenen vorläufigen Rechnungs-Resultates pro 1873 beehren wir uns nachfolgende Resultate des Final-Abschlusses unserer Centralkasse mitzutheilen:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
Die Gesamt-Soll-Einnahme des Jahres 1873 incl. des baaren, nicht angelegten Bestandes ex 1872 und der Einnahme-Reste desselben Jahres beträgt:	814,426	25	3

Hierauf sind wirklich eingegangen:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
Immobilien-Versicherung . . . . .	674,253	14	4
Mobiliaren-Versicherung . . . . .	122,792	20	5
	797,046	4	9

so daß sich ein Einnahme-Rest von 17,380 20 6 ergibt, worunter an Zugängen pro II. Semester 1873, deren Beitreibung selbstverständlich erst im Laufe des Rechnungsjahres 1874 erfolgen kann 15,994 Thlr. 29 Sgr.

	Thlr.	Sgr.	Pf.
Die Gesamt-Soll-Ausgabe des Jahres 1873 incl. der aus dem Jahre 1872 übernommenen Ausgabe-Reste von zusammen 184,792 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf. beträgt:	821,566	6	—

Hierauf ist wirklich ausgegeben:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
Immobilien-Versicherung . . . . .	549,271	21	9
Mobiliaren-Versicherung . . . . .	96,241	18	2
	645,513	9	11

so daß sich ein Ausgabe-Rest von 176,052 26 1 ergibt.

Die Vergleichung der Ist-Einnahme pro 1873 mit . . . . .	797,046	4	9
gegen die Ist-Ausgabe mit . . . . .	645,513	9	11

ergibt einen effectiven baaren Ueberschuß von 151,532 24 10

Die Feuer-Societäts-Direction hat zu den bereits vorhandenen Papieren weitere Ankäufe eintreten lassen, so daß sich der eiserne Bestand der Feuer-Societät zur Zeit folgendermaßen zusammengesetzt:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
1. An Hypotheken . . . . .	132,590	—	—
2. Rhein-Nahbahn-Prioritäten im Nominalbetrage von 302,600 Thlr. ange- kauft zu . . . . .	309,101	21	9
3. Bergisch-Märkische Eisenbahn-Prioritäten im Nominalbetrage von 751,500 Thlr. angekauft zu . . . . .	613,406	7	11
4. Berlin-Stettiner dgl. im Nominalbetrage von 58,400 Thlr. angekauft zu . . . . .	58,071	20	10
5. Rheinische desgl. im Nominal-Betrage von 50,000 angekauft zu . . . . .	41,805	16	10
6. Cöln-Mindener desgl. im Nominal-Betrage von 117,100 Thlr. angekauft zu . . . . .	109,154	18	—
Zusammen	1,264,039	25	4

Außer diesem Bestande weist der Final-Abschluß pro 1873 noch folgende

Bestände nach:

a) in Vorschußbelägen . . . . .	461	8	2
b) beim A. Schaafhausen'schen Bankverein . . . . .	20,108	4	1
c) bei den einzelnen Regierungshauptkassen . . . . .	11,452	27	1

ergibt Gesamtbestand 1,296,062 4 8

allerdings aber auch den schon vorberechneten Ausgabe-Rest von . . . . . 176,052 26 1

Der vorstehend auf 1,264,039 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf. nach dem Ankaufspreis berechnete eiserne Bestand ist selbstverständlich stets Schwankungen nach dem wechselnden Tagescourse unterworfen, auch zum Theile nicht sofort im Nennwerthe zu versilbern, z. B. die 88,000 Thlr. Actien auf das Bad Neuenahr.

Gleichwohl hat der Provinzial-Verwaltungsrath sich schon im verflossenen Jahre mit der Prüfung und Erörterung der Frage eingehend beschäftigt, ob die Voraussetzungen des §. 35 des Societäts-Reglements als zutreffend zu erachten seien, welcher nach der ihm in der Allerhöchsten Ordre vom 28. October 1861 gegebenen Fassung lautet:

„Es soll aus den Ueberschüssen an ordentlichen Beiträgen ein eiserner Bestand ange-  
sammelt werden, welcher zunächst als Reservefonds zur Deckung künftiger Ausfälle  
dienen soll. Wenn dieser eiserne Bestand bis zur Höhe des anderthalbmöglichen Betrages  
der Jahres-Einnahme an Beitragsjäten angewachsen ist, soll eine Herabsetzung der  
Beitragsjäte stattfinden können und eine solche alsdann dem der Zustimmung des  
Ober-Präsidenten unterliegenden Beschlusse des Provinzial-Landtages beziehungsweise,  
wenn der Provinzial-Landtag nicht in nächster Zeit zusammentritt, des Verwaltungs-  
Aussschusses anheimgestellt sein.“

Auf die auf Seite 28 des gedruckten Directionsberichtes angezogene Berichterstattung der  
Feuer-Societäs-Direction vom 23. Juni 1873 hat der Provinzial-Verwaltungsrath unterm 16. Juli  
pr. einem auf Herbeiführung der Ermäßigung der ordentlichen Beiträge gerichteten Antrage eines  
rheinischen Bürgermeisters nicht entsprechen zu können geglaubt. Nach der damals aufgestellten  
ausführlichen Berechnung, welche, weil heute nicht mehr zutreffend, hier nicht recapitulirt werden  
soll, gelangte der Provinzial-Verwaltungsrath zu dem Resultate, daß der eiserne Bestand hinter  
dem 1½maligen ordentlichen Jahresbeitrage damals noch um 9165 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf. zurückblieb.

Der Final-Abschluß pro 1873 ergibt heute einen eisernen Bestand in Hypotheken und  
Effecten, den man unter Ansatz der eigenen Ankaufskosten der Letztern anrechnen  
könnte zu . . . . . 1,264,039. 25. 4.

Latus . 1,264,039. 25. 4.



	Transport .	1,264,039.	25.	4.
Hieron gehen aber vorweg ab die Ausgabe-Reste ex 1873 et retro ebenfalls nach dem Final-Abchlusse mit . . . . .				
		176,052.	26.	1.
	bleiben	1,087,986.	29.	3.

Die ordentlichen Jahresbeiträge pro 1873 betragen nach der Berechnung der Direction (Rechnung pro 1873 liegt noch nicht vor) im $1\frac{1}{2}$ maligen Betrage . . . . .				
		1,054,045.	13.	4.
was einen Ueberschuß des eisernen Bestandes um . . . . .				
		33,941.	15.	11.

Bei der Eigenthümlichkeit der Anlage des Bestandes in Boden- und Gesellschafts-Actien, Eisenbahnpapieren u. erscheint es nur vorsichtig, für mögliche Coursdifferenzen und Verluste **allermindestens** 5% dem eisernen Bestande vorweg abzuschreiben.

Diese 5% ergeben genau berechnet eine Summe von . . . . .	63,201.	29.	9.
so daß der oben nachgewiesene Ueberschuß von . . . . .	33,941.	15.	11.
sich in ein Minus von . . . . .	29,260.	13.	10.

verwandelt.

Der Provinzial-Verwaltungs-rath kann daher die Voraussetzung des §. 35 des Reglements bei vorsichtiger Beurtheilung der Sache im wohlerrungenen Interesse der Societät auch jetzt nicht einmal für zutreffend erachten und muß sein Befremden darüber aussprechen, daß die Direction in ihrem Verwaltungsberichte der Berichterstattung vom 13. Juni pr. Erwähnung thut, ohne gleichzeitig die entkräftenden Darlegungen der darauf ergangenen Entscheidung des Provinzial-Verwaltungs-raths wieder zu geben. — Allein selbst wenn die Voraussetzungen des §. 35 des Reglements für erfüllt erachtet werden könnten, würde die Empfehlung der Herabsetzung der Beiträge im ersten Momente des Eintritts dieser Voraussetzung noch wesentlichen Bedenken unterliegen müssen und wenigstens zur Zeit nicht eintreten dürfen.

Die Vorschrift des §. 35 zwingt nicht zur Herabsetzung der ordentlichen Beiträge, wenn der Reservecfonds den  $1\frac{1}{2}$ fachen Betrag derselben erreicht.

Der Provinzial-Verwaltungs-rath verkennt zwar ganz und gar nicht den günstigen Einfluß, den die Reduction der Jahresbeiträge für die Societät ausüben würde, als derselben dadurch nicht unbedeutliche Beitritte besserer Risicos zugeführt würden; allein im laufenden und nächsten Jahre wird mit Rücksicht auf die neue Münzgesetzgebung eine Umrechnung der Kataster stattfinden müssen, deren Kosten nicht unbedeutend sind, und aus dem Reservecfonds entnommen werden müssen, sofern das laufende Rechnungsjahr nicht ganz wesentliche Ueberschüsse ergibt. Zudem ist die Zeit nicht zu vergessen, wo die Finanzlage der Societät nicht in der jetzigen Weise günstig war. Die günstigen Erfolge weniger Jahre, die durch ein einziges großes Brandunglück in der Provinz leicht sehr beeinträchtigt, wenn nicht ganz in Frage gestellt werden könnten, sichere noch nicht genügend vor der Eventualität, vielleicht in Kürze wieder zur Erhöhung der ordentlichen Beiträge übergehen zu müssen, die in ihren Wirkungen ungleich nachtheiliger sein würde, als die momentane Ermäßigung der Beiträge günstig sein würde.

Der Reservecfonds der Provinzial-Feuer-Societät kann nicht zu hoch werden. Ein großer Theil des Vertrauens des versicherten Publikums basirt in den hohen Reserven. Die Privat-Gesellschaften denken bei gleich hohen und höhern Reservecfonds nicht an eine Herabsetzung der Beiträge, die meistens noch höher sind, als die der Provinzial-Feuer-Societät.

Ein gar nicht zu unterschätzendes anderes Moment, welches hier in Betracht gezogen werden muß, ist der Umstand, daß die Versicherten der Societät aus langjähriger Gewohnheit ihre



Beitragsätze kennen und dieselben gewohnheitsgemäß zur gewohnten Höhe und zur gewohnten Zeit, im Anfange des Jahres, zur Kasse bringen. Auf dem platten Lande kennt der kleine Ackerwirth zc. seinen Klassensteuersatz, seinen Versicherungsbeitrag, seinen Feldpachtzins und er zahlt solche gewohnheitsgemäß, eine jede Erschütterung in dieser gewohnten Ordnung hat ihre großen Bedenken.

Der Provinzial-Verwaltungsrath muß sich also zur Zeit nach allen Richtungen hin gegen jede Ermäßigung der ordentlichen Jahresbeiträge bei der Provinzial-Feuer-Societät aussprechen.

Einer in dem Jahresberichte der Societäts-Direction weiter angeregten Verwendung des Hohen Landtages bei dem Deutschen Reichskanzler-Amte zum Zwecke des gänzlichen Verbots der Phosphor-Bündelhölzchen, vermag der Provinzial-Verwaltungsrath ebenfalls nicht das Wort zu reden.

Die Techniker der Feuer-Societät, welchen die selbstständige Abschätzung von Brandschäden, zumeist ohne spätere Superrevision obliegt, und welche somit ein wesentliches Interesse der Societät fast allein in ihrer Hand haben, scheinen offenbar bisher zu gering besoldet. Daher ist es dem gekommen, daß die Persönlichkeiten dieser Techniker häufiger wechselten, als es dem Interesse der Societät zuträglich sein kann, und daß namentlich die besseren und zuverlässigeren Techniker bald wieder den wenig lohnenden Dienst verließen.

Der Provinzial-Verwaltungsrath hat gesucht, diesem Uebelstande bei Abgabe seiner Vorschläge in dem vorgelegten neuen Stats-Entwurfe nach Möglichkeit zu begegnen.

Einem Antrage der Feuer-Societätsbeamten auf Gewährung von Wohnungsgeld-Zuschüssen nach Analogie der durch das Gesetz vom 12. Mai pr. für unmittelbare Staatsbeamte erfolgten Bewilligung solcher Zuschüsse hat der Provinzial-Verwaltungsrath nicht entsprechen zu dürfen geglaubt.

Der Provinzial-Verwaltungsrath war dabei von der Erwägung geleitet, daß das Gesetz vom 12. Mai pr. nur auf unmittelbare Staatsbeamte sich beziehe, daß aber auch eine analoge Anwendung der Grundsätze des Gesetzes auf die Beamten der Societät ausgeschlossen sei, weil die Meisten derselben zufolge §. 79 des Reglements eine ganz verschiedene, ein Contractsverhältniß bildende Dienststellung einnähmen, und weil an eine Versetzung der Societätsbeamten durch die verschiedenen Servisklassen nicht zu denken sei, aber der Schwerpunkt des Gesetzes vom 12. Mai pr. nach den denselben beigegebenen Motiven gerade in der beabsichtigten Ausgleichung der Lage der Staatsbeamten in dieser letzteren Hinsicht gefunden werden müsse, daß endlich mit Rücksicht auf eine erfolgte Gratificationszuwendung die materielle Begründung des Gesuches nicht anerkannt werden könne. Gleichwohl hat der Provinzial-Verwaltungsrath bei Abgabe seiner Gehaltsvorschläge im neuen Etat den veränderten Verhältnissen nunmehr in anderer Weise durch namhafte Erhöhungsvorschläge bei den Gehältern Rechnung getragen.

Eine ganze Reihe von Streitigkeiten zwischen der Feuer-Societäts-Direction und den Versicherten gelangten in Gemäßheit der Bestimmung im Art. 1 §. 105 des unterm 6. Januar 1873 Allerhöchst genehmigten 6. Nachtrages zum Societäts-Reglement zur Cognition und endgültigen Entscheidung des Provinzial-Verwaltungsraths, nachdem von den Versicherten dieser Weg unter Verzichtleistung auf den ebenfalls geöffneten Rechtsweg betreten worden war. Dieselben bieten ein besonderes Interesse nicht dar.

Die Revision der Jahres-Rechnungen der Societät für die Jahre 1870, 1871 und 1872 hat der Provinzial-Verwaltungsrath bewirkt. Die Rechnungen werden Ihnen zur Decharge, vorbehaltlich der Erledigung der noch offen stehenden Rechnungs-Moniten nebst den aufgenommenen und verhandelten Revisionsbemerkungen vorgelegt werden.

Die vorgeschriebene alljährliche Publication der Verwaltungs-Resultate der Societät pro 1873 hat in den Rheinischen Regierungs-Amtsblättern stattgefunden.

Dieselbe umfaßt die Verwaltungs-Ergebnisse bis zum Final-Abschlusse pro 1872.

Düsseldorf, den 20. Mai 1874.

### Der Provinzial-Verwaltungsrath.

Frhr. Kaiß von Freyß.

Düsseldorf, den 9. Februar 1874.

An den

### Herrn Ober-Präsidenten der Rheinprovinz &c. &c.

Schriften des Vor-  
sitzenden des Provin-  
zial-Verwaltungsraths  
an den Herrn Ober-  
präsidenten der Rhein-  
provinz 2c. 2c.

Bei Feststellung der Verwendungszwecke für die der Rheinprovinz nach dem Gesetze vom 30. April pr. (§§. 5 und 6) zu gewährende Jahresrente dürfte es sich zunächst um den Antheil der Provinz an der zur Ausstattung der Provinzial-Verbände nach §. 1 zu 1 des Gesetzes vom 30. April pr. bestimmten, auf den Staatshaushalts-Etat unter Capitel 62 pos. 9 mit der Kreisrente zusammengebrachten Rente von 2 Millionen Thalern handeln, welcher nach dem im Gesetze enthaltenen Vertheilungsmodus und in Gemäßheit des Circular-Erlasses des Ministers des Inneren und des Finanzministers vom 10. Juni pr. (Ministerialblatt für die innere Verwaltung S. 137) für die Rheinprovinz 258,515 Thlr. beträgt und dessen Verwendung und Ueberweisung zu bestimmen der §. 5 des citirten Gesetzes besonderen Gesetzen vorbehalten hat.

Nach dem Wortlaute des §. 1 ist die Rente „zur Ausstattung der Provinzial-Verbände mit Fonds zur Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt.“ Hieraus, wie aus den Motiven zu dem Gesetze und dem Commissions-Berichte über dasselbe geht unter Berücksichtigung der Bestimmung in §. 6 des Gesetzes, welcher „die Ueberweisung weiterer Summen aus dem Staatshaushalts-Etat unter Uebertragung der entsprechenden Ausgabeverpflichtungen vorbehalten hat“, hervor, daß es sich bei Feststellung der Verwendungszwecke für den Antheil der Provinz an jenen 2 Millionen Thalern nur um Verwendungen handeln kann, die mit der neuen Organisation der Selbstverwaltung und den bereits vorhandenen Lasten der Provinz beziehungsweise einzelner Verbände in derselben (Regierungsbezirke, Bezirksstraßen-Verbände) im Zusammenhange stehen.

In ersterer Hinsicht haben die Motive des Gesetzes die Zwecke der Verwendung der Rente mehr oder weniger von den im Gebiete der Provinzial-Verfassung beabsichtigten Reformen abhängig erachtet, die sich noch nicht genau bestimmen ließen und deren Feststellung zugleich mit den Reformgesetzen oder in denselben in Aussicht genommen wurde. Da die Absichten der königlichen Staats-Regierung in Bezug auf die Provinzial-Ordnung für die Rheinprovinz speciell noch nicht bekannt sind, so ist diese Lage für meine Beurtheilung noch vorhanden und ich kann meine Aeußerung über

die Bestimmung der Verwendungszwecke in dieser Beziehung nur allgemein und im Hinblick auf die Gesichtspunkte, welche in der Vorlage der Staats-Regierung zu einer neuen Provinzial-Ordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg u. Ausdruck gefunden haben und den bereits geschaffenen Zustand in der Provinz Hannover, worauf die Motive speziell hinweisen, für die Rheinprovinz und ihre speciellen Verhältnisse abgeben.

Die Rente wird der Provinz zu überweisen und zu bestimmen sein.

1. Zur Bestreitung der Kosten des Provinzial-Landtages und der Vertretung und Verwaltung des Provinzial-Verbandes (des Provinzial-Verwaltungsraths und der Central-Verwaltung).

2. Zur Unterhaltung beziehungsweise Unterstützung der in ihrer Existenz auf die Steuerkraft der Provinz angewiesenen Provinzial-Institute und Anstalten, der Hebammen-Lehranstalt zu Cöln, der Blindenanstalt zu Düren, der Irren-Heilanstalt zu Siegburg und der (in jedem Regierungsbezirke) im Bau begriffenen 5 neuen Irren-Heil- und Pflegeanstalten zu Gerresheim, Bonn, Andernach, Merzig und Düren, endlich der Provinzial-Taubstummenschulen zu Brühl, Neuwied, Kempen und Mors.

3. Zur Bestreitung der Landarmen- und Corrigendenkosten, und bei gleichzeitiger Ueberweisung des Antheils der Rheinprovinz an der nach §. 6 des Gesetzes vom 30. April pr. und den Motiven zum Gesetze zur Ueberweisung in Aussicht genommenen weiteren Summen aus dem Staatshaushalte von 2½ Millionen Thalern.

4. Zur Bestreitung der Kosten der Unterhaltung der Bezirks- und Staatsstraßen beziehungsweise der Unterstützung des chausseemäßigen Ausbaues von Landstraßen.

Hierzu erlaube ich mir im Einzelnen Folgendes ganz ergebenst anzuführen:

ad 1. Die Kosten des Provinzial-Landtags sind bei Aufstellung des Etats der provinzialständischen Verwaltung durch den letzten Landtag auf durchschnittlich 12,000 Thlr. arbitriert worden. Zieht man in Betracht, daß die künftige Zahl der Vertreter der Provinz im Provinzial-Landtage, welchen Vertretungsmodus für die einzelnen Provinzen in der Provinzial-Ordnungs-Vorlage für die östlichen Provinzen man auch auf die Rheinprovinz anwenden will, leicht doppelt so groß, als die Gegenwärtige sein wird und daß auch die Berathungsgegenstände sich mehren, so werden wohl künftig für je eine 3jährige Periode 20,000 bis 21,000 Thlr. Kosten entstehen können, so daß pro Jahr vorzusehen sind . . . . . 7000 Thlr.

Die Kosten der provinzialständischen Central-Verwaltung betragen nach dem gegenwärtig in Kraft befindlichen Etat 25,000 Thlr., werden aber nach der Reform der Provinzial-Ordnung im Sinne der Vorlage für die östlichen Provinzen, durch Ausdehnung der Geschäfte und Vermehrung des Verwaltungspersonals (Landes-Director, Baurath u.) ganz erheblich wachsen und gewiß zu 35,000 Thlr.

veranschlagt werden können.

Zur Bestreitung der Kosten der Central-Verwaltung haben die Stände bereits in der Adresse an Seine Majestät vom 24. September 1872 speciell um sofortige Ueberweisung einer vorläufigen Jahresrente eventuell gebeten, als sie die Bitte um Gewährung eines angemessenen Provinzialfonds für die Rheinprovinz nach den für die neuen Provinzen resp. Communalverbände (Hannover, Hessen und Nassau) verwirklichten Gesichtspunkten vortrugen.

ad 2. Die Provinzial-Hebammen-Lehranstalt in Cöln erfordert gegenwärtig nach meinem Berichte vom 30. v. Mts. bereits 9725 Thlr. allgemeine nach den direkten Steuern umzuliegende Beiträge, während sie nur 40 Schülerinnen pro Kursus aufzunehmen vermag. Nach Fertigstellung des in der Ausführung begriffenen Erweiterungsbaues wird sie über 60 Schülerinnen



zu jedem Curfus aufnehmen können, aber auch in dem Verhältnisse der größeren Schülerinnenzahl mit Rücksicht auf die durch die nothwendige Anstellung eines Oekonomie-Verwalters und einer 2. Hebamme vermehrten allgemeinen Kosten jährliche Zuschüsse von  $14,587\frac{1}{2}$  Thlr. oder rund

14,500 Thlr.

erfordern.

Die am 1. November pr. in die obere Leitung des Provinzial-Verwaltungsraths übergegangene Blindenanstalt in Düren bezieht nach dem Etat gegenwärtig 6360 Thlr. Zuschuß; derselbe reicht nicht aus, und nach dem vorläufigen Ergebniß der Verwaltung pro 1873 sind durch die gesteigerten Preise aller Gegenstände mindestens weiter erforderlich 2800 Thlr., um deren Bewilligung dem nächsten Provinzial-Landtage eine entsprechende Vorlage gemacht werden soll. Zu dem Blindenunterrichts-Bedürfniß in der Provinz reicht zudem die Anstalt, die höchstens nur 68 Zöglinge aufnehmen kann, nicht aus, daher sie nach dem Uebergange in die Provinzial-Verwaltung, sei es durch Erweiterung, sei es durch Verlegung in das vorhandene Irrenanstaltsgebäude, der Art ausgedehnt werden muß, daß sie mindestens 100 Zöglinge aufnehmen kann, um das Bedürfniß einiger Maßen zu befriedigen. An Zuschüssen wird sie daher auch künftig statt  $(6360 + 2800) = 9160$  Thlr., wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, wenigstens erfordern 15,000 Thlr.

Die Irren-Heilanstalt in Siegburg hat nach dem Finalabschlusse pro 1872 (conf. meine Vorlage vom 7. März pr. Nr. 1335) in dem erwähnten Jahre effectiv 56,016 Thlr. 11 Sgr. 5 Pf. durch Repartition auf die Provinz aufzubringende Beiträge erfordert, da die Etatszahl der heilbedürftigen Irren von 250 bei der Aufnahme nach dem Bedürfnisse bedeutend überschritten werden mußte. Nach Fertigstellung der im Bau begriffenen 5 neuen Provinzial-Anstalten wird die Anstalt in Siegburg zwar eine wesentliche Aenderung erfahren, als Heilanstalt eingehen und nur etwa zur Pflege von Stumpfsinnigen und Idioten bestimmt werden, daher auch erheblich geringere allgemeine Verwaltungskosten haben und somit etwa mit Rücksicht darauf, daß alsdann auch weniger ganze Freistellen bewilligt werden, nur einen Zuschuß von ca. 25,000 Thlrn. erfordern. Dagegen werden die 5 neuen Heil- und Pflegeanstalten, die zusammen auf 1300 Kranke berechnet sind, im Verhältnisse der Anstalt Siegburg mit rund 46,000 Thlrn. etatsmäßigem Zuschusse bei 250 Etatsstellen die Summe von 239,200 Thlrn., und wenn in Erwägung gezogen wird, daß die Hälfte dieser Kosten noch durch weitere zahlende Kranke (Pflegerlinge) aufkommen, immerhin etwa rund 120,000 Thlr. Zuschüsse zum Mindesten bedürfen, so daß unter Hinzurechnung des Zuschusses für die Anstalt in Siegburg erforderlich sind . . . 145,000 Thlr.

Die 4 Provinzial-Taubstummenschulen haben bis jetzt bei knappen Etats und gering bemessenen Sätzen für die in Pflege gegebenen Zöglinge (50 resp. 60 Thlr. pro Jahr) Seitens der Provinz jährlich an Zuschüssen erfordert  $10,000 + 6290 = 16290$  Thlr. und waren weiter angewiesen auf den Ertrag der jährlichen Haus- und Kirchen-Collecten, welche durchschnittlich 4200 Thlr. aufbrachten. Ferner tragen zu ihrer Unterhaltung bei die Polizeistrafgelderfonds der verschiedenen Bezirke 1380 Thlr. Die Zuschüsse der Provinz sind bisher zwar aus den Ueberschüssen der Provinzial-Hilfskasse gewährt worden, sollen aber nach dem Beschlusse des XX. Provinzial-Landtags vom 8. Juli 1871 künftig, da sie eine dauernde und regelmäßig wiederkehrende Leistung darstellen, ohne welche die Anstalten nicht bestehen können, auf die Provinz umgelegt werden. Für den Uebergang der Anstalten in die provinzialständische Verwaltung ist ein Reglement zwischen dem Provinzial-Verwaltungsrathe und den Herrn Ressort-Ministern vereinbart, welches dem nächsten Landtage zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Ist der Uebergang bewerkstelligt, so ist auf einen Ertrag der Collecten an sich nicht mehr zu hoffen, abgesehen davon, daß es nicht weiter als angemessen



erscheinen möchte, zur Unterhaltung von Provinzial-Instituten Collecten zu bewilligen. Ebenso ist der Fortbezug des Zuschusses aus den Polizeistrafgeldersfonds zweifelhaft und beide Beträge werden der Provinz weiter zur Last fallen, so daß mindestens 21,870 Thlr., nach dem heutigen Bedürfnisse aber . . . . . 25—30,000 Thlr.

bei Berücksichtigung der Steigerung in der Unterhaltung der Zöglinge, der Aufstellung weiterer Statsstellen nach dem Bedürfnisse und der nothwendigen Aufbesserung der Gehälter der Lehrer künftig erforderlich sein werden.

ad 3. An Landarmen- und Corrigendenkosten wurden von der Provinz pro 1873 nach Maßgabe des Bedürfnisses . . . . . 112,000 Thlr.

aufgebracht, und pro 1874 sind einstweilen umgelegt 103,000 Thlr.

ad. 4. Die Aufnahme der Kosten der Bezirksstraßen unter die Verwendungszwecke wird der Zusammenlegung der Fonds zu einem Provinzialstraßenfonds, welche Seitens der Staatsregierung wiederholt dem Provinzial-Landtage proponirt worden ist, wesentlich förderlich sein, indem sie das Interesse der Vertreter der einzelnen Fonds zum Widerspruche vermindert.

Ueber die durch Steuerbeischläge von der Provinz zu den einzelnen Bezirksstraßenfonds aufzubringenden Beträge ist mir ein neueres statistisches Material nicht zu Gebote. Nach der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Fonds nach dem Durchschnitte der Jahre 1867/69, welche nach dem dem letzten Provinzial-Landtage vorgelegten Entwurfe eines Regulatives betreffend die Vereinigung der in der Provinz bestehenden Bezirksstraßenfonds zu einem Provinzialstraßenfonds beigelegt war, sind damals neben den Chausséegebern und sonstigen Einnahmen an Steuerbeischlägen jährlich zur Erhebung gekommen 398,385 Thlr. Die Chausséegebern, deren Wegfall in Aussicht zu nehmen sein dürfte, betragen jährlich 102,973 Thlr., so daß schon hiernach eine Belastung der Provinz zur alleinigen Unterhaltung der Bezirksstraßen von 501,358 Thlr. resultiren würde, die aber in Wirklichkeit sich schon allein durch den Umstand wesentlich erhöht, daß in jener Uebersicht unter den Ausgaben sich nur Besoldungen für die Aufseher und Wärter im Betrage von 48,000 Thlr. aufgeführt finden, nicht aber auch Besoldungen des Personals an Baumeistern, indem die Geschäfte derselben von den königlichen Baumeistern ohne besondere Vergütung geführt werden. Die nach der Vereinigung der Bezirksstraßenfonds und dem Uebergange der Verwaltung der Straßen an die Provinz aufzubringenden Beischläge werden beim Wegfalle des Chausséegebeldes nicht zu hoch mit . . . . . 600,000 Thlrn.

veranschlagt werden können.

Nach Vorstehendem ergeben sich bei Reform der Provinzial-Gesetzgebung und mit Rücksicht auf die bereits vorhandenen Lasten der Provinz Verwendungszwecke für den Rentenanteil der Provinz von 258,515 Thlrn. zur Höhe von 600,000 Thlrn. an Bezirksstraßenkosten,  
und von 358,500 „ an sonstigen Kosten.

Summa 958,500 Thlr.,

so daß die Steuerkraft der Provinz noch erheblich in Anspruch genommen werden muß, auch wenn, worüber mir gegenwärtig eine Beurtheilung aus Mangel an den nöthigen Materialien nicht möglich ist, der Anteil der Provinz an den nach §. 6 des Gesetzes vom 30. April pr. zu überweisenden weiteren 2½ Millionen Thlr., das ihr aufzulegende Aequivalent der Unterhaltung der Staatsstraßen ausgleichen sollte.

Zu dem Ueberweisungsgefesze auszudrücken, wie viel von der Provinzialrente zu dem einen oder anderen der angegebenen Zwecke speciell verwendet werden solle, erscheint mir nicht zweckmäßig.

Die Rente wird vielmehr in dem aufzustellenden General-Etat der gesammten provincialständischen Verwaltung im Ganzen in Einnahme, und die Ausgaben für die angegebenen Verwendungszwecke ihr gegenüberzustellen, die sich ergebenden Mehrausgaben aber nach einem einzigen Repartitionsmodus etwa nach den gesammten directen Staatssteuern aufzubringen sein.

Unter Vorbehalt der Feststellung dieses einheitlichen Modus würde meines Erachtens nach dem Vorbilde der Gesetze vom 7. März 1868 und vom 11. März 1872, betreffend die Ueberweisung von Dotationssummen an Hannover und Nassau, einfach in einem 2. Paragraph des Ueberweisungsgesetzes zu sagen sein, daß, soweit die überwiesene Summe zu den Verwendungszwecken nicht ausreicht, die Kosten der bezeichneten Einrichtungen und Anlagen von der Provinz nach näherer Beschlußfassung des Provinzial-Landtages aufzubringen seien.

Zum Schlusse gestatte ich mir noch die ganz ergebnste Bemerkung, daß die in vorstehender Aufstellung des Bedürfnisses an Zuschüssen der einzelnen Anstalten gegebenen Zahlen, wie wenig dies auch auf den ersten Blick annehmbar erscheinen möchte, für einen längeren Zeitraum meines Erachtens noch mäßig arbitirt sind; namentlich ist dies der Fall bei den in Aussicht genommenen Zuschüssen für die Taubstumm-Anstalten und die Blinden-Anstalt. Bisher war der Taubstumm- und Blinden-Unterricht in der Provinz ein Product der Freiheit und der humanen Bestrebungen. Faßt man denselben aber, wie es Noth thut, als eine Forderung des gesetzlichen Zwanges auf, allen Kindern der gedachten Art die erforderliche Schulerziehung zu geben und weist der Provinz die Aufgabe der Vermittelung hierzu zu, so werden sich künftig unzweifelhaft höhere Ausgaben ergeben, als die veranschlagten. Und wenn ferner die regelmäßigen Ausgaben für die Unterhaltung der 5 neuen Provinzial-Irren-Anstalten, welche mit 120,000 Thln. arbitirt sind, erst in 1876 oder zu Ende 1875 nach Fertigstellung der Anstalten erwachsen, so ist hiergegen zu berücksichtigen, daß die Provinz schon gegenwärtig zur Verzinsung und Amortisation der zur Bestreitung der Bau- und Einrichtungskosten ausgegebenen Provinzial-Obligationen von 2 Millionen Thalern den Betrag von 120,000 Thln. jährlich, und vom nächsten Jahre ab für eine weitere Obligationen-Anleihe zu demselben Zwecke weitere 90,000 Thlr. auf die ganze Dauer der Amortisationszeit aufzubringen hat, die bei der Aufstellung gar nicht in Betracht gezogen sind.

Der Vorsitzende des Provinzial-Verwaltungsraths.

gez. Freiherr Kaiß von Frentz.

Coblenz, den 4. April 1873.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König!

Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Der 20. Rheinische Provinzial-Landtag hat in Folge von Petitionen und unter Anerkennung, daß durch die nach dem Gesetze über die Kriegsteistungen und deren Vergütung vom 11. Mai 1851 während des letzten Krieges der Provinz auferlegten Leistungen viele Gemeinden und Kreise derselben im Verhältniß zu ihrer Leistungsfähigkeit zu hart beproffen worden sind, in der Sitzung vom 8. Juli 1871 auf Grund des §. 18 des erwähnten Gesetzes die Ausgleichung dieser Leistungen innerhalb der Provinz beschloffen, gleichzeitig aber der Ueberzeugung und dem Wunsche einmüthigen Aus-

druck gegeben, daß die öffentlichen Leistungen im allgemeinen Staatsinteresse während dieses Krieges nach den glorreichen Kriegsergebnissen einen weiteren Ausgleich im ganzen Staatsgebiete durch vollkommene Vergütung derselben unabweisbar erforderten und daher der mit der Ausgleichung in der Provinz unter Mitwirkung des Ober-Präsidenten betrauten allerunterthänigst unterzeichneten Commission des Provinzial-Landtags den Auftrag erteilt, Eure Kaiserliche und Königliche Majestät unter Darlegung der nicht vergüteten Kriegseleistungen der Provinz um diesen weiteren Ausgleich durch vollständige Vergütung der Leistungen aus der von Frankreich zu zahlenden Kriegskosten-Entschädigung zu bitten.

Die Leistungen der Rheinprovinz auf Grund des Gesetzes vom 11. Mai 1851 betragen nach den Ermittlungen des Ober-Präsidenten an Fouragielieferung, Einquartirung, zu fortificatorischen Zwecken, an Fuhrungstellung u. c. in der Zeit vom 19. Juli 1870 bis zum 1. Juli 1871 unter genauer Beachtung der damals effectiv gezahlten oder in Geltung gewesenen Preise und unter Zugrundelegung des Quantums einer Verpflegungsportion nach dem Reglement über die Verpflegung der Truppen im Kriege bei Einquartirung mit Verpflegung, zufolge der beiden angeführten Nachweisungen, in Geldwerth . . . . . 4,126,868 Thlr.  
worauf vom Staate vergütet, beziehungsweise nach dem Kriegseleistungsgesetze noch zu vergüten sind . . . . . 1,847,739 „  
so daß der Provinz zur Last bleiben . . . . . 2,279,129 Thlr.

Diese Leistungen waren dem größten Theile der durch ihre territoriale Lage zunächst dem Kriegsschauplatz am Meisten betroffenen Kreise und Gemeinden neben den bedeutenden Summen, welche zur Unterstützung der Angehörigen einberufener Reservisten und Landwehrleute wegen der herrschenden Theuerung über die gesetzlichen Minimalbeträge hinaus gewährt werden mußten, nur durch Aufnahme von beträchtlichen Anleihen möglich, deren Verzinsung und Tilgung fortgesetzt die Leistungsfähigkeit in hohem Grade anspannen und die Entwicklung der communalen Interessen vielfach beeinträchtigen.

Die von den Ständen in Anwendung des ihnen allein zu Gebote stehenden Mittels zur Erleichterung der überbürdeten Gemeinden beschlossene Ausgleichung innerhalb der Provinz hebt nicht überall die Schwierigkeit, die Communal-Budgets bei genügender Berücksichtigung der sonstigen Interessen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, da die Gesamtleistung der Provinz zu bedeutend und die Anzahl der überlasteten Gemeinden zu erheblich ist. Sie beseitigt aber namentlich nicht die große Mehrbelastung der Rheinprovinz im gemeinsamen Landesinteresse, die nur durch die territoriale Lage der Provinz hervorgerufen wurde.

Die Wohlfahrt des Landes gebietet es zwar, durch ein Kriegseleistungsgesetz die Kreise und Gemeinden zu den höchsten directen Leistungen zu verpflichten, um dem Staate die Mittel zur nachdrücklichen Kriegsführung zu gewähren. Die Leistungen sind indessen darum nicht minder Staatslasten und Leistungen im allgemeinen Staatsinteresse. Und wenn deren vollständige Vergütung nicht von vornherein durch dasselbe Gesetz in Aussicht genommen werden kann, weil hierbei alle Eventualitäten, also auch die Möglichkeit eines ungünstigen Erfolges in Erwägung gezogen werden muß, so erscheint es doch als berechtigte und im gemeinsamen Bewußtsein des Volkes begründete Forderung der Billigkeit, daß nach Erlangung eines glorreichen Friedens und einer reichlichen Kriegskosten-Entschädigung ein vollständiger Ausgleich der Lasten im Staate durch volle Vergütung der Leistungen der einzelnen Gemeinden und Kreise gewährt werde.

Der fortschreitende Culturstand hat es zugelassen, gegenüber den früheren Zuständen, durch das Gesetz vom 11. Mai 1851 überhaupt Entschädigungen für Kriegslasten vorzusehen und die



neueste Gesetzesvorlage Eurer Kaiserlichen Majestät Reichsregierung an den Reichstag zu anderweitiger Regelung der Kriegsleistungen und deren Vergütung hat im Fortschreiten auf der Bahn der gleichmäßigen Vertheilung aller öffentlichen Lasten sowohl im Kriege, wie im Frieden, selbst unter Berücksichtigung aller Eventualitäten eines Kampfes den künftigen Fortfall einer Reihe bisher unentgeltlicher Leistungen und für Andere eine wesentliche Erweiterung der Entschädigungspflicht in qualitativer und quantitativer Hinsicht in Aussicht genommen.

Bei diesem Vorgehen, entsprechend der öffentlichen Meinung und der Billigkeit, kann der Ausgleich der Kriegslasten in der Provinz den erleichterten Gemeinden keine genügende Befriedigung gewähren, während die Gemeinden, welche zu der Ausgleichung nachträglich große Summen aufzubringen haben, durch die neue Kriegslast empfindlich betroffen werden, nachdem es gelungen ist, dem Friedensstörer eine Kostenerstattung aufzuerlegen, die nicht nur dem Staate die Mittel zur Tilgung aller directen Kriegsschulden und zu andern mit dem Kriegsgelingen in minder directer Beziehung stehenden Zwecken gewährt, sondern auch die Möglichkeit einer vollständigeren Entschädigung der Gemeinden verstattet und hierfür recht eigentlich mitbestimmt zu sein scheint.

Die Gemeinden der Provinz haben im Wettstreit mit denen des übrigen Staatsgebietes, wie es die Nähe des Kriegsschauplatzes zwar naturgemäß mit sich brachte, sogar hervorragende Leistungen freiwillig und opferfreudig durch Liebesgaben, Lazareth-Einrichtungen und Krankenpflege übernommen. So gerne diese freiwilligen Leistungen in dem Gefühle des Patriotismus gewährt wurden, so sehr sträubt sich die gemeinsame Ueberzeugung der Unbilligkeit einer nachträglichen Kriegs-Besteuerung nach solchen Erfolgen gegen neue, wenn auch gesetzliche Lasten in Folge des Ausgleichungsbeschlusses des Provinzial-Landtages.

Eure Kaiserliche und Königliche Majestät wagt daher die unterzeichnete Commission des Rheinischen Provinzial-Landtages im Anschlusse an die Eure Majestät von den Ständen direct vorgetragene Bitte um Erstattung der Unterstützungen der Angehörigen einberufener Reservisten und Landwehrleute in der Adresse vom 12. Juli 1871, allerunterthänigst zu bitten, Allergnädigst anordnen zu wollen,

daß den Kreisen und Gemeinden der Rheinprovinz die in den Grenzen des Gesetzes vom 11. Mai 1851 bewirkten Kriegsleistungen nach der Zusammenstellung des Ober-Präsidenten aus der von Frankreich zu zahlenden Kriegs-Entschädigung vollständig vergütet werden.

In tiefster Ehrfurcht etc.



## Uebersicht

der von den arbeitsfähigen Händlingen der Provinzial-Arbeits-Anstalt zu Brauweiler in den Jahren 1870, 1871 und 1872 für das Haus selbst gefertigten Fabrikate und verrichteten Arbeiten.

Nro.	Bezeichnung der Arbeiten.	pro	Quantität		
			1870.	1871.	1872.
1	Auf den Fruchthandmühlen an Roggen gemahlen	Kilo	16300	15400	7250
2	" " " " " " " " " " " "	"	—	550	—
3	An Weizenmehl " gebeutelt . . . . .	"	80400	80400	46006
4	" Roggenmehl " " " " " " " " " "	"	—	—	5970
5	" Gerste geschält . . . . .	"	2374	1250	1110
6	" Weißbrod gebacken . . . . .	"	33096 <sup>3/4</sup>	34963 <sup>1/2</sup>	25466 <sup>1/4</sup>
7	" Roggenbrod " " " " " " " " " "	"	14707	16803	14754
8	" Schwarzbrod " " " " " " " " " "	"	149611	115836	123186
9	" Militär-Wachtmäntel gefertigt . . . . .	Stück	—	5	—
10	" Aufseher-Dienstmäntel . . . . .	"	1	8	1
11	" Tuchröcke für Landarme . . . . .	"	96	87	—
12	" Tuchjacken für Männer . . . . .	"	3	—	25
13	" Tuchhosen " " " " " " " " " "	"	53	22	76
14	" Tuchwesten " " " " " " " " " "	"	96	70	27
15	" Tuchmützen " " " " " " " " " "	"	—	—	300
16	" Tuchkleider für Frauen . . . . .	"	—	1	69
17	" Zwillichjacken für Männer incl. gestreifte und graue . . . . .	"	193	117	238
18	" Zwillichwesten für Männer . . . . .	"	10	8	—
19	" Zwillichhosen " " " " " " " " " "	"	242	52	141
20	" Zwillichröcke für Beamte . . . . .	"	12	9	6
21	" Zwillichkleider für Frauen . . . . .	"	19	86	73
22	" Lazarethjacken " " " " " " " " " "	"	—	20	—
23	" Lazarethkittel für Männer . . . . .	"	7	—	—
24	" Unterröcke für Frauen . . . . .	"	—	—	6
25	" Zwangsjacken . . . . .	"	—	—	2
26	" Hosenträger . . . . .	Paar	316	55	286
27	" Männer-Schuhen . . . . .	"	302	42	239
28	" Frauen-Schuhen . . . . .	"	81	45	108
29	" Seltanten-Schuhen, besetzt und besohlt . . . . .	"	—	—	19
30	" Männer-Hemden . . . . .	Stück	947	704	—
31	" Frauen-Hemden . . . . .	"	—	—	63
32	" gesäumten Halstüchern ganze . . . . .	"	—	107	44
33	" " " " " halbe . . . . .	"	400	608	400
34	Taschentücher gesäumt . . . . .	"	—	—	420
35	Schürzen von weißem, grauem oder buntem Leinen . . . . .	"	190	180	525
36	Strohsäcke . . . . .	"	183	—	6
37	Strohkopfpolsterjälle . . . . .	"	—	101	—
38	Leib-Matratzensäcke . . . . .	"	39	8	41
39	Kopf-Matratzensäcke . . . . .	"	12	—	54
40	Betttücher . . . . .	"	—	644	—



## Nachweisung

der in den Jahren 1870, 1871 und 1872 in der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Brauweiler für Fremde gegen Lohn gefertigten Gegenstände und geleisteten Leistungen.

Nr.	Bezeichnung.	pro	1870.	1871.	1872.
1	Nessel gewebt . . . . .	Meter	30404	17114 $\frac{2}{3}$	9558 $\frac{2}{3}$
2	Halbleinen . . . . .	"	8013 $\frac{1}{3}$	3083 $\frac{1}{3}$	4259 $\frac{1}{6}$
3	Leinen . . . . .	"	2492 $\frac{1}{2}$	2707 $\frac{1}{3}$	479 $\frac{5}{6}$
4	Wöbelstoff . . . . .	"	—	21	—
5	Handtücher-Gebild, gewebt . . . . .	"	263 $\frac{1}{3}$	55 $\frac{2}{3}$	130 $\frac{1}{2}$
6	Stiefel zu verschiedenen Preisen gefertigt . . . . .	Paar	223	191 $\frac{1}{2}$	805
7	Frauen- und Mädchen-Stiefelchen zu desgl. . . . .	"	750 $\frac{1}{2}$	359	412
8	Schuhe und Pantoffeln zu desgl. . . . .	"	878	1108	697
9	Vorschuhe, Herzen, Sohlen und Flecken zu desgl. . . . .	"	1394 $\frac{1}{2}$	1721 $\frac{1}{2}$	1201 $\frac{1}{2}$
10	Paletots für Eisenbahn-Beamte . . . . .	Stück	763	591	912
11	Dienstrocke für Eisenbahn-Beamte . . . . .	"	33	—	—
12	Tuchhosen zu verschiedenen Preisen . . . . .	"	3934	3096	3251
13	Zwillichrocke . . . . .	"	52	—	—
14	Zwillich- und leinene Jacken . . . . .	"	1983	2018	1692
15	Zwillich-, Leinen- und Sommerstoff-Hosen . . . . .	"	7429	5859	7859
16	Zwillichjacken umgeändert . . . . .	"	—	—	1012
17	Feldmützen . . . . .	"	496	72	199
18	Tuchhandschuhe . . . . .	Paar	1805	—	704
19	Ohrenklappen . . . . .	"	1052	577	—
20	Waffenrocke besetzt . . . . .	Stück	—	50	12
21	Militair-Brodbentel . . . . .	"	—	860	1235
22	" Kaffee-, Reis- und Salzbeutel . . . . .	"	—	—	2417
23	" Unterhosen . . . . .	"	400	2816	4802
24	" Feldbandagen . . . . .	"	—	—	4797
25	Beisen . . . . .	"	—	—	13
26	Verschiedene Seilerwaaren, gesponnen . . . . .	Kilo	24204	31393	26375 $\frac{1}{2}$
27	Gartentische zu verschiedenen Preisen . . . . .	Stück	27	46	41
28	Gartenbänke zu verschiedenen Preisen . . . . .	"	20	43	43
29	Gartensessel " " " . . . . .	"	51	—	23
30	Gartenstühle " " " . . . . .	"	249	159	392
31	Schaukelsessel . . . . .	"	66	24	38
32	Sprungherde . . . . .	"	3	—	—
33	Mantelöfen . . . . .	"	3	4	6
34	Gitterthore . . . . .	"	2	—	4
35	Wiegen, eiserne . . . . .	"	—	—	2
36	Bügeleisen . . . . .	"	—	—	8
37	Comfoirs . . . . .	"	1	—	5
38	Eimer von Eisenblech . . . . .	"	2	—	4
39	Fensterrahmen von Eisen . . . . .	"	—	—	10
40	" " Holz . . . . .	"	12	—	—
41	Dejen, beschlagen . . . . .	"	—	23	24
42	Fensterbeschläge . . . . .	"	—	—	7

No.	Bezeichnung.	pro	1870.	1871.	1872.
43	Blitzableiterhalter . . . . .	Stück	537	2505	451
44	Klammern zu vorigen . . . . .	"	7968	—	—
45	Thürbeschläge . . . . .	"	4	—	—
46	Eiserne Krippen nebst Rausen . . . . .	"	—	155	12
47	Ofenringe mit Griffe . . . . .	"	—	—	200
48	Kehrschaufeln . . . . .	"	—	—	152
49	Ringe von Eisen . . . . .	"	15999	—	8434
50	Schraubenbolzen mit Muttern . . . . .	"	—	—	550
51	Thürschlösser . . . . .	"	—	18	—
52	Treibriegel . . . . .	"	—	16	—
53	Fenstergitter, eiserne . . . . .	"	—	78	—
54	Eau de Cologne-Kistchen . . . . .	"	4050	—	8976
55	Kleiderschränke . . . . .	"	1	—	—
56	Todtensärge . . . . .	"	—	1	2
57	Jagdstühle . . . . .	"	—	—	3
58	Fensterrahmen, hölzerne . . . . .	"	—	—	7
59	Bilderrahmen . . . . .	"	—	—	10
60	Holz, geschnitten . . . . .	Ob.-Fuß	241	—	—
61	Hölzerner Lattenverschlag . . . . .	Stück	—	1	—
62	Lazarethschränke . . . . .	"	—	100	—
63	Küchenleuchter, gedrechselt . . . . .	"	—	—	7
64	Bücher zu verschiedenen Preisen gebunden . . . . .	"	10295	24577	16962
65	Bücher brochirt . . . . .	"	33769	4074	10114
66	Chinesische Kartenspiele, zugeschnitten u. verpackt . . . . .	"	—	—	9369
67	Karten auf der Ueberdruckpresse gefertigt . . . . .	"	—	—	60
68	Strohmatte gefertigt . . . . .	□=Met.	—	9 $\frac{1}{4}$	149515
69	Mittel und Blousen zu verschiedenen Preisen . . . . .	Stück	6774	6010	7652
70	Hemden . . . . .	"	413	676	3505
71	Fahnen . . . . .	"	—	—	21
72	Bettdecken, gesteppt . . . . .	"	3	—	—
73	Bettdecken- und Matratzen-Ueberzüge . . . . .	"	240	275	765
74	Kopfkissen und Kopsmatratzen . . . . .	"	136	100	397
75	Strohjacke . . . . .	"	—	32	47
76	Strohkopfpolsterjacke . . . . .	"	20	32	4
77	Betttücher . . . . .	"	264	50	9
78	Handtücher . . . . .	"	—	542	688
79	Tischtücher . . . . .	"	3	—	—
80	Strümpfe und Socken, gestrickt . . . . .	Baar	130 $\frac{1}{2}$	292	136
81	Charpie gezuht . . . . .	Kilo	—	—	27 $\frac{1}{4}$
82	Sprungfeder-Matratzen . . . . .	Stück	—	—	5
83	Kopfkissen, gepolstert . . . . .	"	—	—	5
84	Fruchtjacke . . . . .	"	1755	517	—
85	Sandjacke . . . . .	"	—	1698	—
86	Kies gefertigt . . . . .	Schachtrth.	388 $\frac{3}{4}$	—	—
87	Bege Strecken, gefertigt . . . . .	lfd. Rth.	366	—	—
88	Kies ausgeworfen . . . . .	1spännige Karren	62	—	—



Nr.	Bezeichnung.	pro	1870.	1871.	1872.
89	Kies ausgeworfen . . . . .	2spännige Karren	48	—	—
90	Erde zu Düngerhaufen gefördert . . . . .	Schachttrh.	480 <sup>5</sup> / <sub>12</sub>	—	—
91	Hilfsfrüchte aufgespeichert . . . . .	Pfund	74900	81400	34300
92	Arbeiten im Tagelohn und zwar:				
	a) Weber . . . . .	Tage	349 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	337 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	410 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>
	b) Schuster . . . . .	"	516	188	223 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
	c) Schneider . . . . .	"	800 <sup>11</sup> / <sub>12</sub>	902 <sup>11</sup> / <sub>12</sub>	941 <sup>5</sup> / <sub>12</sub>
	d) Schlosser . . . . .	"	428 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>	775 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	563
	e) Schreiner . . . . .	"	116 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	124 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>	192 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>
	f) Klempner . . . . .	"	531 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	480	1157 <sup>11</sup> / <sub>12</sub>
	g) Drechsler . . . . .	"	36 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>	53 <sup>11</sup> / <sub>12</sub>	41 <sup>7</sup> / <sub>12</sub>
	h) Anstreicher . . . . .	"	63 <sup>1</sup> / <sub>6</sub>	85 <sup>11</sup> / <sub>12</sub>	117 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
	i) Böttcher . . . . .	"	38 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	191 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>	61 <sup>7</sup> / <sub>12</sub>
	k) Buchbinder . . . . .	"	276 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>	207 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	268 <sup>1</sup> / <sub>6</sub>
	l) Sattler . . . . .	"	173 <sup>5</sup> / <sub>6</sub>	—	—
	m) Mattenmacher . . . . .	"	22 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	16	—
	n) Korbmacher . . . . .	"	—	—	5 <sup>1</sup> / <sub>6</sub>
	o) Rasirer . . . . .	"	85 <sup>11</sup> / <sub>12</sub>	128	167 <sup>7</sup> / <sub>12</sub>
	p) Näherinnen . . . . .	"	702 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	334 <sup>1</sup> / <sub>6</sub>	596 <sup>1</sup> / <sub>6</sub>
	q) Stickerinnen . . . . .	"	209 <sup>3</sup> / <sub>6</sub>	111 <sup>5</sup> / <sub>6</sub>	312 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>
	r) Spinnerinnen . . . . .	"	104 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	—	—
	s) bei verschiedenen Draußenarbei- tern, auf den Wegen, beim Waschen und Mangeln . . . . .	"	8715 <sup>10</sup> / <sub>12</sub>	9031 <sup>7</sup> / <sub>12</sub>	10608

### Summarische der Einnahmen und Ausgaben der für die Jahre

Stato- Titel.	Einnahme.	1870.		1871.		1872.	
		Nach dem		Nach dem		Nach dem	
		Stato- Titel.	Wirkl. Einnahme.	Stato- Titel.	Wirkl. Einnahme.	Stato- Titel.	Wirkl. Einnahme.
		Zhr. Gg. Pf.	Zhr. Gg. Pf.	Zhr. Gg. Pf.	Zhr. Gg. Pf.	Zhr. Gg. Pf.	Zhr. Gg. Pf.
A. Bestand . . . .		—	9 8	—	10 11	—	4 2
B. Defecte . . . .		—	—	—	—	—	—
C. Reste . . . .		—	—	13	23 1	—	—
D. laufende Einnahmen:							
I. Richter Staats-Zu- schuß . . . .	7875	—	7875	7875	—	7875	—
II. a) Gemeindebeiträge .	41699 20 10	40357 18 2	45959 17 6	44958 10 10	45959 17 6	3002 15 10	
b) Aus Vandalmen- fonds . . . .	—	—	—	—	—	32029 12 7	
III. Aus der Oeconomia .	6130	6588 8 8	5095 12 6	4576 27 10	5095 12 6	6642 15 2	
IV. An Arbeitsdienst .	7090	6338 17 4	7670	4878 26 9	7670	6296 4 6	
V. Zufällige Einnahmen .	1644 9 2	1651 13 8	1400	1168 1 8	1400	2418 4	
Summa	64400	62811 7 6	68000	63471 11 1	68000	58563 26 8	

### Zusammenstellung Provincial-Arbeits-Anstalt zu Brauweiler 1870, 1871 und 1872.

C.

Stato- Titel.	Ausgabe.	1870.		1871.		1872.	
		Nach dem		Nach dem		Nach dem	
		Stato- Titel für 700 Köpfe.	Wirkl. Ausgabe für 581 Köpfe.	Stato- Titel für 650 Köpfe.	Wirkl. Ausgabe für 465 Köpfe.	Stato- Titel für 650 Köpfe.	Wirkl. Ausgabe für 477 Köpfe.
		Zhr. Gg. Pf.	Zhr. Gg. Pf.	Zhr. Gg. Pf.	Zhr. Gg. Pf.	Zhr. Gg. Pf.	Zhr. Gg. Pf.
A. Vorfuß . . . .		—	—	—	—	—	—
B. Zu Gute gehende Posten . . . .		—	8 9	—	—	—	—
C. Rückständige Zah- lungen . . . .		—	—	—	—	—	—
D. laufende Ausgaben:							
I. Befestigungen u. . .	18158	17130 24 3	17947	16985 6 8	17947	17573 5	
II. Speisung . . . .	25774 17 6	25029 25 9	29000	22827 28 8	29000	21633 26 8	
III. Krankenpflege . . .	580	644 5	570	552 26 6	570	642 3 5	
IV. Heizung . . . .	2300	1555 2 1	1650	2601 1 5	1650	2363 8 9	
V. Reinigung . . . .	1570	782 2 11	1270	1832 19 9	1270	1368 7	
VI. Bekleidung . . . .	5740	3083 11 2	6000	3517 17 9	6000	2163 3 9	
VII. Forderung . . . .	1500	2381 16 1	1650	571 26 3	1650	327 7 8	
VIII. Inventar und Hand- werkzeuge . . . .	1540	2100 23 4	2250	2283 28 6	2250	2187 24 8	
IX. Bauverordn . . . .	2545	5313 23 10	2545	2562 29 1	2545	2825 11	
X. Reinigung . . . .	800	486 25 3	650	519 29 11	650	751 7	
XI. Öffentliche Abgaben .	284 17 6	284 17 6	284 17 6	284 17 6	284 17 6	284 17 6	
XII. Kirchen- und Schulbe- dürfnisse . . . .	600	607 8	775	770 20 1	775	759 13 10	
XIII. Geschäftsführung . .	662	936 5 9	900	918 10 9	900	1017 11 3	
XIV. Außerordentliche Aus- gaben . . . .	2345 25	3204 4 5	2508 12 6	2809 25 5	2508 12 6	2916 15 4	
Summa	64400	63840 28 1	68000	58979 18 3	68000	56812 25 11	

## Rechnungs- über den Stand des Irren-Anstalts-

Einnahmen.	Baar.			In Papieren.		
	Thlr.	Sgr.	Pl.	Thlr.	Sgr.	Pl.
Von den ausgegebenen Obligationen . . . . .	904,818	15	—			
bedgl.	909,875	—	—			
Von der Universität Bonn . . . . .	15,000	—	—			
Rückstattung von Stempel . . . . .	2666	20	—			
Zinsen . . . . .	178	10	11			
dto.	2250	—	—			
dto.	540	—	—			
dto.	4724	6	—			
dto.	11,175	—	—			
dto.	65,996	4	—			
dto.	11,677	8	—			
dto.	9997	—	—			
dto.	22,515	—	—			
Baluta der vernichteten Rheinprovinz- Obligationen . . . . .	30,000	—	—			
Kleine Einnahmen der Spezialbankassen . . . . .	2704	20	3			
Rheinprovinz-Obligationen . . . . .	—	—	—	100,000	—	—
Rheinische Eisenbahn-Obligationen . . . . .	—	—	—	200,000	—	—
Berlin-Stettiner-Obligationen . . . . .	—	—	—	130,000	—	—
Oberschlesische Obligationen . . . . .	—	—	—	70,000	—	—
Cöln-Mindener Obligationen . . . . .	—	—	—	120,000	—	—
	1,994,117	24	2	620,000	—	—

## Uebersicht

Bau-Fonds am 31. Dezember 1873.

Ausgaben.	Baar.			In Papieren.		
	Thlr.	Sgr.	Pl.	Thlr.	Sgr.	Pl.
Für Grunderwerb, Baukosten, Gehälter u. für 100,000 Thaler Rheinprovinz-Obli- gationen . . . . .	1,112,419	11	4	—	—	—
Für 520,000 Thaler Eisenbahn-Obliga- tionen . . . . .	99,674	17	6			
Vernichtete Rheinprovinz-Obligationen . . . . .	501,336	15	—	30,000	—	—
	1,713,430	13	10	30,000	—	—
verglichen die Einnahme Bestand . . . . .	1,994,117	24	2	620,000	—	—
	280,687	10	4	590,000	—	—
welcher nachgewiesen wird:						
Bei der Provinzial-Hilfs-Kasse baar resp. in Berechnung und in Papieren . . . . .	266,377	4	—	590,000	—	—
In der Spezialkasse Andernach . . . . .	4888	20	9			
"    Bonn . . . . .	3862	22	—			
"    Düren . . . . .	2082	25	1			
"    Merzig . . . . .	450	5	11			
"    Gerresheim . . . . .	3025	22	7			
	280,687	10	4	590,000	—	—
Der Abchluß der Provinzial-Hilfs-Kasse weist am 31. Dezember pr. einen Be- stand nach . . . . .	269,365	12	—	590,000	—	—
	10,000	—	—			

Die Differenz von 12,988 Thlr. 8 Sgr. im Baar-Bestande rührt daher, daß die Provinzial-Hilfs-Kasse zwei Zahlungs-Ordres vom 31. Dezember pr. zum gleichen Betrage noch nicht effectuirt haben konnte, die aber vordem pos. 1 in Soll-Ausgabe gestellt sind.

## Ueber-

der in dem Zeitraum vom 1. Januar 1870 bis Ende Dezember 1872

Jahrgänge.	Bestand vorigen Jahres.	Neue Aufnahme.	Summa.	Entlassenen.	Bestand am Schluß des Jahres.	Von diesen sämtlichen Kranken zu den fünf Rheinischen Regierungs-Bezirken				
						Coblenz.	Trier.	Rhein.	Stett.	Tüftschverf.
Bestand Ende 1869 . . . . .	238	—	—	—	—	29	12	30	71	95
Zugang im Jahr 1870 . . . . .	—	351	—	348	241	44	16	44	92	147
Zugang im Jahr 1871 . . . . .	—	333	—	335	239	41	26	39	90	132
Zugang im Jahr 1872 . . . . .	—	372	—	353	258	40	30	44	97	160
Summa-Aufnahme . . . . .	—	1056	—	1036	—	154	84	157	350	534
Der Bestand Ende 1869 zugezählt, waren demnach vom 1. Januar 1870 bis dahin 1872 in der Anstalt . . . . .	—	238	—	—	—	—	—	—	—	—
		1294								

Recapitulation.	Rheinländer.	Anderer Inländer.	Aus nicht preussischen Staaten.	Summa.
Von den Normalverpflegten . . . . .	1192	2	6	1200
Von den Pensionairen I. Klasse . . . . .	9	2	2	13
Von den Pensionairen II. Klasse . . . . .	78	2	1	81
Summa . . . . .	1279	6	9	1294

## sicht

in der Irren-Heilanstalt zu Siegburg verpflegten Kranken.

Zu andern Provinzen des preuss. Staates zu nicht preussischen Staaten.	Summa.	Hiervon waren:		Summa.	Diese erhielten:			Bemerkungen.		
		Normalmäßig Verpflegte.	Pensionaire:		den I. oder II. Tisch.	den II. Tisch.	den III. Tisch.			
—	1	238	226	3	9	238	5	7	226	Einzelne Personen der 2. Klasse haben später den I. Tisch erhalten. Nach Schluß der Quartallisten ist 1 Normalkranter als Ausländer verpflegt worden. Of. Regierungsbezirk Coblenz.
3	5	351	322	5	24	351	5	24	322	
2	2	333	310	4	19	333	5	18	310	
—	1	372	342	1	29	372	2	28	342	
6	9	1294	1200	13	81	1294	17	77	1200	
					94			1294		



## Nachweisung

zur Ermittlung des Reinertrages bei der Land- und Viehwirtschaft der Provinzial-Irren-Heilanstalt zu Siegburg pro 1870, 1871, 1872.

Der Spezial- Geld- Rechnung Titel.	Einnahme.	1870.			1871.			1872.			Summa.			
		Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	
<b>A. Ertrag der Landwirthschaft.</b>														
I	Ertrag der Weingärten . . . . .	55	9	—	25	27	—							
II	„ „ Gärten und Felder . . . . .	1934	17	2	1858	—	6	2348	12	7				
III	„ „ Krankengärten . . . . .	51	28	8	72	21	4	60	1	1				
IV	„ „ Wiesen, Rasenplätze und Böschungen . . . . .	244	7	6	294	12	—	236	25	—				
V	„ „ Obstbäume . . . . .	172	—	3	69	12	6	144	27	8				
	Einnahme-Summa A.	2458	2	7	2320	13	4	2790	6	4	7568	22	3	
<b>B. Ertrag der Viehwirthschaft.</b>														
VI	Ertrag der Kühe . . . . .	1974	28	—	2075	15	4	2003	29	—				
VII	„ des Federviehes . . . . .	27	10	3	44	15	9	47	1	—				
VIII	Für verkauftes Vieh . . . . .	779	25	—	770	15	—	1267	—	—				
IX	Werth des Düngers . . . . .	247	—	—	232	20	—	264	—	—				
	Einnahme-Summa B.	3029	3	3	3123	6	1	3582	—	—	9734	9	4	
	Gesamt-Einnahme										17303	1	7	
<b>Ausgabe.</b>														
<b>A. Für die Landwirthschaft.</b>														
I	Tagelohn zum Betriebe der Land- wirthschaft . . . . .	193	7	—	209	25	6	248	7	6				
II	Zum Ankauf von Sämereien, Pflanzen und Stangen . . . . .	102	24	11	76	24	4	87	21	—				
III	Werth des Düngers . . . . .	286	29	—	246	2	—	301	12	—				
IV	Für Anschaffung und Unterhaltung der Landwirthschaftsgeräte . . . . .	237	25	11	240	21	4	199	15	2				
V	Insgemein . . . . .	—	—	—	—	—	—	49	26	—				
	Ausgabe-Summa A.	820	26	10	773	13	2	886	21	8	2481	1	8	
<b>B. Für die Viehwirthschaft.</b>														
VI	Für Fütterung und Streu (ein- schließlich für 4 Pferde . . . . .	2450	17	7	3236	28	8	2830	23	3				
VII	Zum Ankauf von Vieh . . . . .	746	10	—	774	20	—	1252	5	—				
VIII	ad Extraordinarium . . . . .	83	28	—	91	24	1	34	19	6				
	Ausgabe-Summa B.	3280	25	7	4103	12	9	4117	17	9	11501	26	1	
	Latus . . . . .										13982	27	9	

Der Spezial- Geld- Rechnung Titel	Ausgabe.	1870.			1871.			1872.			Summa.		
		Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.	Thlr.	Sg.	Pf.
		Transport . . . . .										13982	27
C. Außerdem.													
Lohn und Emolumenten des Gärtners . . . . .	302	2	2	319	14	11	329	20	—				
„ „ „ Biehwärter's . . . . .	155	24	11	169	21	2	173	10	10				
„ „ „ Ackerknechtes . . . . .	146	24	11	162	21	2	167	10	10				
Ausgabe-Summa C.	604	22	—	651	27	3	670	11	8	1927	—	11	
Gesamt-Ausgabe										15909	28	8	
<b>Berechnung.</b>													
Gesamt-Einnahme in 3 Jahren . . . . .										17303	1	7	
Gesamt-Ausgabe . . . . .										15909	27	8	
Rein-Ertrag . . . . .										1393	2	11	
Rein-Ertrag durchschnittlich pro Jahr . . . . .										464	11	—	

## Geschäfts-Anweisung

für die

Direction der Rheinischen Provinzial-Hülfskasse.

Zur Ausführung des §. 23 des Statuts der Rheinischen Provinzial-Hülfskasse wird auf Grund des §. 6 des Regulativs für die Organisation der Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten in der Rheinprovinz vom 27. September 1871 (Ges.-S. S. 469 u. ff.) und in Folge Beschlusses des Provinzial-Verwaltungsraths vom 6. d. M. der Direction der Provinzial-Hülfskasse folgende Geschäfts-Anweisung ertheilt.

### §. 1.

Die Direction besteht nach §. 21 des Statuts aus drei von dem Provinzial-Verwaltungsrathe ernannten Mitgliedern und einer gleichen Anzahl von Stellvertretern.

Eins der Mitglieder versieht die Funktionen des Syndikus und hat demnach hauptsächlich den Rechtspunkt wahrzunehmen.

Die Einberufung eines Stellvertreters erfolgt in der Regel nur für den Fall länger dauernder Verhinderung oder eingetretener gänzlicher Unfähigkeit dessen, für den er eintreten soll. Zu den Sitzungen der Direction muß die Einberufung des betreffenden Stellvertreters auch im Falle einer vorübergehenden Verhinderung eines oder des andern Mitgliedes stattfinden.

Die Direction wählt jährlich aus ihrer Mitte ein Mitglied zum Vorsitzenden nach Stimmenmehrheit.

Die Direction ernennet unter Genehmigung des Provinzial-Verwaltungsraths folgende Unterbeamte:

- a) einen Sekretair, welcher zugleich die Calculatur- und Control-Geschäfte versieht,
- b) und c) einen ersten und zweiten Buchhalter,
- d) einen Kassirer,
- e) einen Registrator.

Alle diese Unterbeamten werden jeberzeit widerruflich oder auf Kündigung angestellt.

#### §. 2.

Der Vorsitzende der Direction hat alle eingehenden Schreiben u. s. w. in Empfang zu nehmen, in den Geschäftsgang zu leiten und alle von der Direction ausgehenden Ausfertigungen zu unterschreiben.

#### §. 3.

Der Sekretair hat die ergangenen Verfügungen und Beschlüsse zu expediren, die Geschäfte der Calculatur und Controlführung zu besorgen und alle ihm sonst von dem Vorsitzenden und den Mitgliedern der Direction aufzutragenden Geschäfte der Provinzial-Hilfskasse zu erledigen.

#### §. 4.

Die beiden Buchhalter haben die gesammte Buch- und Rechnungsführung und namentlich der erste Buchhalter die Führung der Haupt-Einnahme- und Ausgabe-Journale, des Haupt-Contos und den unmittelbaren Verkehr mit dem Publikum.

Der zweite Buchhalter aber die Eintragung in die Contobücher zu besorgen.

Der erste Buchhalter hat eine Caution zu stellen, deren Höhe bis auf Weiteres auf 500 Thlr. bestimmt wird.

#### §. 5.

Dem Kassirer liegt der Verkehr mit dem baaren Gelde, namentlich das Einnehmen und Auszahlen ob. Er hat ebenfalls eine Caution, deren Höhe bis auf Weiteres auf 500 Thlr. festgesetzt wird, zu leisten.

#### §. 6.

Der Registrator verwaltet die Registratur und führt das Correspondenz-Journal.

Das zu den rein mechanischen Dienstleistungen benötigte Personal, als Boten- und Kassen-diener, kann nach Bedarf von der Direction angenommen werden.

Die Bureau-Bedürfnisse werden in bisheriger Weise liquidirt.

#### §. 7.

Zu den Sitzungen der Direction, welche so oft stattfinden haben, als der Vorsitzende für nöthig hält, hat Letzterer mindestens 8 Tage vorher einzuladen.

Der Vorsitzende ist verpflichtet, eine Sitzung anzuberaumen, wenn die beiden andern Mitglieder oder auch nur eines derselben dies in einem motivirten Antrage schriftlich beantragen.

Die Beschlüsse der Direction werden nach Stimmenmehrheit gefaßt.

Beschließt die Direction, eines ihrer Mitglieder mit Einziehung von Erkundigungen und informatorischen Verhandlungen zu betrauen, so hat ein solches Mitglied die Verpflichtung und die aus deren Erfüllung folgende Berechtigung, sich dieser vorbereitenden Arbeit zu unterziehen und zu dem Zwecke die Abfertigung der nöthigen Schreiben an die verschiedenen Behörden und Privatpersonen, von denen es die geeignetste Aufklärung zu erhalten hofft, zu besorgen.

## §. 8.

Ueber alle Verhandlungen ist von dem Sekretair oder einem Mitgliede ein kurzes Sitzungsprotokoll aufzunehmen, welches die Anträge und Beschlüsse der Direction unter Hinzufügung der Hauptmotive enthalten muß. Dasselbe ist von allen Mitgliedern der Direction, welche an der Sitzung Theil genommen haben, zu unterzeichnen.

Die Urkunden und Ausfertigungen werden von dem Vorsitzenden Namens der Direction vollzogen und von dem Sekretair contrafirmirt.

## §. 9.

Die Direction hat die eingehenden Darlehnsgefuche einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen, um sich sowohl von dem Vorhaben, wofür die Kapitalien verlangt werden, als auch von der Sicherheit, welche die Eigenschaften und Verhältnisse der Unterstellung für die gehörige Verwendung des Geldes und vollständige Erfüllung der Bedingungen darbieten, genau zu unterrichten.

Die Direction hat darauf zu halten, daß Private, welche zu den in §. 8 d und e des Statuts aufgeführten Zwecken ein Darlehn verlangen, die Art und den Umfang ihres Unternehmens ausführlich angeben und die dazu erforderlichen Kosten möglichst genau und detaillirt bezeichnen, so daß man sich schon im Voraus überzeugen kann, daß die verlangte Summe wirklich erforderlich sein werde. Sie hat ferner die Sicherheit, welche für das Kapital sowohl, als für die richtige Zahlung der Zinsen und resp. Amortisations-Raten gestellt werden kann, genau zu prüfen und darauf zu halten, daß die im §. 11 des Statuts vorgeschriebenen Zeugnisse beizubringen sind.

Der Direction bleibt überlassen, sich die Ueberzeugung von dem Werth der zu verpfändenden Grundstücke nach ihrem reiflichen Ermessen auf diejenige Art zu verschaffen, welche von ihr für die zweckdienlichste erachtet wird. Bei Annahmungen von Häusern auf Unterpfand wird die größte Vorsicht unter Berücksichtigung der häufig schwankenden Werthverhältnisse nothwendig sein.

Es bleibt vorbehalten, nach den zu gewinnenden Erfahrungen spezielle Bestimmungen zur Sicherstellung der Provinzial-Hilfskasse zu ertheilen.

## §. 10.

Terminzahlungen bei Darlehen sind zulässig, wenn der Debitor die Gelder nicht auf einmal braucht. In diesem Falle wird die Schuldverschreibung zwar gleich über die ganze Summe des bewilligten Darlehens ausgestellt und resp. eingetragen, der Darlehensempfänger erhält aber Revers über die noch nicht erhobenen Quoten, die er demnächst gegen die nachträglichen Zahlungen zurückgibt.

## §. 11.

Die von Kreisen, Gemeinden und mit Korporationsrechten versehenen Genossenschaften für die Kasse auszustellenden Schuldurkunden brauchen weder notariell noch gerichtlich ausgestellt zu werden; vielmehr genügt es, wenn diese Urkunden von den gesetzlichen Vertretern dieser Korporationen ausgestellt sind. Rücksichtlich der Kreise ist aber wie auch im §. 11 des Statuts bestimmt, darauf zu halten, daß rite bestätigte Kreistagsbeschlüsse vorhanden sein müssen, und was die Gemeinden anbelangt, so müssen die Schuldurkunden derselben stets von der betreffenden königlichen Regierung genehmigt sein.

Dasselbe gilt von denjenigen Genossenschaften, über welche der Staat das Obergaufsichtsrecht ausübt.

Alle übrigen Darlehnsnehmer müssen gerichtliche oder notarielle Obligationen ausstellen.



Wenn Hypothekbestellung für das Darlehn stipulirt ist, muß die Eintragung auf Kosten des Anleihers gehörigen Orts bewirkt werden.

Die Auszahlung der Darlehns-Baluta darf erst nach Einreichung der vollständigen Schulurkunde und nach Erledigung aller Förmlichkeiten erfolgen.

#### §. 12.

Nachdem zufolge des §. 7 des Statuts mit Genehmigung des Provinzial-Verwaltungsraths der Zinsfuß der gewöhnlichen und der Amortisations-Darlehne und die davon abhängigen Zahlungs-Modalitäten der letzteren von der Direction festgesetzt sind, sind dieselben in der Regel im Monat Dezember des laufenden Jahres als für das nächste Jahr gültig, durch die Amtsblätter und die Aachener, Coblenzer, Cölnner, Düsseldorfser und Trierische Zeitung bekannt zu machen.

#### §. 13.

Die Direction hat den Landrath des betreffenden Kreises von jedem Darlehen, desgleichen von allen später eintretenden Veränderungen in Betreff der ausgeliehenen Kapitalien sogleich in Kenntniß zu setzen. Eine gleiche Mittheilung ist dem betreffenden Bürgermeister dann zu machen, wenn nicht die von ihm verwaltete Gemeinde selbst die Darleiherin ist.

#### §. 14.

Insofern die Baarbestände der Hilfskasse nicht auf die im §. 15 des Statuts gedachte Weise verzinslich angelegt werden können, bleibt die Direction im Hinblick auf Art. 4 des Reglements vom 15. Januar 1873 und in Gemäßheit der Bestimmung im §. 15 der bisherigen Geschäfts-Anweisung befugt, eine Summe bis zu Zweihundert Tausend Thalern bei dem Schaafhausen'schen Bankvereine oder bei der Cölnischen Privatbank verzinslich zu hinterlegen.

Die geldwerthen Papiere und baaren Gelder, insofern letztere nicht bei einem Bank-Institute belegt werden können, müssen in einem vollkommen sicheren und feuerfesten Lokale aufbewahrt werden. Die Behältnisse, in welchen die baaren Gelder und geldwerthen Papiere sich befinden, müssen mit drei Schlössern versehen sein. Den einen Schlüssel hat der Vorsitzende, den zweiten der erste Buchhalter und den dritten der Kassirer in Verwahr.

#### §. 15.

Die laufenden Zinsen werden ohne besondere Anweisung der Direction vom Kassirer angenommen, von dem Buchhalter gebucht und gültig quittirt.

Zur Annahme von Kapitalien und zur Verausgabung von Geldern bedarf es aber jedesmal einer besonderen schriftlichen von dem Vorsitzenden vollzogenen und von dem Secretair contrasignirten Anweisung.

Ueber eingehende Kapitalien, sowohl an Depositen als an Kapitalablagen auf Darlehne wird stets von dem Vorsitzenden der Direction quittirt. Die Quittungen desselben werden von dem Secretair contrasignirt.

#### §. 16.

Zinsen, Amortisationsraten und Kapitalrückzahlungen müssen von den Schuldnern kostenfrei an die Hilfskasse abgeführt werden.

#### §. 17.

Die Direction der Hilfskasse wird ermächtigt, bei der königlichen Hauptbank oder einer der Filial-Anstalten der Preussischen Bank gegen Verpfändung von Staatsschuldsscheinen oder anderen Papieren Darlehne in laufender Rechnung aufzunehmen, über deren Empfang, sowie über den Rückempfang der Uterpfänder zu quittiren, sich auch für diesen Zweck einen der Directoren oder

der Unterbeamten zu substituiren, um auch ungewöhnlichen nicht vorhergesehenen Anforderungen genügen zu können.

§. 18.

Die Direction der Hülfskasse schließt ihre Rechnung mit dem Kalenderjahre und hat den Final-Abschluß am folgenden 31. März dem Provinzial-Verwaltungsrathe einzureichen.

§. 19.

Wegen Annahme der Münzsorten und des Papiergeldes hat die Hülfskasse die für die Staatskassen bestehenden Vorschriften zu beachten.

§. 20.

Nachdem in Gemäßheit der §§. 4 und 5 des unterm 19. April 1869 Allerhöchst genehmigten Regulativs betreffend die Emission auf den Inhaber lautender Obligationen der Rheinprovinz die alljährlich nach dem Tilgungsplane vom 23. Januar 1873 zu amortisirenden Obligationen, sei es im Wege des Ankaufes oder durch Ausloosung, festgestellt sind, hat die Direction diese Obligationen und Coupons, welche in den Besitz der Provinzial-Hülfskasse gekommen sind, in einer Sitzung nach Serie, Nummer und Betrag der Obligationen, sowie der zugehörigen Zinscoupons zu constatiren, die Obligationen und zugehörigen Coupons durch Verbrennung zu vernichten und darüber eine schriftliche Verhandlung aufzunehmen, welche dem Provinzial-Verwaltungsrath in beglaubigter Abschrift einzureichen ist.

Diese Verhandlung muß auch constatiren, welche der ausgelosten Obligationen in dem Tilgungsjahre nicht zur Tilgung präsentirt worden sind, und welche in früheren Jahren ausgeloste Obligationen erst später eingeliefert und vernichtet wurden.

§. 21.

Die Direction ist verpflichtet, monatliche Kassen-Abschlüsse an den Provinzial-Verwaltungsrath einzureichen und monatlich eine Kassen-Revision an dem für die königliche Regierungshauptkasse in Köln bestimmten Revisionstage abzuhalten.

Die monatlichen Abschlüsse müssen:

1. außer den Einnahmen, Ausgaben und Beständen der Hülfskasse selbst und
2. den zur Disposition der Stände stehenden Ueberschüssen derselben auch diejenigen
3. des von der Direction der Hülfskasse mitverwalteten Meliorationsfonds,
4. des Baufonds der Rheinischen Irren-Anstalten und
5. des Verzinsungs- und Amortisationsfonds der Provinzial-Obligationen ersichtlich machen.

Der Provinzial-Verwaltungsrath ist berechtigt, außerordentliche Kassen-Revisionen zu veranlassen.

C o b l e n z, den 15. März 1873.

**Der Vorsitzende des Provinzial-Verwaltungsraths**

gez. Frhr. Kaiß von Freuß.

## Aerztlicher Bericht

über die Wirksamkeit der Irren-Heilanstalt zu Siegburg während der Jahre  
1870, 1871, 1872 und 1873.

Erstattet im April 1874 von dem Direktor der Anstalt, Geheimen Medizinal-Rath Dr. Rasse.

Die tabellarische Darstellung der Wirksamkeit der Irren-Heilanstalt für den Zeitraum vom 1. Januar 1870 bis zum 31. Dezember 1873 erlaube ich mir mit einigen Bemerkungen über die allgemeinen Gesundheitsverhältnisse der Anstalt einzuleiten.

Der eine lange Reihe von Jahren hindurch in der Anstalt heimische Typhus darf als ganz verschwunden bezeichnet werden; als letzte Spur desselben könnte höchstens die im Anfang des Jahres 1870 vorgekommene Erkrankung einer Wärterin an einem Typhoid betrachtet werden, insofern diese während der Dienstleitung in der hygienisch am ungünstigsten disponirten Abtheilung des Hauses (Zellengebäude) erkrankte. Ein im Jahre 1873 in der Anstalt eingebrachter Fall von Typhus bei einer melancholischen Kranken verlief günstig, ohne zu weiterer Verbreitung Veranlassung zu geben.

Ein Gleiches darf ich von einem im Jahre 1872 in der Anstalt aufgetretenen Pockenfall berichten. Der Kranke kam aus einer damals stark von Pocken inficirten Gegend des Niederrheins und erkrankte an denselben erst mehrere Wochen nach seiner Aufnahme mit günstigem Erfolge. Die sofortige Absperrung des Kranken, die bei dem Mangel einer Reserve-Abtheilung in hiesiger Anstalt nur durch Bretterverschlüsse und reichliche Desinfection erzielt werden konnte, und die mehrmalige Revaccination sämmtlicher Hausbewohner hatten das überraschend günstige Resultat zur Folge, daß im Gegensatz zu der im vorigen Bericht (pag. 4) erwähnten Epidemie vom Jahre 1867 jener Fall völlig vereinzelt blieb und keine Weiterverbreitung stattfand. Dagegen ist in den Herbstmonaten der Jahre 1872 und 1873 die Ruhr in der Anstalt, wenn auch jedesmal nur in geringer Ausdehnung ausgebrochen. Im August 1872 wurde ein tobsüchtiger Kranker mit der Ruhr eingebracht und erlag derselben nach sechs Wochen; ein zweiter in derselben Abtheilung (aufgeregter Blödsinn) erkrankte ebenfalls mit letalem Ausgange. Im Jahre 1873 wiederholte sich im August derselbe Vorgang; bei einem tobsüchtigen Kranken brach die Ruhr kurze Zeit nach seiner Aufnahme aus, und fünf andre Kranke derselben Abtheilung erkrankten im Verlaufe der nächsten Monate, von denen einer (chronischer Maniacus mit Gefäß-Atherosis und verschleppter Pleuritis) mit Tod abging. Der Umstand, daß die Krankheit in der ohnehin so ungünstig situirten Abtheilung für Unruhige und Unreinliche zum Ausbruch kam, erschwerte sowohl die Behandlung der äußerst unruhigen Kranken als die prophylaktischen Maßregeln ungemein, sodaß die Beschränkung der Epidemie auf die obigen Fälle noch als sehr glücklich anzusehen ist.

Ich will nicht unterlassen zu erwähnen, daß im Jahr 1872 sich in der Infirmerie (dem für bettlägrige, acute Kranke bestimmten Raum der weiblichen Abtheilung die Geschlechtsrose in der Weise eingebürgert hatte, daß eine Reihe von dahin wegen anderer Krankheiten verlegten Patienten von derselben befallen wurden. Erst nachdem der betreffende Raum nach erfolgter Entleerung gründlich desinficirt worden, ist es gelungen, weiterem Umsichgreifen dieses Processes Einhalt zu thun.

In die Periode, über welche die Berichterstattung sich erstreckt, fällt der deutsch-französische Krieg. Er hat auch unsere Anstalt in mehrfacher Weise beeinflusst. Zunächst durch die Aufnahme französischer Kriegsgefangener, welche in Irrenium verfallen waren. Unter den Gefangenen von



Sedan, welche in den Lagern bei Cöln internirt wurden, war das Vorkommen von Geistesstörung keine seltne Erscheinung. Die Anstalt, deren Verhältniß die Aufnahme einer größeren Zahl solcher Fälle nicht gestatteten, da deren Behandlung bei der Unkenntniß unsers Wartpersonals mit dem fremden Idiom große Unzuträglichkeiten veranlasste, nahm 4 französische geistesranke Gefangene, von denen 2 genesen entlassen wurden, auf, mußte aber sich gegen die weitere Zuführung dieser Kranken verwahren, da ihre Verhältnisse dadurch zum Nachtheil der einheimischen Kranken Beeinträchtigung erlitten haben würden. Von größerem Umfange war die Aufgabe, der die Anstalt sich nicht entziehen konnte, diejenigen erkrankten Soldaten, die im Feldzuge selbst und noch mehr, die nach dem Feldzuge, aber in unmittelbarer Folge von dessen Einwirkung nach ihrer Entlassung als geistesgestört erkannt wurden, zur Behandlung aufzunehmen. Die Zahl solcher Kranken, welche in den letzten Jahren hier zur Aufnahme gelangten, beträgt 31, außerdem mußten noch 4 als ungeeignet zur Aufnahme wegen bereits in terminalen Blödsinn übergegangener Psychose abgewiesen werden. Nur der kleinere Theil derselben (8) wurde, entweder im Feldzug (4) oder im Garnison- und Lazarethdienst (4) erkrankt, direct in die Anstalt übergeführt; der größere (23) bestand aus solchen, welche bereits in Lazarethpflege (auch in Haft) während des Feldzugs sich befunden hatten und von da nach Hause entlassen worden waren (14), und endlich aus solchen, welche ohne vorhergegangene Erkrankung, die im Dienste zu ärztlichem Einschreiten Veranlassung gegeben hätte, nach erfolgter Entlassung erst in ihrer Heimath als geistig erkrankt erkannt wurden (9). Diesen Verhältnissen entsprechend fielen die Aufnahmen in die Anstalt weniger in die Jahre 1870 und 1871, in denen nur 1 resp. 9 derselben zugeführt wurden, als in die späteren Jahre; 1872 wurden 14, 1873 noch 7 Kranke, deren Störung aus dem Feldzuge datirte, aufgenommen, und auch die oben erwähnten Abweichungen (4) gehörten den beiden letzten Jahren an.

Diese Krankheitsfälle trugen im Allgemeinen einen ungünstigen Character an sich. Sie gehörten nur zum kleinsten Theile den primären Formen an (Tobsucht 6, Melancholie 7), die Mehrzahl dagegen waren chronische, in Wahn- oder Blödsinn übergegangene Psychosen, mit langsamer Entwicklung, zahlreichen motorischen Störungen und dem ausgesprochenen Typus geistiger Schwäche (Dementia paralytica kam nur 2 Mal zur Beobachtung). Ein genaueres Studium dieser Fälle ergibt, daß allerdings bei Manchen prädisponirende Momente (vorzugsweise in Erbllichkeit und Trunk) vorhanden waren, für die meisten aber die Krankheitsursache doch in dem Feldzuge selbst zu suchen war. War sie für einen gewissen Theil in acuten Krankheitsprozessen (Verwundungen, Typhus, Ruhr, Rheumatismus, Sonnenstich, Wechselfieber) von denen die Betroffenen befallen worden, nachzuweisen, so fehlten solche Veranlassungen doch bei mehreren Anderen, und die Fälle sind nicht selten, wo, ohne daß eine auffällige Störung während der Dienstzeit beobachtet worden, erst nach der Entlassung und Rückkehr in die Heimath die abnorme geistige Veränderung zum Vorschein kam, welche sich dann allmählig zur vollen Psychose entwickelte und gewöhnlich erst sehr spät die Aufnahme in die Heilanstalt herbeiführte. Natürlich sind es diese Fälle, welche bei der schließlich von den Angehörigen oder den Ortsbehörden nachgesuchten Pensionirung die größten Schwierigkeiten verursachen, zumal die gesetzliche Zeitfrist für eine solche längst verstrichen ist.

Die Resultate der Behandlung sind unter diesen Umständen begreiflicher Weise keineswegs günstig gewesen; nur die leichten acuten Formen gingen in Genesung über, und zwar befanden sich unter den 7 Genesenen sämtliche maniacalisch erregte Kranke, während die Melancholiker mit nur einer einzigen Ausnahme alle dem Fortschritt des geistigen Verfalls erlagen. Im Wesentlichen bestätigten sich somit die Erfahrungen, welche die Heilanstalt bereits mit den in Folge des Feldzuges von 1866 erkrankten geistesgestörten Militärpersonen gemacht hat, und ich glaube die Bemerkungen,



welche ich am Schluß einer Abhandlung über die Eigenthümlichkeit dieser Fälle (Erkrankungen beim Militair nach 1866. Zeitschrift für Psychiatrie, Band 27) ausgesprochen habe, ebenfalls auf die nach dem Feldzuge nach 1870/71 erkrankten Militairs mit allem Rechte ausdehnen zu dürfen, indem ich auch jetzt bei den hier zur Beobachtung gekommenen Fällen einen gemeinsamen Zug auffallender psychischer Schwäche wahrgenommen habe, welche unbeschadet der verschiedenen Erscheinungsformen des Irrens sich in der Energielosigkeit, Unbestimmtheit, Theilnahmslosigkeit, Gedächtnißschwäche, dann häufigen Wechsel der Wahnvorstellungen, den fast nie fehlenden Lähmungssymptomen in der motorischen Sphäre und dem sicheren Uebergang in psychische Erschöpfung kennzeichnete.

Aus der Zahl der hier zur Aufnahme und Kenntniß gekommenen Erkrankungsfälle (35) einen Schluß auf die Häufigkeit der Geistesstörungen in Folge des Feldzuges von 1870/71 überhaupt ziehen zu wollen, würde freilich durchaus unzulässig sein; die größte Zahl von Geistesstörungen wird wohl unmittelbar im Feldzuge selbst vorgekommen sein und entweder in den Lazarethen oder nach rascher Entlassung der Erkrankten in die Heimath ihr Ende in acutem vielfach letalem Verlaufe gefunden haben, wie dieses den im Felde thätig gewesenen Aerzten hinlänglich bekannt sein wird, und die hiesige Beobachtung beschränkt sich ohnedem nur auf die niederen militärischen Rangstufen und meistens dem arbeitenden Stande angehörige Personen eines einzigen, des rheinischen Armeecorps. Es läßt sich darnach nur ahnen, wie groß der wenig in die Augen fallende Verlust gewesen sein muß, welche die gesammte deutsche Armee durch die psychische Störung ihrer Glieder in Folge des letzten Feldzuges erlitten haben mag.

Eine dritte Beeinflussung vom Kriege hat unsre Anstalt durch die zahlreiche Einberufung unsrer Wärter zum Kriegsdienst im Jahr 1870 erfahren; es wurden uns fast die Hälfte des männlichen Wartpersonals (mit 1 Oberwärter, Apotheker, Assistenten- und Volontairärzte) plötzlich entzogen, und der Ersatz war ein so mangelhafter, daß nur mit größter Mühe die Continuität des Dienstes erhalten werden konnte. Aehnliche Erfahrungen brachte übrigens das Jahr 1873 mit seiner fabelhaften Steigerung der Lohnverhältnisse; verlockt durch die glänzenden Auerbietungen der Industrie verließen zahlreiche Wärter die Anstalt, welche trotz einer im Sommer 1872 vom XXI. rheinischen Provinziallandtag bewilligten Lohnverbesserung nicht in der Lage war, Schritt zu halten mit der Steigerung der Löhne, und nur kümmerlich unter Heranziehung der im Dienste der Anstalt befindlichen Tagelöhner und Hausknechte gelang es den dringendsten Forderungen für Bewachung und Beschäftigung der Kranken zu genügen.

Der Zubrang zu der Heilanstalt hat in dem 4jährigen Zeitraum sich wieder gesteigert, wie sich aus der Zahl der Aufnahmeanträge ergibt.

Es sind deren im Jahr

1870 . . . . .	517
1871 . . . . .	501
1872 . . . . .	558
1873 . . . . .	568

Summa 2144

erfolgt, durchschnittlich im Jahr also 536, während deren Zahl von 1864 bis 1866 sich nur auf 1237 (durchschnittlich 409) von 1867 bis 1869 auf 1530 (durchschnittlich 510) belief. Von diesen Anmeldungen gelangten 67, 6% (1450 Kranke) zur Aufnahme; 18, 5%, mußten von vornherein als ungeeignet abgewiesen werden und 13, 9% wurden trotz erfolgter Zusage nicht der Anstalt zugeführt. Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß es gelungen ist, die

Abweisungen in den letzten 4 Jahren noch mehr zu beschränken, als dieses früher schon geschehen ist; in den Berichtsperioden von 1864 bis 1866 wurden 23, 5% und von 1867 bis 1869 noch 20, 8% von den Angemeldeten zurückgewiesen. Die erfolgten Abweisungen betrafen nur solche Krankheitsfälle, bei denen entweder die lange Dauer oder die schon secundaire Form der Geistesstörung oder die Complication mit Epilepsie dem Statut der Anstalt entsprechend die Aufnahme verboten, und es darf hier zur Aufklärung von Mißverständnissen ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die in diesen Jahren allerdings chronisch gewordene Ueberfüllung der Anstalt nur insoweit einen berechtigten Einfluß auf die Entscheidungen über die Aufnahmen ausgeübt hat, als verjährte und prognostisch ungünstige Krankheitsfälle nicht in vollem unbeschränkten Maße zugelassen werden konnten. Daß aber darin die Praxis eines möglichststen Entgegenkommens geherrscht hat, bezeugen nicht bloß die obigen Zahlen, sondern vor allem die Menge der versuchsweisen Aufnahmen in diesem Zeitraum. Sie betreffen solche prognostisch höchst zweifelhafte Fälle, bei denen indessen auf Grund der üblichen ärztlichen Berichte ein definitives Urtheil über den Krankheitszustand und eine etwaige Besserungsfähigkeit sich nicht ohne nähere Beobachtung gewinnen läßt. Solche Kranke, deren Zustand erst eine Feststellung in der Anstalt erforderte, wurden 309 (179 Männer, 130 Frauen) während der letzten 4 Jahre aufgenommen, und die Nothwendigkeit dieser Maßregel, welche natürlich die Bereitwilligkeit der einliefernden Behörden zur sofortigen Zurücknahme der als ungeeignet erkannten Fälle voraussetzt, läßt sich aus den Resultaten ersehen, welche an diesen Kranken beobachtet worden sind. Ohne Anstellung eines Kurversuches mußten zwar 86 demnächst wieder entlassen werden; die übrigen (223) verblieben aber längere Zeit in der Anstalt, und bis jetzt haben von ihnen 28 als genesen und 40 als gebessert entlassen werden können. Wenn nun auch diese Einrichtung nicht dazu beiträgt, einen vortheilhaften Einfluß auf die Gesamt-Genesungszahlen der Anstalt auszuüben, so kann dieser Nachtheil gegenüber dem Vortheil, daß dadurch Irrthümern in der Beurtheilung der Krankheitsfälle und daraus entspringendem Schaden vorgebeugt wird, doch nicht in's Gewicht fallen.

Die Form der statistischen Uebersichten über den Zeitraum von 1870 bis 1873, zu deren Besprechung überzugehen ich mir jetzt erlaube, hat gegen den letzten Bericht keine Aenderung erfahren. Sie hat mit als Grundlage für die im vorigen Jahr stattgehabten Berathungen des Vereins der deutschen Irrenärzte zu Wiesbaden gedient, und es sind als Ergebnisse der seit mehreren Jahren vorbereiteten Schritte für die Herstellung einer gemeinsamen Statistik für die deutschen Irrenanstalten (Bericht pro 1867 — 69 pag. 7) jetzt definitive Vorschläge für eine solche von dem Verein der deutschen Irrenärzte festgestellt und angenommen worden, welche der Vorstand einstweilen zur freiwilligen Benutzung der deutschen Irrenanstalten vom 1. Januar 1874 ab empfiehlt, zugleich aber auch im Wege der Petition sowohl den königlichen Ministerien des Cultus und des Innern als dem Reichskanzleramte zur Prüfung resp. Einführung vorgelegt hat. Diese Vorschläge weichen in der Form nur wenig von den im letzten Bericht angewendeten Tabellen ab, sind aber nicht unbeträchtlich erweitert und konnten deshalb für die abgelaufene Periode bei der hiesigen Statistik noch nicht benutzt werden, da es an den (von jetzt ab durch Zählkarten vorzunehmenden) nöthigen Erhebungen gefehlt hat. Die Beibehaltung der letzten tabellarischen Form war deshalb geboten, zumal sie auch den Vortheil leichterer Vergleichung mit der vorigen Berichtsperiode gewährt.\*)

\*) Da es wünschenswerth ist, daß die statistischen Erhebungen vom 1. Januar 1874 ab nach einem gemeinsamen Schema, wie oben erwähnt, erfolgen, so schien es mir angemessen, die Berichtsperiode, freilich nicht congruent mit dem Verwaltungsbericht, der sich nur auf die Jahre 1870 bis 72 erstreckt, auch auf das Jahr 1873 auszudehnen, um für die Zukunft eine Verschiedenheit in der Behandlung der Statistik zu vermeiden.

Die Frequenz der Heilanstalt hat in der Berichtsperiode fortschreitend zugenommen:

1870 . . . . .	351
1871 . . . . .	333
1872 . . . . .	372
1873 . . . . .	394

Summa 1450 Aufnahmen.

Die Aufnahme per Jahr betrug 362–363 Personen gegen 349 pro 1867–1869.

Der durchschnittliche Krankenbestand war um 20 Köpfe höher als in der letzten Periode (1867 bis 1869) und im Sommer 1873 ist der Stand der Bevölkerung stellenweise sogar über 300 gestiegen.

Wieder überwog das weibliche Geschlecht constant das männliche; gegen 670 Männer wurden 780 Frauen aufgenommen und durchschnittlich 27 Frauen stetig mehr verpflegt; und nur dem Umstande, daß der Abgang der weiblichen Kranken in gleichem Verhältnisse mit dem Zugange erfolgte, ist es zu verdanken, daß am Schluß der Berichtsperiode kein größeres Uebergewicht der Frauen gegen die Männer als zu deren Beginn sich ergeben hat. Dieser größere Abgang war aber bedingt durch das ungleich günstigere Genesungsverhältnis, welches ebenso wie früher die weiblichen Kranken gezeigt haben. (Das Verhältnis der Genesungen zu den Aufnahmen ist bei den Männern 23, 7 (1867–69 = 22, 5), bei den Frauen 36, 5% (1867–69 = 35, 1%) gewesen.) Die Gründe für die größere Genesungsfähigkeit der weiblichen von den männlichen Kranken lassen sich übrigens mit Leichtigkeit aus den Tabellen erkennen. Zunächst befindet sich unter der Gesamtzahl der mit primären Irreseinsformen (Melancholie und Manie) Aufgenommenen (892) fast 200 mehr Frauen als Männer und ein Blick auf die folgende Tabelle (2) läßt die Wahrnehmung machen, daß die Frauen im Ganzen mit viel kürzerer Krankheitsdauer, d. h. also viel rascher nach Ausbruch der Krankheit in die Anstalt aufgenommen wurden. Beide Umstände befördern natürlich die zahlreichen Genesungen bei unsern weiblichen Kranken.

Obgleich ich nicht geneigt bin (wie bereits im vorigen Bericht pag. 8 bemerkt) einen besonderen Werth auf das mehr oder minder günstige Gesamtverhältnis der Kurverfolge zu legen, so glaube ich doch, Angesichts der zahlreichen Zulassung prognostisch-zweifelhafter Krankheitsfälle in der gegenwärtigen Berichtsperiode, hier als Rechtfertigung dieser Praxis anführen zu dürfen, daß die gesammten Kurverfolge sich nicht ungünstiger, sondern gegen 1867–69 sogar etwas günstiger gestaltet haben. (Genesen im Verhältnis zu den Aufnahmen 1867–69 = 29, 2%, 1870–73 = 30, 6%; gebessert 1867–69 = 15, 9%, 1870–73 = 16, 6%.)

Die primären Formen der Geistesstörungen bilden natürlich unter den Aufnahmen die größere Hälfte und haben auch gegen 1867–69 wieder im Verhältnis zugenommen (1867–1869 = 52, 2% der Gesamtaufnahmen, 1870–73 = 61, 5%); sie tragen so dazu bei, der Heilanstalt ihren Character zu erhalten, weil, wie die Tabelle ergibt, die Genesungen fast gänzlich nur unter diesen Formen zu erwarten sind. Hervorzuheben ist die Thatsache, daß sich wieder die ungleich größere Genesungsfähigkeit der Manie von der Melancholie in dem letzten 4jährigen Zeitraum herausgestellt hat. Sie beträgt 56, 5% der Aufnahmen von Manie (1867–69 = 51, 3%) während die Melancholie übereinstimmend mit dem früheren Resultate (1867–69 = 33, 8%) nur 36, 5% Genesungen aufweist.

Auffallend ist die Wahrnehmung, daß von den ungeheilt Entlassenen nur eine verhältnißmäßig geringere Zahl in Pflgeanstalten abgegeben worden ist (234 in dem dreijährigen Zeitraum von 1867–69, 268 in dem letzten vierjährigen Zeitraum). Es weist dies darauf hin, daß, wie dieses

Tabelle 1.



auch durch den Bericht der betreffenden Ortsbehörden vielfach constatirt wurde, es jetzt sehr schwer fällt, Geistesranke, die aus der Heilanstalt entlassen werden sollen und zur Privatpflege nicht geeignet sind, gehörigen Orts unterzubringen, da die meisten Pflegeanstalten, vornehmlich die communalen und die Regierungsbezirks-Anstalten, bereits überfüllt sind und die Unterbringung auch in den zahlreichen von geistlichen Genossenschaften übernommenen Irrenanstalten nur mit Mühe gelingt: ein schlagender Belag, wenn es dessen noch bedürfen sollte, für die Nothwendigkeit derjenigen Fürsorge zur Unterbringung der Geisteskranken, welche die Provinzial-Vertretung durch den Neubau von 5 geräumigen Heil- und Pflege-Anstalten s. B. getroffen hat und demnächst zur Ausführung bringen wird.

Von Wichtigkeit ist es übrigens, darauf aufmerksam zu machen, daß die Aufenthaltszeit der abgegangenen Kranken in der Heilanstalt sich trotz der vermehrten Aufnahmen nicht vermindert hat; sie beträgt in dem 4jährigen Zeitraum von 1870—73 fast 9 Monate, während sie in der letzten Berichtsperiode bis auf 8 Monate gefallen war, und bezeugt dadurch, daß keineswegs eine vor schnelle und verfrühte Entlassung der Aufgenommenen stattgefunden hat. Ebenso hat die durchschnittliche Aufenthaltszeit der Genesenen sich während des gleichen Zeitraums auf 7 Monate belaufen, ist somit der früheren ganz gleich geblieben.

Wie selten ein Irrthum in der Beurtheilung des Geisteszustandes bei den zur Aufnahme Gelangenden überhaupt vorkommt, beweist wiederum die Erfahrung der letzten 4 Jahre. Nur ein einziger Fall wurde unter 1450 Aufnahmen als nicht irre erkannt, und dieser einzige betraf, wie gewöhnlich, wiederum einen Simulanten (einen Militärsträfling, dessen angebliche Geistesstörung zur Verdeckung von Desertion im Feldzug dienen sollte), während es weder jetzt noch früher in der Heilanstalt sich jemals ereignet hat, daß ihr Personen als geisteskrank zugeführt worden sind, die aus egoistischen Interessen, wie dieses das Publikum noch immer anzunehmen nur zu sehr geneigt ist, fälschlich für geistesgestört ausgegeben worden wären.

Bei der zweiten Tabelle komme ich zunächst auf die obige Bemerkung näher zurück, daß die weiblichen Kranken rascher der Heilanstalt zugeführt zu werden pflegen als die männlichen. Es läßt sich dieses Verhältniß aus der gedachten Tabelle ohne Weiteres dadurch entnehmen, daß die Aufnahmen der männlichen Kranken mit einer Krankheitsdauer bis zu 6 Monaten eine auffallend geringere ist, als die der weiblichen Kranken mit gleicher Krankheitsdauer. Von den weiblichen Kranken wurden 567 der Anstalt mit einer solchen Krankheitsdauer zugeführt, während 420 männliche Kranke mit gleicher Zeitfrist zur Aufnahme gelangten. Dasselbe Verhältniß hat sich schon 1867—1869 wiederholt (318 männliche, 403 weibliche Kranke bis zu 6monatlicher Krankheitsdauer). Wenn also die weiblichen Geisteskranken rascher der Heilanstalt zugeführt werden, wie dieses durch vieljährige Erfahrung bewiesen ist und die Zahl der männlichen Kranken, welche nach Ablauf von einer 6monatlichen Krankheitsdauer zur Aufnahme kommen, eine absolut höhere ist als die der weiblichen (1867—1869 = 154 männliche gegen 142 weibliche Kranke, 1870—1873 = 232 männliche gegen 185 weibliche Kranke), so muß dieses Verhältniß, wie oben schon angedeutet, einen besonderen Einfluß auf die Genesungsprocente ausüben. Zur Erklärung desselben möchte zu bemerken sein, daß einmal die Zahl der puerperalen Erkrankungen, welche mit höchst intensiven Symptomen auftreten, ein sehr großes Contingent zu den frischen Erkrankungen stellt und überhaupt die acuten Geistesstörungen bei dem weiblichen Geschlechte wohl meistens unter lebhafteren Erscheinungen als beim männlichen Geschlechte zu Tage treten, welche zu einer sofortigen Internirung der Kranken in eine Anstalt nöthigen.

Die Aufnahmen in die Heilanstalt sind im Ganzen in der Berichtsperiode übrigens nicht rascher erfolgt, als in den vorhergegangenen (68 zu 69 %).

Tabelle 2.



Tabelle 3.

Zu der dritten Tabelle (Lebensalter bei der Erkrankung unter Berücksichtigung der Form, der Erblichkeit und des Civilstandes) erlaube ich mir zu bemerken, daß wie in der Berichtsperiode 1867—1869 die zahlreicheren Erkrankungen des weiblichen Geschlechts in den Entwicklungsjahren (15—20 Jahre Pubertätszeit) und in den kräftigsten Lebensjahren (26—40 Jahre), besonders aber wieder vom 31.—35. Jahre, in die Augen fallen. Damit steht in Zusammenhang das Vorwiegen der Erkrankungen vom 26.—35. Lebensjahre bei den verheiratheten Frauen gegenüber den Ledigen. Die im vorigen Bericht (pag. 9) angeführten Gründe für dieses Verhältniß liegen auf der Hand, ebenso wie für die Bestätigung der beträchtlichen Häufigkeit des Vorkommens der Geistesstörung bei verwittweten Frauen.

Als ein weiteres Ergebniß aus dieser Uebersicht bezeichne ich die Thatsache, daß in dem früheren Lebensalter die Geistesstörung ungleich häufiger in der Form der Manie auftritt, während vom mittleren Lebensalter (35 Jahr) an die Melancholie größere Ausdehnung gewinnt. Aus der Uebersicht der letzten 4 Jahre geht hervor, daß vom 16.—35. Lebensjahr die geistigen Erkrankungen vorwiegend in der Form der Manie erfolgten (236 unter 339 sämmtlichen Maniacalischen) während die melancholisch Erkrankten ungleich seltner in dieser Lebensperiode waren (185 unter 389 Melancholischen überhaupt). Sonach fallen mehr als zwei Drittel aller an Manie Erkrankten in das Lebensalter zwischen 16—35 Jahren, von den an Melancholie Erkrankten dagegen noch nicht die Hälfte. In den spätern Lebensjahren gewinnt die Melancholie immer mehr Boden; vom 36.—50. Lebensjahr finden sich nur 76 Maniacalische (von 339) gegenüber 143 Melancholischen (von 389 im Ganzen), und in dem höheren Lebensalter verändert sich dieses Verhältniß noch mehr zu Gunsten der Melancholie (23 Maniacalische gegenüber 54 Melancholischen). Dafür, daß diese Wahrnehmung keine zufällige, spricht die Vergleichung mit der Berichtsperiode von 1867—1869, in welcher die gleichen Ergebnisse zu bemerken sind. Und wenn im vorigen Bericht der Zeitraum der Beobachtung (3 Jahre) noch als ein zu kurzer bemessen erschien, um daraus Schlüsse herleiten zu können, so gibt eine 7jährige Periode mit großen Zahlen jetzt doch einigermaßen eine Berechtigung, um Folgerungen daraus ziehen zu dürfen. Ich führe deshab die Zahlen für beide Perioden die für sich selbst sprechen, hier nur an. Von 548 an Manie Erkrankten befanden sich von 1867, bis 1873 395 im Alter von 16—35 Jahren, (also 72%), von Melancholischen 329 unter 608, also 54%; vom 35—50. Lebensjahre überwiegt die Melancholie mit 200 (33%) gegen die Manie 121 (22%), von da an steigt das Verhältniß zu Gunsten der Melancholie noch höher (auf 11, 8% gegen 5,6%).

Tabelle 4.

Die Erblichkeitsverhältnisse zeigen so ziemlich dieselbe Häufigkeit als in den Jahren 1867 bis 1869. Fast in der Hälfte aller Krankheitsfälle (46,8%) konnte in den letzten 7 Jahren Erblichkeit direct oder indirect (Familienanlage) nachgewiesen werden, und es unterliegt keinem Zweifel, daß trotz aller Sorgfalt wir mit unseren Erhebungen hinter der Wirklichkeit noch zurückgeblieben sein werden, indem diese Feststellung für die Anstaltsärzte allerdings zu den schwierigsten gehört, die Begleiter der Kranken meistens außer Stande sind, irgend nähere Angaben über die Familie zu machen und die einschlagenden Verhältnisse erst durch anderweitige Nachfrage erhoben werden müssen. Bei einer gewissen Anzahl von Fällen (42, vgl. Tabelle 6) ist es deshalb auch dieses Mal unmöglich gewesen, über Erblichkeit u. irgend etwas zu erfahren.

Soviel geht aus dem Zeitraum der letzten 7 Jahre übrigens hervor, daß die directe Erblichkeit (von den Eltern) in  $\frac{2}{3}$  aller erblichen Fälle nachgewiesen ist.

Tabelle 5.

Zur folgenden Tabelle bemerke ich, daß die Anzahl der Aufnahmen aus den verschiedenen ConfeSSIONen ziemlich genau dem Verhältnisse der beiden christlichen ConfeSSIONen in der Rheinprovinz ( $\frac{6}{7}$  Katholische zu  $\frac{1}{7}$  Evangelischen) entspricht, daß die Erblichkeit nach der Beobachtung der letzten

7 Jahre allerdings stärker bei den Evangelischen vertreten zu sein scheint (unter den aufgenommenen Evangelischen etwas über 50%, unter den Katholiken nahe zu 45% mit Erblichkeit behaftet), daß ich aber Anstand nehme bei der noch immerhin kurzen Beobachtungsfrist daraus Schlüsse zu ziehen.

Die unter die Rubrik der angeborenen Geistesstörung fallenden Kranken, für welche die Heilanstalt statutenmäßig eigentlich nicht bestimmt ist, betreffen nur solche von Jugend an geisteschwache Personen (Imbecile 23), bei denen acute Geistesstörungen, gewöhnlich in der Entwicklungsperiode, in der Form melancholischer oder maniacalischer Aufregung (vgl. Anmerkung zu Tabelle 1) eine zeitweise Unterbringung in eine Anstalt erforderlich machen und bei denen es Ziel des Kurversuches nur sein kann, dieselben bis zu einem gewissen Grade gebessert, d. h. nach Beseitigung der acuten Störung, ihren Kreisen wieder zurück zu geben.

Die Heilanstalt kann sich dieser Aufgabe nicht ganz entziehen, da sich unter diesen Imbecilen häufig Personen befinden, welche bis dahin im Stande gewesen sind, ohne Störung für ihre Umgebung zum Theil selbst für ihren Lebensunterhalt in untergeordneten Stellungen zu sorgen, und die Behörden und die Angehörigen, deren versuchsweise Aufnahme gewöhnlich auf das Dringendste beanspruchen, da sonst nur die sofortige Unterbringung derselben in Pflegeanstalten übrig bleiben würde.

Die rückfälligen Erkrankungen im Gegensatz zu den erstmaligen, welche die sechste Tabelle in Beziehung auf Genesungen und Erblichkeit behandelt, sind in dem 4jährigen Zeitraum nicht häufiger als pro 1867—1869 gewesen; das Verhältniß stellt sich gleichmäßig für die 7 Jahre (1867—1873) so, daß auf 15 erstmalige etwa 2 wiederholte Aufnahmen kommen (auf 2114 erste Aufnahmen 279 wiederholte). Die unbedingt günstigeren Genesungsergebnisse für die rückfällige Geistesstörung treten auch in der Berichtsperiode wieder sehr auffallend hervor; von den 1212 Geistesstörungen treten auch in der Berichtsperiode wieder sehr auffallend hervor; von den 1212 ersten Aufnahmen genasen 354, also 29, 2%, von den 160 Rückfälligen 90, also 56, 2%. Die Rolle, welche die Erblichkeit bei den Rückfälligen spielt, ist eine größere als bei den erstmaligen Erkrankungen; während auf 1212 erste Aufnahmen 541 mit erblicher Anlage behaftete (44, 5%) kommen; befanden sich solcher unter den 160 wiederholt aufgenommenen 91 (also 56, 9%). Die erbliche Geistesstörung lieferte im Allgemeinen günstigere Genesungsergebnisse (34, 8% Genesungen bei den erblich Belasteten gegen 30, 8 bei den Aufnahmen ohne Erblichkeit); ganz besonders aber zeichneten unter ihnen wieder sich die Rückfälle gegen die erstmaligen Erkrankungen durch eine höhere Genesungsziffer aus. (51, 6% Genesungen gegen 32%).

Die große Bedeutung der Krankheitsdauer für die Genesung geht sowohl aus der siebenten Tabelle selbst, als aus ihrer Vergleichung mit der zweiten Tabelle, welche die sämtlichen Aufnahmen mit der Krankheitsdauer behandelt, wieder auf das schlagendste hervor. Von den sämtlichen 444 Genesungen fallen 355 auf diejenigen Fälle, welche mit einer Krankheitsdauer bis zu 3 Monaten zur Aufnahme gelangten, also 80% und die Vergleichung der Aufnahmen und der Genesungen nach der Krankheitsdauer bestätigt auf das Neue die dringende Nothwendigkeit einer möglichst raschen Zuführung der Geistesgestörten in die Anstalt.

Von 319 Aufnahmen mit einer Krankheitsdauer bis zu 1 Monat sind genesen 185 also 58%,	
" 414	" " " " " von 2—3 Monate " 170 " 41%
" 254	" " " " " " 4—6 " " 52 " 20,5%
" 238	" " " " " " 7—12 " " 25 " 10,5%
" 177	" " " " " " 1 Jahr u. mehr " 12 " 6,8%

Die Uebersicht über die Todesfälle nach den Todesursachen und Krankheitsformen läßt übereinstimmend mit der letzten Berichtsperiode wahrnehmen, wie unter den ersteren die 3 Gruppen

Tabelle 6.

Tabelle 7.

Tabelle 8.

der Tuberculose, der Hirnkrankheiten und der Krankheiten der Athmungsorgane wieder die hervorragendste Stelle einnehmen. Begreiflicherweise zeigt unter den Krankheitsformen die paralytische die meisten Todesfälle auf. Unsere Zahlen sind übrigens zu gering, um dieselben statistisch verwerthen zu können, da die Anstalt nach ihrer Bestimmung nicht in der Lage ist, außer in acuten Fällen den Verlauf des Krankheitsprocesses bis zum Ende beobachten zu können und es erklärt sich daraus auch die verhältnißmäßig so geringe Zahl chronischer Hirnveränderungen, welche in der Tabelle als Todesursache aufgeführt wird. Die Selbstmordfälle geschahen mit einer Ausnahme durch Erhängen und zwar gelang es in 2 Fällen den Kranken ihre Absicht erst nach vorausgegangener Entweichung aus der Anstalt auszuführen (dem einen durch Ueberfahren des Eisenbahnzuges); sie betrafen Kranke, die im melancholischen Delirium plötzlichen Angstausfällen unterlagen und zum Theil schon in anscheinender Genesung sich befanden.

Ich erlaube mir zum Schluß noch zu berichten, daß die seit 10 Jahren angestrebte möglichste Entfernung von mechanischen Beschränkungsmitteln in der Behandlung der Kranken größeren Erfolg gehabt hat, als ich damals selbst davon erwarten zu dürfen glaubte (Bericht pro 1864 bis 1866 pag. 10.)

Wenn ich auch nach wie vor der Ueberzeugung bin, daß die vollständige Ausschließung jeglichen mechanischen Zwanges ohne recht eigentliche Verletzung der Humanität für gewisse Fälle gar nicht durchzuführen ist, daß vielmehr die mechanische Beschränkung in manchen Fällen eine wahre Wohlthat für den Kranken ist und eine gebotene Pflicht für den Arzt, so hat mich doch die Erfahrung der letzten 7 Jahre belehrt, — und ich stehe nicht an dieses offen zu gestehen — daß auch unter so ungünstigen Verhältnissen, wie sie die hiesige Anstalt — durch Engigkeit der Abtheilungen für Unruhige, durch den Mangel an genügenden Isolirräumen und Höfen, durch die höchst mangelhafte Construction der ersteren, durch die Nothwendigkeit zu gleicher Zeit zahlreiche frische Krankheitsfälle an Tobsucht und aufgeregter Melancholie aufzunehmen und durch die Schwierigkeit, ein geschultes Wartpersonal an den Dienst dauernd zu fesseln — vor ihren Schwester-Anstalten bietet, die fast gänzliche Beseitigung der Zwangsmittel durchgeführt werden kann und zwar auch ohne in den maßlosen Gebrauch der bekanntlich als Ersatz für den mechanischen Zwang angepriesenen beruhigenden arzneilichen Mittel zu verfallen, von dem sich frei zu halten die hiesigen Beobachtungen übrigens dringend empfehlen. Um so gewisser wird die Hoffnung gerechtfertigt sein, daß in den neuen Asylen, welche die Provinzialstände den hilfsbedürftigen Kranken zu schaffen im Begriffe stehen, die günstigen baulichen Verhältnisse (Geräumigkeit, zahlreichere Einzelräume, und zweckmäßige Construction derselben) wie der geringere, weil vertheilte Zudrang, von Kranken die volle Anwendung eines vernünftigen Nonrestraint gestatten werden.



## Allgemeine Bewegung der Bevölkerung nach Formen.

Krankheitsform.	1.		2.		3.		4.		5.		6.		7.		8.		9.		10.		11.		12.		13.		14.		15.				
	Bestand vom 1. Jan. 1870.	Aufgenommen während der Jahre 1870/73:														Abgegangen:										Bestand am 31. Decbr. 1873.	Durchschnittlicher Bestand während der Jahre 1870/1873.						
		I. Aufnahme.		Wiederholte Aufnahme.		Verstet von einem andern Asyl.		Summa der Aufnahme.		Summa des Bestandes und Zugangs.		genesen.		gebessert.		Ungebessert.				Ge- storben.		Summa des Abgangs.											
				mit vorheriger Genesung.	ohne											in die Familie entlassen.	in eine andere Anstalt verlegt.																
M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	Ca.			
1. Melancholie*)	11	47	154	235	12	29	2	7	2	5	170	276	181	323	51	112	34	56	39	50	17	17	13	25	154	260	28	63					
2. Manie*)	33	45	134	205	37	51	7	9	1	2	179	267	212	312	94	158	47	38	11	28	17	28	14	12	183	264	28	48					
3. Wahnsinn	44	24	132	112	8	8	2	6	5	4	147	130	191	154	14	15	27	16	63	69	40	37	4	5	148	142	43	12					
4. Störsinn	13	10	70	65	6	6	3	3	5	3	84	77	97	87	—	—	8	5	40	41	29	19	4	2	81	67	16	20					
5. Verriäkttheit	—	4	8	6	—	1	—	—	1	—	9	7	9	11	—	—	—	—	2	4	6	4	—	—	8	8	1	3	113	140	253		
6. Paralyt. Geisteskrankheit	5	2	69	17	—	1	3	2	4	—	76	20	81	22	—	—	4	3	9	7	42	9	16	2	71	21	10	1					
7. Geisteskrankh. m. Epilepsie	—	—	3	2	1	—	—	1	—	—	4	3	4	3	—	—	2	—	1	—	1	2	—	—	4	2	—	1					
Summa	106	132	570	642	64	96	17	28	18	14	669	780	775	912	159	285	122	118	165	199	152	116	51	46	649	764	126	148					
	238		1212		160		45		32		1450		1688		444		240		364		268		97		1414		274						
											incl. 1 Nichtirren.																						

\*) Unter den mit Melancholie und Manie zum ersten Male Aufgenommenen befinden sich auch die an dieser Krankheitsform leidenden Imbecillen in der Zahl von 10 Melancholischen (4 M. und 6 Fr.) und 13 Maniacalischen (3 M. und 10 Fr.).

\*\*) Darunter als zu Kurversuchen überhaupt ungeeignet 84 männliche und 53 weibliche, zusammen 137 Kranke.



## Aufnahmen.

Krankheitsdauer vor der Aufnahme nach Form und Erblichkeit (mit Ausschluß der ohne vorherige Genesung wieder Aufgenommenen).

Krankheitsform.	1.		2.		3.		4.		5.		6.		7.		8.		9.		
	bis zu 1 Monat.		2—3 Monate.		4—6 Monate.		7—12 Monate.		im 2. Jahre.		vom 3. bis 5. Jahre.		über 5 Jahre.		unbestimmte Krankheits- dauer.		Summa.		
	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	Sa.
1. Melancholie . . . . .	35	56	52	94	32	70	31	39	13	7	4	3	1	—	—	—	168	269	437
2. Manie . . . . .	63	114	67	76	23	40	10	23	7	5	—	—	2	—	—	—	172	258	430
3. Wahnsinn . . . . .	13	18	35	32	26	22	39	29	15	17	15	5	2	1	—	—	145	124	269
4. Verrücktheit . . . . .	—	—	—	1	—	—	3	3	3	2	3	—	—	1	—	—	9	7	16
5. Blödsinn . . . . .	2	4	12	19	11	12	23	15	14	14	16	5	3	3	—	2	81	74	155
6. Paral. Geistesstörung . . . . .	10	2	21	5	15	2	19	3	4	4	3	1	1	1	—	—	73	18	91
7. Geistesstörung mit Epilepsie . . . . .	2	—	—	—	1	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	4	2	6
8. Summa aller Formen . . . . .	125	194	187	227	108	146	125	113	57	50	41	14	9	6	—	2	652	752	1404
9. Darunter Erbliche . . . . .	65	82	83	111	58	69	49	55	15	18	20	10	7	1	—	1	297	347	644

Tabelle III.

## Aufnahmen.

Alter der Erkrankung (des Anfalls der zur Aufnahme Gelangten) nach Form, Erblichkeit und Civilstand bei erster Aufnahme.

Lebensalter.	I. Formen.													II. Erblichkeit.		III. Civilstand.											
	1.		2.		3.		4.		5.		6.		7.		8.		9.		10.		11.		12.		13.		
	Melancholie.		Manie.		Wahnsinn.		Berrücktheit.		Blödsinn.		Paralyt. Geistesstörung.		Geistesstörung mit Epilepsie.		Summa der Formen.		Erbliche Fälle.		Ledig.		Verheirathet.		Verwitwet und geschieden.		Unbekannter Civilstand.		
	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	M.	M.	Fr.	Ca.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.
1. Bis 15 J. . . . .	3	4	1	3	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	5	9	14	3	4	5	9	—	—	—	—	—	—
2. 16—20 J. . . . .	14	16	23	33	4	5	2	1	10	11	—	—	—	—	53	66	119	25	37	53	65	—	1	—	—	—	—
3. 21—25 J. . . . .	29	32	34	45	21	10	—	—	18	11	—	—	2	—	104	98	202	43	46	99	76	5	22	—	—	—	—
4. 26—30 J. . . . .	20	36	19	37	28	17	3	2	8	10	2	3	—	—	80	105	185	38	49	66	51	14	54	—	—	—	—
5. 31—35 J. . . . .	10	28	15	30	28	28	1	—	5	9	8	3	—	—	67	98	165	29	48	34	37	33	57	—	4	—	—
6. 36—40 J. . . . .	22	44	11	20	21	14	1	2	4	6	21	6	1	2	81	94	175	34	30	17	15	61	65	3	14	—	—
7. 41—45 J. . . . .	18	17	8	14	9	12	1	—	4	6	15	3	—	—	55	52	107	26	23	12	6	42	35	1	11	—	—
8. 46—50 J. . . . .	17	25	10	13	8	16	—	1	10	4	9	2	—	—	54	61	115	23	25	18	13	28	33	8	15	—	—
9. 51—60 J. . . . .	20	25	7	8	3	6	—	—	6	4	13	—	—	—	49	43	92	20	18	8	8	35	26	6	9	—	—
10. 61—70 J. . . . .	1	7	6	2	7	4	—	—	3	2	1	—	—	—	18	15	33	8	1	—	2	8	3	10	10	—	—
11. 71—80 J. . . . .	—	1	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	2	1	3	—	1	—	1	2	—	—	—	—	—
12. Ueber 80 J. . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13. Unbekannt . . . . .	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—
Summa	154	235	134	205	132	112	8	6	70	65	69	17	3	2	570	642	1212	250	291	313	283	229	296	28	63	—	—
																		541		596		525		91			

Tabelle IV.

**Aufnahmen.**

Erblichkeit und Familien-Anlage (ohne Epilepsie mit Geistesstörung), erste Aufnahme\*).

Erblichkeit und Familien-Anlage.	1.		2.		3.		4.		5.		6.		7.			
	Geistes- krankheit.		Nerven- krankheit.		Trunk- sucht.		Selbst- mord.		Physisch auffallen- de Cha- raktere.		Ver- gehen.		Summa.			
	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	Sa.	
<b>I. Directe Erblichkeit, d. h. Eltern litten an:</b>																
1. Von Vater-Seite . . . . .	35	39	25	17	15	17	—	1	18	16	1	—	94	90	184	
2. Von Mutter-Seite . . . . .	44	56	10	24	3	—	—	1	3	8	—	—	60	89	149	
3. Von beider Eltern-Seite . . . . .	6	9	2	2	3	2	—	—	2	1	—	—	13	14	27	
<b>II. Familien-Anlage:</b>																
a. in aufsteigender Linie, d. h. Groß- eltern, Geschwister des Vaters oder der Mutter litten an:																
4. Von Vater-Seite . . . . .	18	24	1	1	1	—	—	—	—	1	—	—	20	26	46	
5. Von Mutter-Seite . . . . .	23	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	26	49	
6. Von beider Eltern-Seite . . . . .	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	
7. b. in gleichstehender Linie, d. h. Ge- schwister litten an:	28	37	3	5	4	—	—	—	1	2	1	—	37	44	81	
<b>III. Blutverwandtschaft der Eltern .</b>																
	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	
Summa	157	192	41	49	26	19	—	2	24	28	2	—	250	290	540	
8. Geschwister von Rubricirten**)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	
													Summa	250	291	541

\*) Jeder Fall wird nur einmal registriert. Wo daher mehrere vorliegende Verhältnisse vorhanden sind, geschieht die Rubricirung nach dem Princip de potiore fit denominatio. Es wird demnach, wo die I. Abtheilung (Eltern ergriffen) und II. Abtheilung (Familien-Anlage) zusammen vorkommen, die Rubricirung im Sinne der I. Abtheilung ausgeführt, wo die II. Abtheilung a. und b. zusammen vorkommen, im Sinne von a. Wo die verschiedenen Abtheilungen des Kopfes zusammen vorkommen, geschieht die Rubricirung immer im Sinne der vorsehenden, also die Geisteskrankheit wird bevorzugt von der Nervenkrankheit zc.

\*\*) Wo bereits Geschwister rubricirt sind, müssen die weiter aufgenommenen, besonders (9) in der Summe des Kopfes rubricirt werden, um den maßgebenden Einfluß (wegen Vergleichung mit dem Vorkommen desselben in der Bevölkerung) nicht mehrfach zu zählen.

Tabelle V.

**Aufnahmen.**

Religion nach Form und Erblichkeit. (Erste Aufnahme.)

Glaubens-Bekenntniß.	1.		2.		3.		4.		5.		6.		7.		
	Erworbene Geistesföhrung.						Angeborene Geistesföhrung.						Gesamt-Summa.		
	Erblich.		Nicht-erblich.		Erblichkeit unbekannt.		Erblich.		Nicht-erblich.		Erblichkeit unbekannt.				
	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	Sa.
1. Katholiken . . . . .	163	200	208	232	15	10	4	3	2	11	—	—	392	456	848
2. Evangelische . . . . .	78	81	84	81	7	6	2	1	—	2	—	—	171	171	342
3. Juden . . . . .	3	6	4	7	—	2	—	—	—	—	—	—	7	15	22
<b>Summa</b>	<b>244</b>	<b>287</b>	<b>296</b>	<b>320</b>	<b>22</b>	<b>18</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>13</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>570</b>	<b>642</b>	<b>1212</b>

Tabelle VI.

**Aufnahmen und Genesungen**

nach Zahl der Aufnahmen und Erblichkeit der Krankheit.

Aufnahme.	Erste und wiederholte Aufnahme, nach vorheriger Genesung, wo die Krankheit:									Genesungen, wo die Krankheit:								
	1.		2.		3.		4.			5.		6.		7.		8.		
	erblich.		nicht erblich.		Erblichkeit unbekannt.		Summa.			erblich.		nicht erblich.		Erblichkeit unbekannt.		Summa.		
	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	Sa.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	Sa.
1. Erste Aufnahme	250	291	298	333	22	18	570	642	1212	68	105	59	114	5	3	132	222	354
2. Zweite do.	27	34	16	31	—	1	43	66	109	9	19	6	23	—	—	15	42	57
3. Dritte do.	5	9	7	8	—	—	12	17	29	4	5	2	5	—	—	6	10	16
4. Vierte do.	4	3	1	1	—	—	5	4	9	4	3	1	1	—	—	5	4	9
5. Fünfte do.	2	3	—	2	1	—	3	5	8	—	1	—	2	1	—	—	2	2
6. Sechste do.	—	2	—	1	—	—	—	3	3	—	1	—	1	—	—	—	1	1
7. Siebente do.	1	1	—	—	—	—	1	1	2	—	1	—	—	—	—	—	1	1
<b>Summa</b>	<b>289</b>	<b>343</b>	<b>322</b>	<b>376</b>	<b>23</b>	<b>19</b>	<b>634</b>	<b>738</b>	<b>1372</b>	<b>85</b>	<b>135</b>	<b>68</b>	<b>147</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>159</b>	<b>285</b>	<b>444</b>
	632		698		42					220		215		9				



## Genesungen.

Genesungen nach der Krankheitsdauer vor der Aufnahme nach Form und Erblichkeit. (Erste und wiederholte Aufnahme, daher in Beziehung zu Tabelle 2.)

Krankheitsform.	1.		2.		3.		4.		5.		6.		7.		8.		9.		
	bis zu 1 Monat.		2—3 Monate.		4—6 Monate.		7—12 Monate.		im 2. Jahre.		im 3. bis 5. Jahre.		über 5 Jahre.		unbestimmte Krankheits- dauer.		Summa.		
	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	Ga.
1. Melancholie . . . . .	18	30	19	53	9	19	5	8	—	2	—	—	—	—	—	—	51	112	163
2. Manie . . . . .	43	84	34	50	8	14	4	6	4	4	—	—	1	—	—	—	94	158	252
3. Wahnsinn . . . . .	4	6	8	6	—	2	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	14	15	29
4. Blödsinn . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Summa aller Formen . . . . .	65	120	61	109	17	35	10	15	5	6	—	—	1	—	—	—	159	285	444
6. Darunter Erbliche . . . . .	32	47	28	55	12	22	9	9	3	2	—	—	1	—	—	—	85	135	220

Tabelle VIII.

## Todesfälle.

Todesursachen nach den Formen pro 1870/73.

Todesursachen.	1.		2.		3.		4.		5.		6.		7.		Summa.
	Melan- cholie.		Manie.		Wahn- sinn.		Wißsinn.		Para- lytische Geistes- störung.		Geistes- störung mit Epilepsie.				
	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	M.	Fr.	
I. Allgemeine acute Krankheiten:															
1. Typhus . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Dysenterie . . . . .	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	2	2
3. Andere Infectionskrankheiten (Pocken, Cholera) . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II. Allgem. chronische Krankheiten:															
4. Lungen- und Darmtuberculose . .	1	12	—	5	1	2	—	—	—	—	—	—	—	2	19 21
5. Caries, Deculitus, Zellengewebs- entzündung und Brand . . . .	—	2	—	2	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	5 6
III. Todesfälle vom Nervensystem aus:															
A. Größere organische Veränderungen des Nervensystems:															
6. a. in chronischem Verlaufe (Ge- schwulste, Tuberkel, Erweichungen, Hydrocephalus . . . . .	2	1	1	—	—	—	—	—	4	1	—	—	—	7	2 9
7. b. in acutem Verlaufe (Meningi- tis, Blutextravasat etc.) . . . .	2	2	4	2	1	1	1	—	4	1	—	—	—	12	6 18
B. Nervöse Erschöpfung. Vom Gehirn aus, ohne größere organische Ver- änderungen erfolgende Todesfälle:															
8. a. in acutem Verlaufe . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. b. in chron. Verlaufe (Marasmus)	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1 2
IV. Andere Lokalkrankheiten:															
10. Krankheiten der Athmungsorgane .	3	4	3	1	—	—	1	—	3	—	—	—	—	10	5 15
11. Herz- und Gefäßkrankheiten . .	—	—	3	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	4	1 5
12. Krankheiten der Verdauungsorgane	—	2	2	2	1	1	1	1	1	—	—	—	—	5	6 11
13. Krankheiten der Nieren- und Ge- schlechtsorgane . . . . .	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	— 1
V. Gewalttame Todesarten:															
14. Selbstmord . . . . .	4	1	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	6	1 7
15. Unglücksfälle . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa aller Todesfälle:	13	25	14	12	4	5	4	2	16	2	—	—	—	51	46 97